

200 170

160 130 120 110
70 DIN 19 051

100 120

Bemerkungen zum Grundsatz- programm der SPD von Fritz Sanger

187

Die soziale Pflicht

Die schwächste Position in der Wirtschaft, überhaupt in der Gesellschaft in unserer Zeit, hat der Mensch, der nichts ist als Verbraucher; wer seine Arbeitskraft verkaufen kann, ist immer noch etwas besser dran. Das ist so, obwohl die Menschen heute das Recht haben, sich zu vereinigen und gemeinsam ihre Interessen zu vertreten, und von diesem Recht auch Gebrauch machen. Es bestand nicht immer, und es ist eine Frucht der Arbeit der frühen sozialdemokratischen Bewegung. Seit dem Beginn ihrer Tätigkeit und seit die Gewerkschaften sich um die soziale Sicherung des Arbeitnehmers bemühen, hat sich manches auch für den einsamen einzelnen verändert, sein Leben hat größere Sicherheit und sein Lebensweg größere Beständigkeit gewonnen. Er weiß nun auch, daß er hoffen darf, im Alter und bei Krankheit nicht von Almosen leben zu müssen.

Dem Menschen zu helfen und dem schwächsten zuerst, ist die natürliche Pflicht der Gesellschaft, ihre soziale Pflicht. Die Sozialdemokratische Partei ist entstanden, weil ihre Gründer und Mitglieder es besonders ernst mit dieser Pflicht nahmen, und sie zu erfüllen ist die wichtigste politische Aufgabe geblieben. Neben die Partei sind die Gewerkschaften getreten, die von einem anderen Standort aus Staat und Gesellschaft auf ihre sozialen Pflichten hinweisen und sie notfalls im Rahmen der demokratischen Ordnung zwingen, diese zu erfüllen. Die Gewerkschaften haben ihre eigene Geschichte, ihre soziale Position, ihr eigenes Programm. Es gibt übereinstimmende Forderungen, und es gibt die besonderen der Partei und der Gewerkschaften, es gibt aber auch solche, in denen sie nicht übereinstimmen. Es ist kein Beweis parteiischer Einseitigkeit oder gar Bindung, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie dasselbe wollen, obwohl das in einem solchen Falle gern und als Vorwurf für die Gewerkschaften behauptet wird. Ist es denn parteiische Einseitigkeit, daß auf den Tagungen und in Willenskundgebungen der Unternehmer und Arbeitgeber andere politische Parteien den Vorrang genießen und gefeiert werden? Für die Arbeitnehmer wird die Sozialdemokratie als die Vertretung zu gelten haben, die in der sozialen Auseinander-

setzung aus ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen auf diese Position getreten ist und auf ihr verharret.

Der Unterschied zwischen denen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und davon leben und ihre soziale Situation aufbauen, die in abhängigen Stellungen sind, und denen, die als Besitzer oder Manager von Produktionsmitteln oder als Eigentümer von wirtschaftlichen Grundstoffen eine günstigere Ausgangsbasis für ihren Lebensweg hatten und diesen auch und nicht zum mindesten mit der Arbeitskraft ihrer Mitmenschen verbessern — dieser Unterschied ist gegeben und kann und darf nicht geleugnet werden. Die Spannung zwischen beiden war einst so groß, daß sie zum unversöhnlich scheinenden Kampf aufrief. Es war ein Kampf der kraß voneinander unterschiedenen gesellschaftlichen Klassen, für deren Vorhandensein aber nicht die verantwortlich sein können, die im Verlauf der Gesellschaftsentwicklung später gekommen sind und dann feststellen mußten, daß sie benachteiligt waren und es auch blieben. Die Klassenunterschiede waren und sind — soweit noch vorhanden — keine Erfindung der Sozialdemokraten, sondern sind von denen zu verantworten, die es an sozialer Gerechtigkeit fehlen ließen, so gern sie oft über sie redeten und noch reden.

Die politische Arbeit der Sozialdemokraten, die sozialpolitische und sozialwirtschaftliche der Gewerkschaften hat die Spannungen vielfach gemindert, sie hat sie keinesfalls ausgleichen können. Ein Widerstreit der Interessen blieb offenbar. *Wer um die Erhaltung und den Ausbau seiner Vorrechte kämpft — und sie kämpfen doch tatsächlich —, der betreibt Klassenkampf*, sagte ein junger Gewerkschafter, Heinz Ruhnau, auf dem Godesberger Parteitag der Sozialdemokraten aus der Erfahrung seiner Generation der Nachkriegszeit: . . . *und sie kämpfen doch tatsächlich!*

Nun ist nicht der Kampf, sondern der stetig wachsende Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung das Ziel sozialdemokratischer Politik. Ist es ohne Kampf zu erreichen? Ohne Zweifel werden die Sozialdemokraten — und in einem solchen Falle sicher auch die Gewerkschaften — Maßnahmen des politischen und wirtschaftlichen Kampfes nicht scheuen, wenn sie ihnen von einem uneinsichtigen und egozentrischen Managertum aufgezwungen werden sollten. Aber es ist in keines Menschen und keines Volkes Interesse, die Grenzen der Vernunft zu verlassen, und vor allem das deutsche Volk ist in den letzten Jahrzehnten im eigenen Lande drastisch darüber belehrt worden, daß es allein sinnvoll ist, durch Überzeugung und nicht durch Zwang zu siegen. Der politische und sozial- und wirtschaftspolitische Gewinn, den die zwar mühe- und opfervolle, aber auch erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für die Arbeitnehmer, für die Mittelschichten, für die gesamte Wirtschaft in Deutschland erreicht hat, läßt erwarten, daß eine beharrliche Fort-

setzung der Sozialpolitik aus dem sozialdemokratischen Gedankengut neue Fortschritte bringen wird, und zwar für das ganze Volk und seine Wirtschaft.

In einer solchen Betrachtung der Situation ist auch zu fragen, ob und wie stark die außerordentliche Steigerung des Lebensstandards und des allgemeinen Wohlstandes in unserem Lande wie in vielen anderen Ländern des westlichen und in geringerem Maße auch des östlichen Europa das Bewußtsein der Arbeitnehmer in dem Sinne beeinflußt hat, daß sie mindestens Teilnehmer des Wohlstandes seien und durch ihn gehoben wurden. Auch Werbung und Propaganda und andere Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben für die Betroffenen unmerklich, für den Beobachter aber deutlich spürbar das *Bewußtsein der Arbeitnehmer* von ihrer soziologischen Position abgelenkt und ihr Interesse und vielfach auch ihr Denken auf andere Themen gerichtet. Das ist nicht einmal um des sozialen Friedens willen zu begrüßen, denn er wird durch solche Vorgänge nicht gesichert. Die Tatsachen werden nur überdeckt, die in Zeiten der Krise um so heftiger ins Bewußtsein drängen und um so eher zu Kurzschlusshandlungen führen können. Wer das freie Spiel der Kräfte wünscht und den Ausgleich in ihm sucht, der muß ein waches soziales Bewußtsein der Massen erstreben, damit in gesicherter Unabhängigkeit der Meinungsbildung Ziele erkannt und ausgesteuert werden können, die sozial- und wirtschaftspolitisch und nicht zuletzt staatspolitisch in ruhiger See schneller und gefahrloser erreicht werden.

Dieses Programm, so sagte Herbert Wehner auf dem Parteitag der SPD in Bad Godesberg, ist im engeren Sinne verstanden kein Arbeiterprogramm. Aber es ist nicht ein Programm, das weniger wäre als ein für die Arbeiter nützliches Parteiprogramm, sondern es ist insofern mehr, als es für die Arbeiterschaft, im weiteren Sinne für die Arbeitnehmerschaft, Grundlagen dafür zu schaffen sucht, daß Arbeiter und Arbeitnehmer nicht mehr infolge ihrer Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Ordnung Staatsbürger minderer Kraft, minderen Ranges sind, daß für sie nicht nur auf dem Papier der Verfassungen steht, daß das gleiche Recht für alle gilt. Mit dieser ausdrücklichen und umfassenden Verknüpfung der Arbeiterfrage mit der staatlichen Ordnung und Struktur hat Wehner den Kern des Grundsatzprogramms der SPD von 1959 freigelegt und hat zugleich die Entwicklung der Arbeiterfrage in den Programmen und in der politischen Arbeit der Sozialdemokraten in äußerster Kürze gekennzeichnet. Die soziale, die wirtschaftliche, die politische Lage des Arbeiters ist in der Demokratie und durch die Demokratie zu lösen — oder sie ist unlösbar. Es ist ein gerader Weg von Marx (1848, vergleiche erstes Kapitel), der die beste Staatsform die nannte, in der die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden und in der diese Gegensätze zum freien Kampf und darin zur Lösung kommen, über das Heidelberger Programm der SPD von 1925 mit seinem Bekenntnis zur demokratischen Republik, die den

günstigsten Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse bietet, bis zum Godesberger Grundsatzprogramm, das nicht nur die Demokratie bejaht, sondern sie als die allgemeine Staats- und Lebensordnung fordert, unter der die Menschen zu Freiheit, Gerechtigkeit, Würde und Wohlstand gelangen werden. Die Menschen und besonders auch die Arbeiter unserer Zeit haben den Zusammenbruch der Illusionen erlebt, die meinten, eine Diktatur der Arbeiterklasse sei der Weg zur klassenlosen Gesellschaft. In der Sowjetunion entwickelte sich unter der *Diktatur der Arbeiterklasse* — soweit die Zustände seit 1917 als solche angesprochen werden können — eine Differenzierung der Gesellschaft nach neuen soziologischen Prinzipien, und tatsächlich besteht eine Unterschiedlichkeit der Schichten auch in dem Maß ihres machtpolitischen Einflusses. Die hochgeschlossene Arbeiterjoppe (nicht einmal mehr üblich) macht es nicht, die Anrede der Solidarität auch nicht. Das sozialdemokratische Programm behauptet nicht, daß in Deutschland heute alle Menschen tatsächlich gleiche Rechte genießen. Es will diese allein menschenwürdige Tatsache aber schaffen, indem es die Vorrechte beseitigen will, die in unserer Zeit vor allem wirtschaftlich und sozial gegeben sind und die von denen gewahrt werden, die durch wirtschaftliche Macht die Möglichkeit der Verfügung über Menschen haben. Wir sahen nicht, daß die Kommunisten in ihren Ländern die Vorrechte derer beseitigt haben, die — auch als Manager — über große wirtschaftliche Macht verfügen. Darauf aber kommt es an, nicht auf Worte. Verfälschungen von *Demokratie* zur *Volksdemokratie* bei den einen oder von *Aktie* zu *Volksaktie* bei den anderen kennzeichnen nur, daß hüben und drüben mit gleichen Methoden gegen die Freiheit gearbeitet wird: man benutzt einen anerkannten Wert, wertet ihn um und bietet ihn unter seinem bekannten Kleide und doch als falsche Ware unkritischen Massen an. Die Sozialdemokraten wollen diese Methode weder den einen jenseits der Grenzen noch den anderen diesseits durchgehen lassen, weil sie eine Täuschung des Volkes enthält. Für den deutschen Arbeiter ist nicht eine Wirtschafts- und Sozialpolitik des *Als ob* erstrebenswert und lebenswichtig, sondern eine Wirklichkeit, in der er der *Freiheit eine Gasse* erkämpft hat, die er zu breiten Alleen, zum Leben in Freiheit ausbauen will.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht die *Gewerkschaften* als die berufenen Vertreter der Interessen der Arbeitnehmerschaft im weitesten Sinne an:

Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.

In unabhängigen Gewerkschaften, so sagt das Programm, sollen *alle Arbeiter, Angestellten und Beamten* das Recht haben, ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft zusammenzufassen, *um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können.* Der alte Gedanke des Koalitionsrechtes wird hier in neuer Form ausgesprochen. Er

ordnet die Massen zu freien Organisationen, die den Managern der Wirtschaft gegenüberstehen, man sagt heute: als Sozialpartner, obwohl dieser Begriff die Tatsachen nicht deckt und das Wort „Tarifpartner“ genauer wäre. Die wirkliche Bedeutung der Gewerkschaften wird in der breiten Öffentlichkeit und vor allem auch von dem nicht unmittelbar berührten Bürgertum viel zu wenig erkannt. Seit Jahrzehnten sind sie ein positiv wirkender Faktor der Wirtschaft und ein Garant der wirtschaftlichen Ordnung in unserem Lande. Ohne die Gewerkschaften wäre heute ein Chaos, nicht nur auf der Arbeitnehmerseite und nicht einmal dort zuerst. Die Gewerkschaften haben sich zu keiner Zeit als *Lohn- und Gehalts-Verbesserungs-Einrichtungen* gesehen. Sie betrachten es als ihre Berufung und Aufgabe, unmittelbar die Wirtschaftspolitik zu beobachten und zu beeinflussen. Zu Unrecht wird das Wort *die Wirtschaft* nur auf die Unternehmer angewandt; auch die Verbraucher gehören zur Wirtschaft und die Gewerkschaften als Vertreter der Verbraucherinteressen und als die Gegenspieler der disponierenden und kalkulierenden Unternehmer, weil sie das Produktionspotential der Arbeitskraft hinzufügen. Die Unternehmer als Disponenten, die Arbeiter (im weiteren Sinne) als Produzenten, die Verbraucher als Konsumenten – eine Zusammenstellung, die einen tieferen Sinn hat als nur den, der aus dem Klang der Wörter anfällt. Erst im Zusammenwirken dieser drei Faktoren ist Wirtschaft möglich.

In überaus mühsamer Kleinarbeit haben die Gewerkschaften in den Jahrzehnten ihres Bestehens in ungezählten Verhandlungen unter sich und mit den Unternehmerverbänden die Grundsätze der Sozialpolitik, wie sie in den politischen Kämpfen entwickelt worden waren und wie sie die Gesetze dann formuliert hatten, in eine anwendbare Praxis übertragen. Sie haben nicht minder Anregungen zu neuen Gesetzen und Gesetzesänderungen gegeben, wie sie sich aus den Erfahrungen in den Betrieben ergaben. Die unmittelbare Bezugnahme auf die Wirklichkeit der Wirtschaftsführung und ihre Auswirkung auf die Arbeitnehmer, nicht selten auch auf die Produktion, die den Gewerkschaften aus ihrer Verbindung mit den Männern und Frauen an der Arbeitsstelle zur Verfügung stand, hat Umwege der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Führung durch die staatlichen Organe und die Selbstverwaltungskörperschaften verhindert – zum Nutzen der Wirtschaft. Aus dieser Erfahrung mußte einmal die Folgerung gezogen werden, gewerkschaftliche Mitarbeit gesetzlich anzuerkennen und in *Mitbestimmung* in den Unternehmen umzuwandeln. Die Gewerkschaften hatten also, als sie die Forderung nach der Mitbestimmung in den Betrieben erhoben, nicht ein neues Recht für die Arbeiter erdacht und proklamiert, sondern sie wandten eine gesicherte Erfahrung an, daß nämlich ihre Mithilfe von großer Bedeutung in der Unternehmensführung und auf einer höheren Ebene auch in der Wirtschaftsführung sein kann, sobald sie in Anspruch genommen und eingeordnet wird. Sie waren sicher, daß eine Mitwirkung der Arbeitnehmer im

Unternehmen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer und für die Betriebe führen müßte und zu einer Erhöhung des Arbeitsproduktes. So haben sie die Mitbestimmung immer als ein wichtiges Glied der praktischen und vernünftigen Betriebsführung betrachtet und angestrebt. Längst haben auch kluge Unternehmer die Chance der Arbeitsgemeinschaft mit den Betriebsangehörigen erkannt, die freilich nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie nicht patriarchalisch gedacht und praktiziert wird, sondern in aufrichtiger Gleichberechtigung der im Betrieb tätigen Menschen. Es gehört ein freier Blick unabhängiger Männer dazu, die Dynamik zu erkennen, die in einer solchen geordneten Zusammenarbeit liegt und die nicht mit jovialem Schulterklopfen bei festlichen Gelegenheiten, mit Gratifikationen beim Jubiläum und ähnlichen Gunstbezeugungen verwechselt werden darf. Zuweilen begegnet man auch Unternehmern, die das Recht der Mitbestimmung der Arbeiter in ihrem Betriebe weniger schätzen als die Vorteile, die sie sich daraus errechnen – im übrigen möchten sie dann Herr im Hause bleiben, weil sie, so lautet meist die Begründung, doch auch das Risiko allein trügen. Irrtum! Das Risiko der schlechten oder falschen Unternehmerdisposition, des Mangels an Mut für Investitionen und Erneuerungen oder Modernisierungen tragen in jedem Falle zuerst die Arbeiter. Wir sahen noch manchen Unternehmer nach einer Katastrophe auf anderen Pferden reiten, indessen seine einstigen *Mitarbeiter* im besten Falle „stempelten“.

Die deutschen Gewerkschaften gewannen eine besondere Kraft, die Mitbestimmung in den Betrieben als den Beginn einer Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft zu fordern, als sie nach dem Zusammenbruch von 1945 mit ungewöhnlichem Erfolg die Wiederbelebung der Wirtschaft im Ruhrgebiet betrieben. Damals standen in großer Zahl die Vertreter der Arbeiter und nicht die Ruhr-Herren an den Kommandostellen; freilich herrschten sie über Trümmer. Aber daraus wurden wieder Fabrikhallen, und darin standen Maschinen, und die ersten Produktionen hatten vielfach noch die Arbeitervertreter disponiert. Es waren die Gewerkschaften und nicht die Unternehmer, die damals den Widerstand gegen die Demontage leisteten – und sie konnten es sich in der Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht leisten, weil sie aus ihrer politischen Haltung in der jüngsten deutschen Vergangenheit eine ungeschriebene Legitimation besaßen, die sie nur mit wenigen aus dem Unternehmertum zu teilen hatten. Man soll und darf diese Situation nicht vergessen, so schmerzlich die Erinnerung vielen heute sein mag, die immer wieder bestrebt sind, einen Schlußstrich zu ziehen, damit die Rechnung niemals abgeschlossen werde. Diese Rechnung ist noch nicht beglichen und wird uns Deutschen auch dann vorgelegt, wenn wir sie nicht sehen möchten.

Dennoch gelang es den Gewerkschaften und der mit ihnen in diesem Punkte zusammenarbeitenden Sozialdemokratischen Partei damals nicht, eine *demokratische*

Unternehmensverfassung durchzusetzen. Sie ist heute nur in einem bescheidenen Umfange in der Bundesrepublik vorhanden, obwohl die Besatzungsmacht Verständnis für diese Entwicklung zeigte, die sich auch in England vollzog und die in den Vereinigten Staaten praktisch stärker wirksam ist, als sich die meisten deutschen Unternehmer vorstellen wollen. Bei Stahl und Kohle war der Fortschritt am größten. Die Gewerkschaften zogen in die Aufsichtsräte ein, und Vertrauensleute von ihnen wurden als Arbeitsdirektoren gleichberechtigte Mitglieder der Unternehmensleitungen (Vorstände der Aktiengesellschaften). Je mehr Zeit verstrich, desto schwächer wurden bisher die Chancen, demokratische Mitverantwortung auf die Arbeitnehmer auch in der Wirtschaft zu übertragen. Der 1951 geschaffenen Regelung über die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl folgte 1956 eine weit mehr eingeschränkte Regelung für die Holdinggesellschaften. Die Praktizierung des 1952 geschaffenen Betriebsverfassungsgesetzes, das für die große Mehrheit aller Betriebe gilt, wird mehr und mehr im täglichen Ablauf der Zusammenarbeit durchlöchert. Eine *überbetriebliche Mitbestimmung* ist überhaupt kaum wirksam geworden, ausgenommen einige Landwirtschaftskammern in westdeutschen Ländern und ausgenommen die 1953 geschaffene Regelung für die Besetzung der Handwerkskammern im Bundesgebiet, die zu einem Drittel auch Gesellen enthalten müssen. Man sieht, daß es der mächtigen Wirtschaft gelungen ist, sich ihren in der Zeit liegenden Pflichten, die Demokratie in der Wirtschaft durchzusetzen, zu entziehen, und daß die kleineren und wenig politisch wirkenden Betriebe, die in Landwirtschaft und Handwerk verbunden sind, eine sogar überbetriebliche Zusammenarbeit seit Jahren aufgenommen haben. Sie ist ihnen und der Gesamtwirtschaft nicht zum Schaden geworden.

Die *innerbetriebliche Mitbestimmung*, die sich vor allem im Vorhandensein der Betriebsräte (seit 1921) ausdrückt, wurde 1952 durch das Betriebsverfassungsgesetz verankert, das seinen etwas hochgreifenden Namen nicht verdient; es ist ein Schritt zu einer Betriebsverfassung. Gewiß ist die Errichtung von Wirtschaftsausschüssen ein beachtlicher Schritt zu einer verfassungsmäßigen Institution, in der sich größere Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Belegschaft entwickeln könnten. Wie man solche Möglichkeiten schaffen und zum Nutzen des Betriebes anwenden kann, das sollten deutsche Unternehmer in den Vereinigten Staaten studieren, auch im benachbarten England, wo sich auch ohne gesetzliche Regelung aus der Vernunft der Partnerschaft im Wirtschaftsprozess Beziehungen entwickelt haben, die in Verträgen festgehalten wurden und wo durch die Anwendung dieser Verträge und ihre Überwachung durch die Gewerkschaften praktisch eine oft weit wirksamere Mitbestimmung entstanden ist und sich noch ausdehnt. Oft geht schon der formale Inhalt der Verträge weiter, als wir es von deutschen Tarifvertragswerken gewohnt sind; die praktische Handhabung aber dehnt die Zusammenarbeit

aus — weil es sich so als zweckmäßig erweist. Wir übersehen dabei nicht, daß auch in großen deutschen Betrieben, wenn man nur genauer hinschaut, Ansätze für eine unmittelbare Mitbestimmung der Arbeiter von der Arbeitsstelle her für den Produktionsvorgang und für die Lohngestaltung vorhanden sind, die noch keine formulierte Bestätigung erfahren haben. Hier setzt sich eine Wirklichkeit durch, die nach einer geschriebenen Verfassung drängen wird.

Die dazu notwendigen *politischen Entscheidungen* müssen im Parlament fallen. Das Recht auf Mitbestimmung, auch wenn es vorbildlich ausgestaltet wird, kann und darf die Grenzen nicht überschreiten, die ihm in einem Lande mit demokratischer Verfassung gezogen sind. Mitbestimmung in der Wirtschaft, demokratische Unternehmensverfassung insgesamt, kann und soll nur auf die Unternehmen selbst abgestellt sein und ihre Angelegenheiten zum Gegenstand der Mitarbeit machen. Es sollen auf diese Weise nicht Institutionen zur Lenkung der Wirtschaft, zur Entwicklung einer Wirtschaftspolitik entstehen. Diese Aufgaben sind Regierungs- und Bundestagspflichten. Im übrigen ist die Mitbestimmung nur ein Teil der Wirtschaftsverfassung, wie die Sozialdemokraten sie erstreben — ein wichtiger Teil. Die Wirtschaft in Deutschland und ihre Struktur wird demokratisch sein, wenn die Lebensordnung in diesem Lande demokratisch ist. Sie wird auch nur so lange in diesem Zustand der Freiheit und Gerechtigkeit sein, solange die Demokratie Wirklichkeit bleibt. Wenn es den Arbeitnehmern in Deutschland nicht gelingt, sich in der Unternehmensführung zu verankern und sich dort mit Erfolg und Verantwortung zu betätigen, werden sie keinen Ausgangspunkt haben, um eine Kontrolle der Wirtschaft entwickeln zu können, die dann nicht von ihnen, sondern von dazu geeigneten Organen auszuüben sein wird. Sie werden Einfluß in ihren Unternehmen nur mit Hilfe der politischen Kräfte gewinnen, die diesen Einfluß durchsetzen, das heißt, mit Hilfe der Sozialdemokraten. Diese aber werden politische Macht nur gewinnen, sie werden sie nur im Sinne der Gerechtigkeit auch auf dem Gebiet der Wirtschaft anwenden können, wenn sie an den Stellen mitbestimmen, an denen wirtschaftliche Macht eingesetzt wird. Es ist eine Kreiswirkung, die hier gegeben ist: die politische Macht muß die Demokratie durchsetzen, die den Arbeitnehmer und der Wirtschaft Nutzen bringen wird, und sie muß sich der wirtschaftlichen Kräfte bedienen, um die Demokratie erhalten zu können.

In der heutigen Wirtschaft, so sagt das sozialdemokratische Programm, sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können.

Darum bejahen die Sozialdemokraten die Gewerkschaften und unterstützen sie durch

ihre politische Arbeit. Weder wollen sie sozialdemokratische Gewerkschaften bilden noch können sie freien Gewerkschaften vorschreiben, was sie zu tun haben und was nicht. Die Sozialdemokraten wissen zu gut, wie nötig und nützlich eine einheitliche und unabhängige und darin starke Gewerkschaftsbewegung auch für die politische Arbeit ist. Daß die Forderungen der Gewerkschaften und die der SPD weit übereinstimmen, daß beide Organisationen in der praktischen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Arbeit häufig Hand in Hand gehen können, das liegt daran, daß sich beide der Pflicht zum sozialen Denken und Handeln bewußt sind, sich ihr unterziehen und sich bemühen, diese Pflicht voll zu erfüllen. Wer für das Wohl der Gesellschaft denkt, wer nicht die Sonderinteressen einer kleinen Schicht im Auge hat, der muß miteinander diese Verbindung haben und halten, die oft zwischen Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften gegeben ist. Ihnen ist gemeinsam das Streben danach, den Arbeitnehmer, der heute in der Bindung seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit ein Untertan der Wirtschaftsmächtigen ist, zum freien Bürger in Staat und Wirtschaft werden zu lassen. Denn das erst ist die Erfüllung der demokratischen Verfassung, die das Grundgesetz erstrebt.

☆

Eine Politik, die den Schwachen helfen soll, die wirtschaftliche Not und soziale Ungerechtigkeit beseitigen will, die Ausdruck sozialer Verantwortung ist, sollte nicht, wie es leider allzu oft geschieht, mit dem wegwerfenden Ausdruck belegt werden, sie sei eine Politik des Wohlfahrtsstaates. Wäre es denn ein Unglück, wenn dem Staate die ehrende Bezeichnung beigelegt werden könnte, er sei ein Staat der allgemeinen Wohlfahrt? Aber die diesen Ausdruck benutzen, wollen mit ihm sagen, daß Sozialpolitik dem allzu menschlichen Zug nach Bequemlichkeit oder Nichtstun auch noch die Chance staatlicher Hilfe und Unterstützung biete. In der Anwendung solcher Argumente sollten sich die Menschen guten Willens von jenen unterscheiden, die als Interessenten ihres eigenen Wohlergehens das Opfer der Nächstenliebe scheuen und schon gar nicht bereit sind, eine *Ordnung der Gerechtigkeit* schaffen zu helfen. Die Sozialdemokratie will den Staat und die Gesellschaft bilden, die allen Menschen erlauben, *sich frei entfalten und ihr Leben in eigener Verantwortung gestalten zu können*. Wenn der Mensch aber in individueller Not oder in einer von der Gesellschaftsstruktur bestimmten Einschränkung seiner materiellen und staatsbürgerlichen Bewegungsfreiheit lebt, dann gebietet es soziale Verantwortung, ihm eine Änderung seiner Lebensumstände zu verschaffen, damit er menschenwürdig leben kann.

Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden.

sagt das Godesberger Programm der Sozialdemokraten und ruft damit zur Änderung solcher Zustände auf. Sie sind heute weit verbreitet. Der Glanz der Autos und die Vielzahl der Fernsehtruhen und Kühlschränke, bunte Kleider und Auslandsreisen dürfen nicht über die Millionen Menschen hinwegsehen lassen, die in Armut leben und nur das haben, was sie zur Existenz unmittelbar benötigen. Der Wohlstand ist in unserem Lande größer als je vorher, das ist richtig. Aber er hat die Armut nicht ausgelöscht, das ist auch richtig. Er hat es nicht einmal vermocht, daß soziale Gerechtigkeit eingekehrt ist, die ein System sozialer Sicherheit bringen muß.

Das Programm der Sozialdemokraten enthält zwei außerordentliche, aber praktisch sofort anwendbare Forderungen, um diese Sicherheit zu erreichen: für die Kranken die staatliche Garantie der Gesundheitsfürsorge und des öffentlichen *Gesundheitsschutzes* bei freier Wahl des Arztes und für die Alten und Arbeitsunfähigen die staatliche Mindestrente, eine allgemeine, das ganze Volk erfassende Pension, auf die jeder Anspruch haben muß. An den materiellen Voraussetzungen für diese sozialen Taten fehlt es nicht, das Nationalbudget ist aufgefüllt, und die Wirtschaftskraft ist stark, um auch für die Zukunft ein sicheres Fundament für eine wahrhaft christliche und soziale Handlung bieten zu können. Die Gesetze sind längst fällig. Wieder bedarf es sozialdemokratischer Initiative, die so oft in vergangenen Jahrzehnten die Sozialpolitik angeregt und befruchtet hat. Aber es bedarf auch der Stärkung dieser Forderungen durch die allgemeine Zustimmung. Der Grundsatz muß freilich gelten: *Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen*^{*}.

Der sozialdemokratische Vorschlag im Grundsatzprogramm, der *eine umfassende Gesundheitssicherung* fordert, geht von der Tatsache aus, daß die Gefährdung der Gesundheit für alle Menschen im modernen Industriestaat ungleich größer ist als je vorher. Nicht nur die lebende, auch künftige Generationen erscheinen bedroht, so sagt das Programm, und es sagt damit keine Übertreibung. Man erinnere sich der ständig drohenden Schäden durch die Folgen der Atomspaltung und die ungeschützte Anwendung der darauf beruhenden technischen Möglichkeiten. Nur der Staat kann einen Schutz gegen Strahlungsschäden organisieren und gewährleisten; er muß es tun.

Lebensbedingungen und Lebensformen sind so zu gestalten und die Gesundheitspolitik ist so auszubauen, daß ein Leben in Gesundheit möglich wird.

Die Sozialdemokratie drängt auf die ernsthafte Beachtung der Gefahren, weil diese als schleichendes Gift das Wohlergehen der Menschen zerstören, ohne daß der einzelne den Symptomen Aufmerksamkeit schenkt. Es wird auf den einzelnen Menschen und

* Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Sozialpolitik

seine Haltung auch dann noch immer entscheidend ankommen, und kein Staat und keine gesetzliche Ordnung können so umfassend eingreifen, daß nicht die eigene Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit bestehen bleibt. Die Sozialdemokraten appellieren an die Menschen, sich dieser Verpflichtung zum eigenen Wohle bewußt zu sein. Ist aber der Mensch krank, so muß er

unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen unbedingten Anspruch auf alle dem Stande der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Heilmaßnahmen

haben, so fordert es das SPD-Programm, und es ist sicher überzeugend, daß jeder Mensch ein unveräußerliches Recht dazu hat, gesund zu sein und gesund zu werden, wenn er krank ist. Es ist ein Widerspruch in der Ordnung unserer Gesellschaft, daß der eine die gute Pflege, die außerordentliche Operation und das wirksame Heilverfahren nur dank seiner persönlichen Besitztümer genießen kann, während der andere, dessen Fleiß und Arbeitskraft ihm dennoch keinen ausreichenden Sparpfennig überließen, als ein Paria der Gesellschaft nur der notwendigsten Pflege überantwortet wird: *Wir haben doch keinen Platz in den Krankenhäusern.* Der beste Arzt und das beste Heilmittel sind für jeden Menschen ohne Ansehen seiner Herkunft und seiner wirtschaftlichen Kraft gerade gut genug, damit sein Leben erhalten und seine Gesundheit wiederhergestellt wird. Das ist die natürliche und praktische Folgerung aus so vielfach genannten ethischen Prinzipien, und es stünde allen, die den barmherzigen Samariter loben, nur als eine Selbstverständlichkeit an, die Sozialdemokraten bei diesem mit politischen Mitteln zu erkämpfenden Vorhaben zu unterstützen. Kein Einwand gilt, der, aus welchen Bindungen immer, hier die Hilfe versagen oder einschränken möchte. Diese Zeit, die uns an alle Grenzen menschlichen Denkens und bis an das letzte Wagnis des Lebens führt, duldet das leere Pathos nicht mehr, mit dem sich mancher der geforderten Tat bisher zu entziehen vermochte. Es ist eine öffentliche und allgemeine Aufgabe, menschliche Solidarität zu üben, und der Nächste wohnt nebenan*.

Zu den Grundforderungen in der Gesundheitsfürsorge muß in der modernen Gesellschaft die *freie Wahl des Arztes* gehören. Das Vertrauen zu ihm, das durch die Wahl bekundet wird, ist eine Bedingung der allgemeinen Gesundheitssicherung, denn es hilft helfen. Die Sozialdemokratie will dem Arzt andererseits die berufliche Entscheidungsfreiheit unter allen Umständen sichern; wie könnte anders seine Verantwortung eingesetzt werden.

Öffentliche Pflicht und persönliche Verpflichtung und Verantwortung müssen in der Gesundheitspolitik ineinandergreifen. Wo Staat und Gesellschaft nicht mehr wirken

können, tritt oft und nützlich die freie Fürsorge und Hilfe ein. Sie soll ihre Eigenständigkeit bewahren und in den Wohlfahrtsverbänden aller Richtungen und Arten und in den verschiedenen Institutionen der Nächsten- und Selbsthilfe im gleichen Geiste menschlicher Hilfsbereitschaft der allgemeinen Bemühung um ein gesundes Volk dienstbar sein. Die Wirksamkeit freier Wohlfahrtsverbände war immer ein Ausdruck der Zivilisation und Kultur eines Volkes, das seine materiellen Möglichkeiten zu größeren Zwecken zu nutzen weiß.

Dann aber, wenn das Alter gekommen ist oder wenn Krankheit zur Arbeitsunfähigkeit geführt hat, soll der Mensch in der Gesellschaft moderner Struktur nicht der Existenzangst verfallen müssen. Die Furcht vor der Not muß zu jeder Zeit im Leben, besonders aber im Alter, durch eindrucksvolle und die Menschen überzeugende Einrichtungen vollständig gebannt werden. Die Sozialdemokratie vertritt in ihrem Grundsatzprogramm die *staatliche Mindestrente* als einen Schutz im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit, und sie will sie durchsetzen, wenn sie die staatliche Macht repräsentieren kann. Auch der Tod des Ernährers soll die Familie nicht der Not überantworten, sondern auch hier soll die Rente beginnen. Sie soll eine Grundrente sein und wie eine allgemeine und ausreichende Pension gestaltet werden, die *eine Lebenshaltung sichern soll, die der entspricht, die sich der Empfänger im Arbeitsleben erworben hat*, so erklärte der Experte der SPD für Sozialpolitik im Bundestag, Professor Dr. Ernst Schellenberg, auf dem Godesberger Parteitag in der Begründung dieser Forderung. Das Ziel ist in seinem Kern nicht neu; es entspricht der allgemeinen Auffassung der Sozialdemokraten, daß der Mensch in der Gesellschaft und durch sie geschützt sein soll. Aber in dieser besonderen Form hat diese Aufgabe noch nicht bestanden, die sich die SPD jetzt gestellt hat und die erfüllbar ist, weil die Wirtschaftskraft der Gesellschaft ausreicht, wie eine sorgfältige Prüfung ihrer Möglichkeiten ergab, die materiellen Voraussetzungen zur Verfügung zu stellen. Zu der Grundrente, die hier gefordert wird, sollen die Beträge aus der Sozialversicherung, aus beamtenrechtlichen Ansprüchen, aus eigenen Sparguthaben hinzukommen, so daß die persönliche Vorsorge, die der Bürger für seine Familie und sich getroffen hat, nicht beeinträchtigt wird und ihm in vollem Umfange zukommt und eine Verbesserung seiner Lebensbedingungen erlaubt. Die Angst um die Existenz soll auch im Alter wie vorher in den Jahrzehnten der Arbeit endgültig unbegründet sein.

Eine der wirkungsvollsten Voraussetzungen gesunden menschlichen Lebens und einer gesunden Staatsordnung ist das Wohnen der Menschen in Behausungen, die mehr sind als Unterkünfte, die — so sagt das Programm — *die Heimstätte der Familie* sein müssen. Die selbstverständliche Folge dieses Grundsatzes ist es, daß die Sozialdemokraten den *Schutz der Wohnung* fordern. Der Wohnungsbau darf nicht nur privatem Gewinnstreben überlassen werden. Auch in diesem Falle hat die SPD wie überall

* Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Gesundheitspolitik

und zu jedem Punkte ihres Programms durchaus die Gegebenheiten beachtet. Wohnungsbau und Pflege vorhandener Häuser kosten Geld. Es ist aber zu erwägen, daß unumgängliche Ansprüche, die aus dem Wohnungsbau erwachsen, sozialen Verpflichtungen gegenüberstehen, die für alle Menschen im Staate gesunde Wohnungen erstreben heißen. Die notwendige sorgfältige Kontrolle der Manipulationen muß schon bei der Bodenpolitik beginnen, die Spekulanten entzogen werden muß. Sie muß sich bei der Baupolitik fortsetzen, wo der Gemeinschaftsbau noch immer der preiswerteste und schnellste Helfer in der großen Wohnungsnot geblieben ist, die im Lande herrscht. Es sollte möglich sein, auch früher und nach dem Zusammenbruch bis heute aus Bodenspekulation erreichte Gewinne noch jetzt abzuschöpfen und dem Wohnungsbau zuzuführen. Niemand hatte das Recht und zu keiner Zeit bestand es, aus der Not der Millionen Menschen, die der Krieg und die verbrecherische Hitler-Politik obdachlos gemacht hatte, privaten Nutzen zu ziehen. Es ist nicht unsittlich, solche Unmoral noch nachträglich zu beseitigen*.

Jede Möglichkeit sollte wahrgenommen werden, um die Familie und ihr Heim zu fördern.

In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte,

so postuliert das sozialdemokratische Programm die Politik, die zur Förderung und zum Schutze dieser Zelle des Staates und der Gesellschaft betrieben werden soll. Man erinnert sich der früheren Gesetzesvorschläge, die vielfach weitgehend in Ansätzen steckengeblieben sind, wenn überhaupt versucht wurde, Mutterschutz, Mutterschaftshilfe, Jugendschutz, Verbot der Kinderarbeit, Berufswahl, Gleichberechtigung der Frau, Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit und anderes mehr zu regeln, um eine soziale Politik zu verwirklichen. Noch immer findet sich daher im 1959 beschlossenen Programm der Sozialdemokratie Gedankengut, das schon vor einem halben Jahrhundert Bestandteil sozialdemokratischer politischer Programme war. So gering war der Fortschritt, wenn man das geltende Recht mit der nicht minder gültigen Wirklichkeit vergleicht. Noch immer ist die Forderung nach gleichen Möglichkeiten für die Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung der Frau, verglichen mit den für den Mann geltenden Bedingungen, angebracht. Der Hinweis auf die Berücksichtigung der biologischen Eigenarten der Frau ist aus den neueren Erfahrungen in der Berufsarbeit nötig geworden.

Die Jugend geht ihren eigenen Weg. Zu keiner Zeit hat eine selbstbewußte Jugend anders gehandelt. Der Selbstgerechtigkeit, die glaubt, auf eine verflachte Jugend mit dem Finger deuten zu können, muß widersprochen werden. Die Jugend ist anders

* Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Wohnungspolitik

als die Generation in ihrer Jugend war — es wäre gefährlich, wenn sie ihr gleiche! Erfindungen und Entdeckungen, Ereignisse und Entwicklungen von unübersehbaren Tiefenwirkungen üben natürlicherweise einen Einfluß auf junge Menschen stärker aus als auf die Erwachsenen. Was diese jetzt führende Generation der nächsten an Erfahrungen und Erlebnissen beschert hat, berechtigt sie kaum zu der Forderung, es ihr gleich zu tun.

Die Jugend muß befähigt werden, ihr Leben selbst zu meistern und in die künftige Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hineinzuwachsen.

Das ist der Kernsatz des Programms der Sozialdemokraten zu der gewiß erregenden Frage nach der Stellung der Jugend in unserer Gesellschaft. Wenn die jungen Menschen in die Gemeinschaft ihres Volkes hineinwachsen sollen, dann müssen sie Wachstumsfreiheit haben; die Wachstumsbedingungen werden ihnen ohnehin von den Älteren gestellt. Die Jungen sind zur Mitarbeit und zur Mitverantwortung heranzuziehen, je früher und je gründlicher, desto besser. Es ist ihre Welt, die sie sich bauen, nicht mehr die unsere. Während sie bauen, sollen die Baumeister sie anleiten, die Familie, die Schule, die Gesellschaft durch Staat und Verbände. Die Erziehungskraft der Familie steht allen anderen Möglichkeiten voran. Es wäre ein nützliches Tun, wenn in die Familien mehr als bisher Aufklärung über die Notwendigkeit einer demokratisch-staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend zu persönlicher und unmittelbarer Verantwortung vor dem Ganzen hineingetragen werden würde. Dort sollte der Keim zu der aristokratischen Seelenverfassung gelegt werden, die Kerschsteiners als Voraussetzung der demokratischen Staatsverfassung genannt hat. Elternhaus, Jugendverbände und Schulen sollten sich aufeinander einstellen, daß die einen nicht verhindern, was die anderen erstreben. Der Zwiespalt der Erfahrungen enthält mehr schädliche Wirkung als falsche Lehre. Über allem soll der Wille zur Menschlichkeit, zum Dienen und zur Demut Erziehungsziel sein und sich zu dem natürlichen Willen zur Tat, zur Herrschaft und zur Auszeichnung als gleichberechtigter und gleichwirkender Bestandteil der charakterlichen Haltung gesellen. Eine Jugend, die so erzogen wurde, müßte ihr Leben meistern können und bereit sein, Verantwortung zu tragen, in der sie selbst sich am Ruder jedes Schiffes sieht und für alles freimütig einsteht, was geschieht.

Wenn man die Jugend frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einsichtsvolle und willensstarke Staatsbürger heranwachsen.

Das ist ein hochgemutes Wort, das die Sozialdemokraten in ihrem Programm haben und das noch einmal den Sinngehalt aus allen Kapiteln zusammenfaßt. Es gilt für den Staat und die staatliche Ordnung so wie für die Wirtschaft, für die Kulturaufgabe der Gesellschaft und für die internationale Zusammenarbeit der Völker.

Die im Arbeitsprozeß stehende Jugend bedarf eines umfassenden und nicht nur theoretisch geltenden *Arbeitsschutzes*. Er ist den Erfahrungen einer neuen Technik anzupassen und immer wieder zu modernisieren. Es genügt nicht, einmal eine Urlaubsbestimmung für jugendliche Arbeiter festzusetzen, wenn die Arbeitsbedingungen sich ständig wandeln und neue Umstände eintreten, die keinen ausreichenden Schutz mehr gewähren. Darum fordern die Sozialdemokraten eine Anpassung an solche Veränderungen zum Schutze der Jugendlichen in den Betrieben. In ihnen schützt die Gesellschaft ihr kostbarstes Gut, das ihr den Fortbestand und die Zukunft sichert. Ein fortschrittliches Jugendrecht muß diese Entwicklung garantieren und sich auswirken lassen. Es ist eine gewichtige Feststellung, daß *das Wohl der Jugend allen anderen Überlegungen vorangeht*.

✱

Die moderne Industriegesellschaft hat weit engere Beziehungen zum Menschen schlechthin als irgendeine andere bisher bekannte Gesellschaftsform. Sie produziert in steigender Qualität und technischer Verfeinerung und benötigt dazu Können. Sie muß die Menschen in die Lage versetzen, die Produkte kaufen zu können. Einkommen und Gesundheit, Wille zu schönerem Leben und Glaube an eine gesicherte Zukunft sind die Faktoren, die den Verbraucher zu erhöhtem Konsum veranlassen. Eine auf die Gesellschaft, ihre Erhaltung und Förderung gerichtete Politik wird zur Voraussetzung der modernen Industriegesellschaft, die sich durch eine intensive Pflege aller genannten Faktoren immer von neuem regenerieren muß, wenn sie auch ökonomisch gesund bleiben will. Dazu hat der Staat sie anzuhalten, und wenn nötig hat er sie dazu zu zwingen. Sozialpolitik ist keine Fürsorge, sondern Verpflichtung, den einzelnen Menschen zu schützen und die Gesellschaft zu erhalten.

Im Mittelpunkt der Mensch

In den *Grundwerten des Sozialismus*, dem ersten Abschnitt des offiziellen Grundsatzprogramms der SPD, ist mit einigen Sätzen, die den Rahmen eines politischen Parteiprogramms nahezu sprengen, der Mensch in seiner bestimmenden und entscheidenden Bedeutung hervorgehoben worden. Jeder Mensch soll seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten, so heißt es dort, und *als dienendes Glied der Gesellschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken können*. Die Würde des Menschen wird im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen gesehen, daß auch sie ihre Persönlichkeit entwickeln und daß auch sie an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitwirken können. Das Individuum in seiner Bedeutung und die Gesellschaft in ihren Werten — beide stehen nebeneinander und gehören zueinander, sie müssen miteinander eine Ordnung des Lebens finden.

In dem Abschnitt des Programms, der das kulturelle Leben behandelt, tritt der Mensch in seiner Bedeutung und Würde in der Sicht der Sozialdemokraten noch einmal besonders eindrucksvoll in den Vordergrund. Die Sozialdemokraten haben auch in ihren früheren Programmen die Beziehungen des einzelnen zum Ganzen, des Menschen zur Gesellschaft und umgekehrt behandelt, jedoch ohne so eindeutig, wie es jetzt geschehen ist, den Wert der Persönlichkeit betont zu haben. Auch diese Tatsache erklärt sich aus der Erfahrung, die sie in dem Jahrzehnt des Terrors und der Vernichtung aller Menschlichkeit und menschlichen Werte machen mußten. Zudem stand zu früheren Zeiten, als die damaligen politischen Programme entstanden, die Masse noch so stark unter dem Zwang der unmittelbaren Not und des ausgebreiteten Unrechts, daß das Schicksal des einzelnen in dieser allgemeinen Unterdrückung ganzer Schichten von weit geringerer Bedeutung blieb. Die Sozialdemokraten wirkten durch starke kulturpolitische Initiative und vor allem durch eine fortschrittliche Schulpolitik bahnbrechend und erwarben ein entscheidendes Verdienst darum, daß Kultur-

fragen des Volkes auch schon zu Zeiten des Klassen- und Obrigkeitsstaates Beachtung gewannen, als es übliche Anschauung der „Gebildeten“ war, daß die höhere Schule, die Hochschule, die Bildung schlechthin ein Vorrecht der Begüterten, der „führenden Schichten“ sei. Die Schule blieb als allgemeine Volksschule das Anhängsel der staatlichen Kulturpolitik, und es war schon ein Gewinn, als nicht mehr der ausgediente Unteroffizier des Heeres zum Schulmeister avancierte, sondern ausgebildete Pädagogen in die Schulstuben kamen. In den Volksschulen werden noch heute nahezu neunzig Prozent der gesamten Jugend des Volkes unterrichtet. Es waren in erster Linie die Sozialdemokraten, mit ihnen dann die Freisinnigen und die Liberalen, die eine höhere Bewertung der Schul- und Bildungsarbeit im allgemeinen und für die breiten Volksmassen im besonderen durchzusetzen vermochten und denen es gelang, damit die gesamte staatliche Kulturpolitik auf die *allgemeine Volksbildung* hinzuwenden. Das geschah vor allem nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in der kulturpolitisch schöpferischen und fruchtbaren jungen Weimarer Republik. Die Jahre nach dem Zusammenbruch von 1945 lassen sich mit jenem regen und erregenden Leben in Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Weimarer Zeit nicht annähernd vergleichen. Es ist darum vieles aufzuholen.

Wieder sind auch nach 1945 die Sozialdemokraten der Vortrupp gewesen, indem sie in den Gemeinden, Kreisen und Ländern die unmittelbar verantwortlichen Männer stellten, von denen die praktische Arbeit angeregt oder in Angriff genommen wurde. Aus zuverlässiger Kenntnis der hauptsächlichlichen Vorgänge und vieler Einzelheiten muß gesagt werden, daß zunächst vor allem die Sozialdemokraten in der Lage waren, qualifizierte Spitzenkräfte für die Verwaltung und für die freie Arbeit zu nennen, als sie gebraucht wurden: Kultusminister und Dezernenten für Schul- und Kunstfragen, Intendanten und Wissenschaftler, Journalisten und Künstler. Daß später jene, die unter den schwierigsten Umständen die notwendige Arbeit aufgenommen hatten, in Bausch und Bogen als *Parteifunktionäre* abgetan wurden, das ist wohl der Gang der Dinge, wo Menschen die Macht erstreben. Ehe andere sich in gemachte Betten legten, ist nach dem Zusammenbruch ganz besonders in der deutschen Kulturpolitik von Sozialdemokraten hervorragende Aufbau- und Entwicklungsarbeit geleistet worden, über die noch ein Wort zu sagen sein wird. Universitäten erhielten Unterkünfte, und Akademien neuer Art entstanden, Bibliotheken wurden gegründet und die Studienfreiheit und ein internationaler Studienaustausch eingeleitet. Nicht zuletzt haben die internationalen Beziehungen der Sozialdemokraten in Deutschland das Vertrauen realisiert, das nötig war, um ausländische Hilfe für diese ersten Schritte schon in den Zeiten des Hungers und der Not zu bekommen. Später war vieles leichter. Zwar reichten die Mittel zu keiner Zeit und an keiner Stelle, aber es war ein Anfang. Reichen sie heute, wo die Bundesrepublik wohlhabend, ja reich geworden ist?

Wir wiesen schon an anderer Stelle darauf hin, daß die Sozialdemokraten die erste und bisher auch einzige politische Gruppe in der Bundesrepublik waren, die Wissenschaft und Bildung zum Gegenstand von allgemeinen Volksaufrufen gemacht haben, um die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit stärkerer Förderung und größerer Opfer hinzuweisen. Der Parteitag 1956 in München war überwiegend der Aufgabe gewidmet, den Blick auf die veränderten und erweiterten Ansprüche der Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu lenken, in der die *industrielle Revolution* die Menschen im Arbeitsprozeß und in der erwartungsgemäß größeren Freizeit vor neue Fragen stellen wird. Die Sozialdemokratie erhofft die Antworten aus einer tieferen Bildung der Menschen, die geistiges und wirkliches Können mit dem Sinn für schöpferische Leistung aus der eigenen Welt des Individuums erstehen läßt. Im Dezember 1956 hat eine Konferenz in Düsseldorf unter dem Leitwort *Mobilisierung des Geistes* diese Absicht der SPD noch stärker in die Öffentlichkeit getragen, und schließlich hat der sogenannte *Plan Z*, der am 24. Oktober 1958 durch einen Aufruf des Vorstandes und Parteirats der SPD weithin bekannt wurde, die Gewissen aufzurütteln versucht, rechtzeitig und umfassend die neuen Generationen auf ihre kommende Zeit vorzubereiten. *Die Zukunft meistern* hieß dieser Aufruf und heißt die Schrift*, in der Waldemar von Knoeringen, der Initiator und hauptsächlichliche Verfechter der Idee von der Ausweitung und Verbesserung aller Bildungseinrichtungen in Deutschland, die Auffassungen und Pläne der Sozialdemokraten durch eine Fülle von Materialien deutlich macht.

Diese Aktionen der SPD übten eine tiefe Wirkung in Deutschland und über die Grenzen des Landes hinaus aus und gaben zahlreiche Anregungen für die praktische Reformarbeit des Bildungswesens. Noch ist die öffentliche und vor allem die Fachdiskussion nicht abgeschlossen, die sich mit den Bildungsvorschlägen der SPD beschäftigt. Denn hier ist eine Frage der deutschen Zukunft angeschnitten, die von lebenswichtiger Bedeutung ist**.

Wer, wie der Verfasser, länger als ein Jahrzehnt die politischen Ereignisse von einer Stelle aus beobachten konnte, die es erlaubte, deutsche und internationale Vorgänge zu übersehen und zu vergleichen, der mußte einen erregenden Eindruck darüber gewinnen, wie ungewöhnlich die sozialdemokratische Aktivität in Deutschland auf dem Gebiet der Bildungspolitik sich abhob von dem allgemeinen Streben nach materiellen Gütern und nach Erweiterung von Produktionskapazitäten und Märkten, nach mili-

* Erschienen im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover 1959, 172 Seiten

** Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Kulturpolitik und zu den Bildungsverpflichtungen in unserer Zeit und vergl. auch „Bildungspolitische Leitsätze der SPD“, herausgegeben vom Vorstand der Partei im Juli 1964

tärischer Macht und effektiver Herrschaft. Es ist den deutschen Sozialdemokraten vorgeworfen worden, sie seien in negativer Opposition geblieben. Das trifft schon im politischen Gebiet nicht zu. Im kulturpolitischen Gebiet aber kann sich keine Partei auch nur annähernd in gleicher Weise auf Anregungen, Vorschläge und neue Gedanken berufen, die sie etwa zur Befruchtung der kulturellen Entwicklung in Deutschland nach 1945 beigetragen hatte. Wir glauben eine Pflicht der Objektivität zu erfüllen, wenn wir die tatsächlichen und außerordentlichen Leistungen der Sozialdemokraten auf diesem wahrscheinlich für Jahrzehnte entscheidenden Gebiet des deutschen Lebens in die Erinnerung rufen. Mit Worten und Pathos lassen sie sich leicht übertünchen. Das Wirtschaftswunder ist großartig – und schuldig! In der kulturpolitischen Arbeit gibt es keine Bilanzen und keine Paläste aus Stahl und Glas vorzuweisen, wohl aber – in ersten Anfängen – eine wache Jugend, die ihren Weg in eine neue Welt angetreten hat.

Die Sozialdemokraten wünschen, daß *die schöpferischen Kräfte des Menschen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten* sollen. Sie nehmen die Differenzierung der *kulturellen Kräfte* in unserem Volke zum Ausgangspunkt, die in Bayern anders als in Schleswig-Holstein und in Baden und Württemberg anders als an der Weser oder in Friesland sind, von den Unterschieden zu den kulturellen Eigenarten in den mittel- und ostdeutschen Gebieten nicht zu reden. Die deutsche Kultur in Dichtung, Musik und bildender Kunst hat aus der bunten Vielfalt des überkommenen Kulturgutes jederzeit ungezählte Anregungen geschöpft, und ihr Reichtum und ihre eindrucksvolle Kraft quollen aus den Tiefen, in denen sich die Begegnungen zwischen westlichen und östlichen, nördlichen und südlichen Menschen in der Gemeinschaft des deutschen Volkes vollzogen, und aus den Spannungen, die aus der Verschiedenheit der Temperamente und der Gemütsverfassung der Menschen im gleichen Volksverband entstanden. Diesen Reichtum zu erhalten und zu pflegen muß eine der großen Aufgaben deutscher Kulturpolitik sein. Sie ist um so schwerer zu lösen, als Menschen deutscher Zunge und Kultur seit Jahrhunderten ihre angestammte und erlebte und erlittene Heimat auch in anderen Teilen Europas haben. Ihre Worte sind deutsch, ihre Lieder haben Melodien wie unsere, und ihre Sehnsüchte und Hoffnungen, ihre Freude und ihr Leid schwingen im Rhythmus unserer Empfindungen und Erfahrungen. Kulturpolitik, die diese Bezeichnung verdient, steht nicht im Dienste nationalistischer Zwecke, sie überschreitet Grenzen und gibt willig das Eigene hin, sie holt über die Grenzen das Verwandte, das andere, das Geistige von Rang und Bedeutung herein, um es dem eigenen Volke zu bieten. Im ständigen Austausch der Kulturgüter der Völker wächst und entfaltet sich das Verstehen der Menschen gleicher und fremder Zunge und Lebensart, es beginnt die Gemeinschaft der Menschen auf einer sicheren Grundlage. Lange Zeit haben die deutschen Wissen-

schaften darunter leiden müssen, daß sie von fremden Beziehungen abgeschnitten waren. Sie erfuhren kaum oder erst später von den Erfindungen und Entdeckungen, die unaufhörlich und überall in der Welt von Gelehrten und Forschern aller Völker gemacht werden. Keine chemische, physikalische, medizinische oder technische Entdeckung wird von nur einem Forscher gemacht. Viele tragen jeweils zum Erfolg bei, und einer baut auf dem Ergebnis des anderen auf. Wenn die Grenzen geschlossen sind, verkümmert die eigene Arbeit. Wenn die Mittel nicht ausreichend gewährt werden, um den Wettstreit der Geister mit auskämpfen zu können, bleibt die Nation zurück. Die Sozialdemokraten erstreben leidenschaftlich umfassende staatliche Hilfe für die Wissenschaft und Forschung, für Bildung und Schule.

Weder nationale noch soziale Interessengruppen dürfen den Prozeß des Austausches geistiger Güter und der freien Entfaltung geistiger Regsamkeit stören oder gar zerstören. Es muß die Pflicht des Staates sein, daß er seinen Bürgern *vor den Macht- und Interessengruppen* Schutz gewährt, damit das geistige und kulturelle Leben nicht *eigenen Zwecken dienstbar* gemacht wird, sondern allen Menschen nützlich bleibt.

✱

Der Ruf nach dem Schutz des Staates ist in Fragen der Kultur zweischneidig. Seine Pflicht zum Schutz der Freiheit muß er erfüllen, mehr hat er nicht zu verantworten. Ein besonderes Verhältnis ergab sich stets und durch die Jahrhunderte in wechselvollem und zum Teil tragischem Geschichtsablauf zwischen Staat und *Kirche*. Die Sozialdemokratie hat diesen Teil ihrer grundsätzlichen politischen Programmatik, an dem sie nicht vorübergehen konnte und wollte, mit großem Ernst besprochen; er gehörte wohl zu den am meisten und eindringlichsten diskutierten Themen in der Vorbereitung des neuen Programms, das auch in kleinen Ortsvereinen wie in den großen Bezirkstagungen in bemerkenswerter Offenheit erörtert wurde. Auch in Godesberg kam es noch einmal zu einer grundsätzlich wichtigen Aussprache, und dann war die Zustimmung auch zu diesem Abschnitt des Programms überwältigend einheitlich und eindrucksvoll.

Das Verhältnis großer Teile der Arbeiterschaft zur Kirche, gleich welcher Konfession, hat sich so gewandelt, wie sich das Verhältnis der *Kirche zur Arbeiterschaft* wandelte. Man ist aufeinander zugegangen, und man weiß, daß man zueinander gehört. Es ist geschichtliche Tatsache, daß die Kirchen *die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um Recht und Gerechtigkeit auf langen Strecken ihres Weges im Stich gelassen haben*. Als die Not am größten war, in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, etwa zu Beginn der Geschichte des industriellen Proletariats, aber auch später, in der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft, war die Hilfe der Kirchen oft nicht am nächsten. Sie war in großen Teilen ihrer führenden und auch unteren Geistlichkeit

eine Institution der Obrigkeit oder *des Obrigkeitlichen* und nicht ein guter Hirte des Volkes. Erinnerungen alter Sozialdemokraten decken sich mit solchen offener Priester und Pastoren, die nichts verschweigen wollen, weil ihr Gewissen ihnen das Reden vorschreibt, seitdem sie in einer anderen Zeit, in unserer, begreifen, was einmal falsch war. Auch Erinnerungen des Verfassers aus der eigenen Jugend und aus dem späteren Leben legen die Pflicht auf, uneingeschränkt Versäumnisse und Fehler auch der Kirche zu bezeugen, beider christlicher Kirchen, die sie in ihrem Verhältnis zu einer Gott suchenden und in der christlichen Lehre gläubig lebenden Arbeiterschaft begangen haben. Der junge Mann stand zuweilen tief erschrocken vor der unbegreiflichen Haltung seiner, der evangelischen, Kirche zu den Arbeitern oder der Partei der Arbeiter, vor Arroganz und Pharisäertum, vor Unverständnis und Lieblosigkeit. Er lernte erst später, daß es Bindungen gab, die auch das Wort Gottes in den Menschen nicht so schnell zu überwinden vermochte. Der Zwiespalt zwischen erlebter Lehre und gelerntem Katechismus auf der einen und Beobachtung auf der anderen Seite blieb indessen. Der Sozialdemokratischen Partei wurde es nicht leicht gemacht, ihre früheren Irrtümer zu berichtigen und ein positives Verhältnis zu den Kirchen zu finden, das nach der unleugbaren Übereinstimmung vieler Prinzipien wie selbstverständlich erschien. Die Einfalt meinte, daß der die höhere Pflicht habe, der das höhere Wissen hat. Die Sozialdemokratische Partei hofft und glaubt, daß die Zeiten der Auseinandersetzung und des Nichtverstehens endgültig vorüber sind. Beide Seiten haben begriffen, daß sie miteinander gehen können und sollten. Es kommt auf beiden Seiten aber darauf an, daß es nicht ein Lippenbekenntnis ist, was in unserer Zeit neu und kräftig ausgesprochen wurde.

Wir haben das Religiöse zu Recht als eine Privatangelegenheit herauszustellen, die aber von der Partei respektiert werden muß, sagte in Godesberg ein Redner, der sich ausdrücklich als praktizierender Katholik bezeichnete. Er fügte hinzu:

Die Menschheit kann nur geeint werden auf der Basis einer demokratischen Ordnung mit sozialer Verantwortung, weil es wahrhaft keine glückliche Lebensgemeinschaft eines Volkes geben kann, wenn es Darbende und Schlemmer gibt, die von dem Brot dieser Darbenden sich groß und stark gemacht haben, soziale Verantwortung gegenüber den unterentwickelten Völkern, die sich bemühen, den Anschluß an die kulturell höherstehenden und zivilisatorisch entwickelten Völker zu finden. Wer heutzutage glaubt, man könne in der großen Weltpolitik ohne soziale Verantwortung außenpolitisch, wirtschaftspolitisch usw. wirksam sein, der hat nicht erkannt, wie man international Friedenspolitik betreiben kann.

Die Sozialdemokratische Partei, die Toleranz und Freiheit als die Grundwerte be-

trachtet, auf denen ihr Programm und ihr politisches Tun ruhen sollen, kann nicht anders, als der Religiosität ihrer Mitglieder volle Wirkungsmöglichkeit zu geben. Denn *der Sozialismus ist kein Religionersatz*, sagt das Programm eindeutig und ohne intellektuelle oder andere Einschränkung.

Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Die Partei hat diesen Grundsatz wie alle anderen im Blick auf die Tatsache aufgestellt, daß sie hofft, die Regierung des Staates stellen zu können. Es ist darin keine Rede von *Trennung von Kirche und Staat*, es ist auf keiner Seite mehr die Rede davon oder von dem Gegenteil: diese Frage ist praktisch längst beantwortet. Formale und technische Hilfen sind keine organische Verbindung. Keine der beiden Seiten, Staat und Kirche, haben heute das Recht, auf der anderen Seite mitzubestimmen, und ihr Verhältnis ist geregelt. Denn es gibt Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Man kann sich nicht ausweichen, und man will es auch nicht und soll es nicht. Staat und Kirche brauchen einander und werden miteinander leben, wenn sie einander achten. Sie bringen sich gegenseitig Werte.

Die SPD hat in ihrem Godesberger Programm die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften *im Sinne einer freien Partnerschaft* erklärt. Über diesen Sinn der *Partnerschaft* ist es zu zum Teil lebhaften und zum Teil peinlich wirkenden Diskussionen gekommen. Kirchliche Theoretiker meinten, daß mit dem Wort vom Partner sich die Sozialdemokratie selbst erhöht habe. Wo dieses Argument tiefer religiöser Betrachtung entspringt, bedarf es der ernsthaften Bitte, eine politische Partei nicht mit einem theologischen Seminar zu verwechseln. Wo das Argument indessen nur politischer Polemik Vorschub leisten soll, ist es uninteressant. Man sollte sich nicht in Ausdeutungen von Worten ergehen, wo es um Werte geht. Nichts anderes war und ist gemeint als ein freimütiges, geradezu befreites Bekenntnis dazu, mit der Kirche gemeinsam daran arbeiten zu wollen, daß die Menschen auf dieser Erde ein besseres Los gewinnen. Nicht gemeint war, sich in eine Diskussion über die Stufe zu begeben, auf der die einen und die anderen in ihren durchaus verschiedenen Aufgaben und Pflichten, in ihrem völlig unterschiedlichen Auftrag und ihrer Verpflichtung stehen. Die Sozialdemokraten wissen, daß die politische Partei eine profane Aufgabe in dieser Welt leisten will und daß die Kirchen in ihrer dienenden Position vor Gott auf einer anderen Ebene zu den Menschen sprechen. Eine *Partnerschaft* kann es nur geben, wo Kirche und Staat sich in weltlichen Angelegenheiten treffen. Es war sehr verfehlt — und es verdächtigt den, der es tat —, das Programm von Godesberg dahin auslegen zu wollen, als habe sich hier ein heimliches Bekenntnis der SPD zu einer Auffassung eingeschlichen, welche die

Kirche mißachtet. Es wäre unchristlich, das Programm und seinen erklärten Willen zu verfälschen und zu versuchen, guten Absichten böse Zwecke zu unterstellen.

Beide Seiten, nicht nur die Sozialdemokraten, werden es begrüßen, daß *Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen*. Dieser Satz aus dem Programm müßte, so sollte es sein, auch von den Kirchen geschrieben werden können.

Es ist ein Grundsatz der Menschlichkeit und der Toleranz, *im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde zu achten*, und gewiß bietet eine solche Haltung eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben. Darum wäre es nicht zu verstehen, wenn ein solcher programmatischer Satz, ausdrücklich bekannt und beschlossen, nicht eine feste Brücke darstellen sollte, über die Menschen aus allen Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften zueinander finden können.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern,

sagt das Programm in Ausführung dieses Gedankenganges. Es braucht nicht beim Bekennen zu bleiben, jeder soll das Recht und die Sicherheit zur Ausübung des Rechtes haben, sein Denken, seinen Glauben und seine Gewissensentscheidung bekanntzumachen, zu verkünden und zu vertreten. Nur eine Grenze wird auch dem Prediger religiöser Wahrheiten gezogen werden müssen, eine selbstverständliche Grenze, da er sich in der staatlichen Ordnung der Gesellschaft bewegt und in ihr Schutz sucht und findet:

Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Einordnung auch der religiösen Arbeit unter den Bürgern des demokratischen Staates in die Gesetzlichkeit und das Grundgefüge der Demokratie erscheint so naturgegeben, daß darüber in der Tat auch keine Diskussion in der Öffentlichkeit entstanden ist.

Unter wiederholtem Beifall des Parteitages sagte Dr. Adolf Arndt zu der Frage des Glaubens, der Toleranz und der Haltung der Sozialdemokraten:

Wer in der Freiheit seines Glaubens den Ursprung und den innersten Halt seines Lebens findet, der muß auch für die Freiheit, nicht zu glauben, eintreten. Und wer für sich die Freiheit in Anspruch nimmt, nicht zu glauben, der muß seinerseits auch für die Freiheit der anderen, zu glauben, eintreten. Das ist keine Gleichgültigkeit gegenüber Wahrheit und Irrtum, sondern darin liegt das unbedingte Anerkenntnis der Gleichberechtigung der Menschen und derselben Würde für einen jeden, der Menschenantlitz trägt.

Das Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Dr. Gustav Heinemann, einst auch Bundesinnenminister im ersten Kabinett Adenauer und heute als Mitglied der SPD Abgeordneter des Deutschen Bundestages, schrieb am 15. Dezember 1959 in einem Artikel zu dem neuen Programm über das Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie unter anderem:

Das Godesberger Programm wäre falsch verstanden, wenn man darin die Absicht der SPD erblicken wollte, fortan eine christliche Partei zu sein oder zu werden. Die SPD will im Unterschied zur CDU bewußt keine Weltanschauungspartei mit all den Fragwürdigkeiten solches Unterfangens sein. Für sie ist freier Sozialismus kein „Religionsersatz“; sie verkündet, wie es im Programm ebenfalls heißt, keine letzten Wahrheiten über den Menschen oder über den Sinn der Geschichte. Sie will nicht anderes als ein Zusammenschluß von Männern und Frauen aus der Übereinstimmung in politischen Zielen sein und überläßt es ihren Mitgliedern und Freunden vollkommen, ob sie aus christlicher Ethik, aus dem Humanismus oder aus einer philosophischen Überzeugung politisch tätig sind. Sie gewährt in ihren Reihen jedermann die Möglichkeit, aus persönlicher Gewissensentscheidung zu handeln. Sie gewährt diese Möglichkeit auch den christlichen Staatsbürgern und mißachtet damit nicht diejenigen, welche sich der christlichen Verkündigung verschließen, wie auch das Umgekehrte ausgeschlossen ist. Auf die Frage, ob solche Haltung als Partei einer gleichgültigen Verständnislosigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten entspringe, antwortet das Programm, daß sie aus der Achtung vor den — offensichtlich unterschiedlichen — Glaubensentscheidungen der Menschen eingenommen wird, und daß es weder Sache des Staates noch einer politischen Partei sein kann, den Menschen etwas über die letzten Wahrheiten zu verkünden oder gar vorzuschreiben.

Der Weg sollte nun wirklich frei sein, daß die christlichen Kirchen, die Weltanschauungsgemeinschaften aller Art und die Sozialdemokraten zusammenarbeiten, wo und wann immer sich eine Möglichkeit bietet, Gutes zu tun, den Frieden zu bewahren, das Los der Bedrängten zu verbessern, Gerechtigkeit zu erwerben und den Nächsten zu lieben — wie sich selbst.

Sozialismus ist nicht nur eine Angelegenheit der Ökonomie, des Materialismus, sondern vordringlich eine Aufgabe der Erziehung, des Idealismus. Die beste Wirtschaftsordnung wird keinen beständigen Erfolg haben, wenn nicht die Menschen die Einsicht gewinnen, daß die Chancen, die sie bietet, zur *Emporentwicklung aller Menschenkräfte* genutzt werden müssen. Demokratie ist nicht möglich und jedenfalls nicht von Bestand ohne Menschen mit demokratischem Bewußtsein. Es beinhaltet Selbstbewußtsein, Souveränität im Geistigen, Sicherheit und Gewißheit, daß der Mensch etwas ist und bedeutet, da er etwas leistet. Hier liegen die Wurzeln für das Schulprogramm der Sozialdemokratie, wie es sich in den Grundsätzen zur Schulfrage ausdrückt.

Der Mensch soll sich frei entfalten, ihm sollen alle Chancen für die Entwicklung seiner Anlagen und Fähigkeiten geboten werden, und kein materielles oder formales Hindernis darf dieser Entwicklung im Wege stehen. Das ist der Kern der Auffassung, die die Sozialdemokraten seit Bestehen der politischen Bewegung des Sozialismus vertreten. Dem freien Menschen, der innerlich und äußerlich unabhängig und selbständig im Denken und Tun ist, galt stets die ganze Sehnsucht, die volle Arbeitskraft, der energische Wille und die große Zuversicht der Sozialisten. In der Frühzeit war es eine sichere Vorstellung, daß mit der vertieften Bildung, mit dem größeren Wissen und dem besseren Können ganz von selbst die Einsicht in die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit sozialistischer Gedankengänge kommen werde. Das Wort *Wissen ist Macht* wurde überbetont und überbewertet. Es geschah in der guten Absicht, die jene hegen, die daran glauben, dies sei der Weg zur Befreiung aus der Fron der ungeistigen Arbeit und der wirtschaftlichen und persönlichen Abhängigkeit. Mehr Wissen ist Besitz! Mehr Leistung erbringen zu können, das werde dem Kinde eine bessere Zukunft gewinnen, als sie den Eltern beschieden war. Das außerordentlich starke Drängen der untersten Schichten des Volkes zur Schule, zur besseren Schule, zu Bildung und zum Ausbau aller Bildungseinrichtungen, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und besonders in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts spürbar war, ist aus der sozialen und materiellen Situation der Arbeiterklasse in jenen Jahrzehnten zu verstehen. Unverstand und mangelnde Weitsicht, genährt oft aus Egoismus und Herrschsucht, hatten die neu entstandenen Proletariatsmassen von nahezu allen Aufstiegsmöglichkeiten ferngehalten. Nur wenige Verantwortliche begriffen rechtzeitig, daß das Zeitalter der Maschine den qualifizierten Maschinenarbeiter brauchen werde. Je differenzierter die technische Hilfe in der Produktion wurde, desto mehr wuchs in der Tat der Bedarf an besserer Volksschulbildung, an leistungsfähigen Führungskräften, an hochqualifizierten Wissenschaftlern. Und erst mit diesem materiellen Bedarf und nicht aus der sittlichen Einsicht in die Notwendigkeit der allgemeinen Menschenbildung wuchs das Schulwesen im vorigen und in diesem Jahrhundert in seine heutige Position hinein, die freilich noch weit entfernt

von der ist, die sie in einer freien Gesellschaft demokratischer Bürger einnehmen muß. Es waren vor allem sozialdemokratische Kultusminister in den deutschen Ländern des Reiches und nach 1945 der Bundesrepublik, Schulaufsichtsbeamte und Pädagogen in Schule und Universität, die durch verantwortliche Entscheidungen oder durch Mithilfe in der Verwaltung oder wissenschaftlichen Arbeit den beachtenswerten Aufschwung des Bildungswesens seit dem Ende des Ersten Weltkrieges herbeigeführt haben. Diese Bestrebungen haben in jüngerer Zeit auch die kräftige Hilfe des freisinnigen Bürgertums, mancher Wirtschaftsführer, vieler Universitätslehrer gefunden, und es ist ein überzeugender Beweis für die Fruchtbarkeit sozialistischer Gedanken, daß die allgemeine Bildungspolitik heute auch jenseits der SPD in freien Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen mit den Frauen und Männern aus der praktischen pädagogischen Arbeit zur Entwicklung eines modernen Schulwesens gepflegt wird. Hier fiel eine Saat auf nahrungsstarken Boden, und es gibt bei denen, die die Zukunft meistern wollen und mit klaren Augen in die kommenden Zeiten zu schauen versuchen, kaum noch eine Meinungsverschiedenheit über die Dringlichkeit eines umfassenden und tiefgreifenden Ausbaus aller Bildungseinrichtungen in Deutschland, vom Kindergarten bis zur Universität und Hochschule jeder Art, die Stätten der allgemeinen Erwachsenenbildung nicht ausgenommen.

Schulen kosten Geld, und die Verzinsung dieses Kapitals muß langfristig kalkuliert werden, aber sie ist sicherer als jede andere Anlage und bringt größeren Gewinn. Die nächste Generation erst kann beweisen, daß die Investitionen der Väter gerechtfertigt waren, sie beweist es auch dann, wenn die Väter im Einzelfall anderer Meinung sein werden. Es ist in der Bundesrepublik viel zu tun.

Die *Schulorganisation* muß so umgebaut werden, daß der Übergang in die jeweils höhere Schulart organisch und auch den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Kinder gemäß zu verschiedenen Zeiten möglich gemacht wird. Jedes Kind, das Begabung und Fähigkeit hat, soll den für ihn besten Bildungsweg betreten und bis zum Ende gehen können. Darum muß der Schulbesuch kostenlos sein, um auch den Kindern gering bemittelter Eltern die Teilnahme zu ermöglichen. Wo erwartet wird, daß das Kind schon frühzeitig die Familie miternährt, muß die Gesellschaft durch Beihilfen an die Familie die freie Entfaltung der geistigen Kräfte des Begabten dennoch ermöglichen. Die Schulbücher, die Hefte, die vielen neuzeitlichen notwendigen Lernmittel müssen ohne Kosten zur Verfügung stehen, und die Schulen sollten weit besser mit Lernmaterial ausgestattet sein, als es heute — leider auch gestuft nach der Schulart — der Fall ist.

Solche Forderungen sind für alle Schulen zu stellen, auch und besonders für die *Landschulen*. Seit Jahrzehnten ringt die Sozialdemokratie um den Ausbau dieser in der Entwicklung weit hinter den Anforderungen unserer Zeit zurückgebliebenen viel-

fach noch einklassigen Schulen. Alle Jahrgänge vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr in einer Schulklasse, die ein Lehrer zur gleichen Zeit oder nur wenig getrennt unterrichtet — das schien nur noch für unterentwickelte Länder denkbar, aber es ist auch in unserer Bundesrepublik Tatsache, und die Zahl der einklassigen Schulen ist in den letzten Jahren weiter gestiegen! Die *dorfeigene* Schule hat in einer Zeit, in der das Dorf durch Verkehr, Rundfunk, Fernsehen und Siedlungsdichte seine Originalität weitgehend verliert, kaum noch Berechtigung. Eine zentrale Schule, welche die Kinder aus mehreren Dörfern in einem wohlgegliederten System vereinigt, sollte die dringliche Aufgabe praktischer Schulpolitik für das Land sein. Es gibt keine Verkehrsschwierigkeiten mehr, die nicht behoben werden könnten. Wer an jedem Morgen — und dies seit langen Zeiten — die Milch pünktlich zur entlegenen Molkerei fahren kann, der kann auch organisieren, daß die Kinder des Dorfes zur Schule gebracht und von ihr abgeholt werden.

In ihren Kräften frei und beweglich gebildete Kinder sind — hier wäre ein Ansatz zu einer modernen Agrarpolitik gegeben! — das beste Kapital, das ein selbständiger Bauer für die Modernisierung seines Betriebes in kommenden Zeiten einsetzen kann. Aufklärung ist nötig, um den Zusammenhang darzustellen und um den Menschen auf dem Lande den Vorteil der gegliederten Schule zu zeigen. Das Land lebt nicht mehr für sich allein; seine Beziehungen zum Ganzen und zur weiten Welt über Deutschlands Grenzen hinaus sind vielfältiger und intensiver denn je, darum müssen seine Menschen einen härteren Wettstreit bestehen. Die Schule kann ihnen helfen. Die Sozialdemokratie will die allgemeine *Schulpflicht* in allen Ländern auf zehn Jahre erhöhen. Die wesentlich gestiegenen Anforderungen an die Jugend machen diese Ausdehnung der systematischen Schularbeit notwendig. Sie wird für viele Familien erst erträglich werden, wenn die erwähnte Einrichtung der Familien- oder Erziehungshilfe für die Kinder gewährt wird.

An die allgemeine Schule schließt sich die *Berufsschule* an. Ihre Verbesserung ist mit der Ausweitung der Wirtschaft zwar fortgeschritten, aber sie muß in der Gesamtaufgabe und in der fachlichen Gliederung, vor allem aber in der Erfüllung staatsbürgerlicher und allgemeiner Erziehungsaufgaben, weit größeren Spielraum bekommen, als sie ihn jetzt besitzt. In den Berufs- und Fachschulen ist die Jugend zu finden, die ebenso oft wie unberechtigt als *halbstark* bezeichnet wird. Es wird auf die Arbeitsmethode der Berufsschulen, auf die Klassenstärke, auf die Unterrichts- und gesamte Schulzeit, nicht zuletzt aber auf die materiellen Möglichkeiten ankommen, die dem Lehrer für die Beschäftigung und Belehrung der Jungen und Mädchen zur Verfügung stehen, damit aus einer mehr oder weniger *fortgesetzten Volksschule* überall im Lande eine gegliederte, fachlich wirksam lehrende berufliche Förderung entsteht, deren theoretischer und praktischer Wert die Forderung nach dem *zweiten*

Bildungsweg berechtigt erscheinen läßt. Dieser Weg soll auch den ehemaligen Volksschüler über den Beruf in die Hochschule führen, wenn Anlagen, Begabung und Fleiß dies zulassen oder gar verlangen. Viel zu selten wird diese große Aufgabe in ihrer vollen Bedeutung gesehen, die für die Zukunft der modernen Gesellschaft von um so größerem Wert sein wird, als sich kein Volk mehr noch für längere Zeit den Luxus leisten kann, die hohen Aufwendungen für nicht ausgesprochen begabte Studierende von Staats wegen zu tätigen und auf der anderen Seite die unbezweifelbaren Sonderbegabungen ungenutzt zu lassen, denen der bequeme Weg über die Gymnasien und anderen höheren Schulen nur deshalb versagt war, weil die Eltern ihn nicht bezahlen konnten oder weil eine geistig langsamere Entwicklung erst im späteren Jugendalter die Kräfte freilegte, die der Studierende braucht, oder weil erst der praktische Beruf den Anreiz zum theoretischen Fundament entwickelte.

Ein gutes Schulwesen, so sagt das sozialdemokratische Programm, *verlangt Erzieherpersönlichkeiten, die sich selbständig mit allen Problemen der Zeit auseinandersetzen.* Daraus zieht es die Folgerung, daß die *Lehrer*, auch die an den Volksschulen, an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden sollen. Die Schule steht und fällt mit ihren Lehrern. Wir wiesen an anderer Stelle auf den ausgedienten Unteroffizier des friderizianischen Heeres hin, der zur Belohnung für treue Dienste Schulmeister werden durfte. Von der Methodik des Unterrichtens, von der pädagogischen Behandlung der Kinder hatte er keine Ahnung. Die Geschichte des Lehrerstandes ist in Deutschland zugleich die Geschichte der Schule, eine tragische Geschichte oft, eine komische zuweilen — und erst seit dem sozialen Aufstieg der unteren Schichten, der Arbeiterschaft, der kleinen Angestellten, der Beamten zu gleichberechtigten Teilen der Gesellschaft ist auch die allgemeine Volksschule, die heute noch immer von etwa 88 Prozent der gesamten Jugend des deutschen Volkes besucht wird, ein anerkannter Bestandteil des respektierten Bildungswesens geworden. Die Lehrerbildung hat ihren großen Anteil an dieser Entwicklung, aber sie hat auch ihren Vorteil durch sie gehabt. Ohne diesen Sozialkampf wäre das Lehrerseminar des 19. Jahrhunderts nicht zur Pädagogischen Akademie der Weimarer Republik und nicht zur Pädagogischen Hochschule unserer Zeit geworden, in der nun auch bereits die ersten gelungenen Ansätze für eine Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen in einzelnen deutschen Ländern vorhanden sind. Der Einwand der Zögernden, der wissenschaftlich gebildete Pädagoge werde die Landschule verabscheuen, bezeugt die Unkenntnis des dynamischen Wesens der Pädagogik. Der Reiz der pädagogisch-psychologischen Arbeit ist in der Besonderheit der Landschule vielleicht sogar größer als in der differenzierten Großstadtschule; der wirtschaftliche Reiz jedoch ist für den jungen Mann, der eine Familie zu gründen wünscht, unzweifelhaft geringer. Es liegt vieles im Argen, wenn man die soziale Situation der Volksschullehrer in Deutschland genauer betrachtet,

und es ist kein Ruhmesblatt für das Wunderland des Geistes, der Technik und der Wirtschaft, auf dem die Geschichte der sozialen Entwicklung und der materiellen Behandlung der Lehrer aufgeschrieben wurde. Jedoch wird nur eine Lehrerschaft die Bildungs- und Erziehungsaufgaben in der Gesellschaft dieser Zeit und in einem demokratischen Staate erfüllen können, die frei, unabhängig und gründlich gebildet ist, welche die Methoden wissenschaftlicher Arbeit beherrscht und ihre berufliche Tätigkeit als ständig wertvolle Forschung oder als Bestätigung erfahrener Lehren begreift und nicht als methodisch erlernbares Handwerk.

Es ist den Sozialdemokraten sehr um eine solche Lehrerschaft zu tun, die ihre Kinder lehrt, daß es nützlich und sittlich ist, *Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit* zu haben und zu stärken. Das überlieferte Kulturgut muß mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens dieser Gegenwart in ein harmonisches Verhältnis gebracht und zur Grundlage unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung werden. Die Achtung vor der Freiheit des anderen, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Verständnis für Eigenheiten, Selbständigkeit, soziales Verantwortungsbewußtsein – diese Erziehungsziele werden in dem Programm der Sozialdemokraten genannt, und sie vereinigen sich in der Forderung, die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung in der Jugend aufzurichten und zu pflegen. Vertrautheit mit der Kunst und dem künstlerischen Schaffen, gesichertes Wissen um die Vielgestaltigkeit der Wertordnungen und der Überzeugungen, die in unserem deutschen Volke gültig sind, werden die Charaktere einer neuen Generation, wenn solche Bildungs- und Erziehungsziele ernsthaft angestrebt werden, so formen, daß vergangene Schändlichkeiten, die im deutschen Namen begangen wurden, sich niemals wiederholen können.

Wie könnte eine Jugend gewissenhafter, ungefährdeter und spannungsvoller in diese Welt der Widersprüche und der großen Hoffnung hineinwachsen, als wenn sie Hand in Hand ihren Weg miteinander geht. Sie soll darum gemeinsam erzogen werden, so will es das Programm der SPD seit je, auch das Godesberger. Die trennenden Linien sozialer Schichtungen, der Konfessionen, der Weltanschauungen, sollen nicht schon die Jugend vor ihrem Eintritt in das bewußte Leben in der Gesellschaft aufspalten*. Die Sozialdemokratie weiß, daß die für alle gemeinsame Schule dort Zustimmung findet, wo die Eltern frei und aus eigenem Recht und Willen über die Schule entschei-

* An diesen Grundsätzen hat die SPD auch durch die Erklärung des Parteivorstandes nicht rütteln lassen, daß sie den Willen der Eltern respektiere, nach dem Kinder in konfessionell gebundenen Schulen unterrichtet werden sollen. Vergl. hierzu „Bildungspolitische Leitsätze der SPD“ (Juli 1964), in denen der „geordnete Schulbetrieb“ Voraussetzung für jede respektierte Schulart ist, also die vollausgebaute Schule

den können, die ihre Kinder besuchen sollen – und in nicht wenigen Teilen der Bundesrepublik können sie es. Die Eltern werden fast ausschließlich nur dann „ermahnt“, wenn es sich um den Schulbesuch der jüngeren Kinder handelt, also um die Volksschule. Daß die älteren, die eine höhere Schule besuchen, das Gymnasium oder eine Universität gar, in aller Regel in eine für alle gemeinsame Anstalt eintreten, erscheint wie selbstverständlich, und man spricht nicht darüber. Nur wenige von denen, die aus hohen Positionen zu dieser seit Jahrzehnten leidigen, weil zu oft unwahrscheinlich behandelten Frage Stellung nehmen, haben in ihrer Jugend eine konfessionell gerichtete Schule von innen gesehen. Die gemeinsame Ausbildung der jungen Menschen im Beruf, ihre gemeinsame Soldatenzeit, ihr gemeinsames Leben auf der Straße, in Jugendverbänden und auf den Spielplätzen würde unglaubwürdig werden, wenn ein Zwang in der Volksschulzeit eine unnatürliche Trennung herbeiführen würde. Im gegenseitigen Erlebnis entsteht die Duldung des anderen Menschen und seines Ich. Sie ist für ein Volk, das aus einer von Weltanschauungskämpfen tief zerrissenen Geschichte, die noch in allerjüngster Zeit zu grausamen Exzessen geführt hat, in eine glücklichere Zukunft finden möchte, finden muß, wenn es leben will, die allein tragende Kraft. Es hieße die größten Hoffnungen bestärken, die ein Mensch in unserer Generation noch haben kann, wenn es gelänge, die Kinder von dem großen, vielleicht ewigen Streit unangetastet zu lassen, der das deutsche Volk entzweit und an dem sie ihr Herz noch früh genug wundstoßen werden. Wenn sie einander dulden und verstehen lernen, wird es sie hemmen und bewegen, wenn sie einmal als Erwachsene aufgerufen werden, gegeneinander zu stehen.

☆

Was das Godesberger Programm an grundsätzlichen Richtpunkten für das kulturpolitische Wirken der Sozialdemokratie zur Schule und zur Bildungsarbeit sagt, das gilt auch für die wissenschaftliche Aufgabe und Arbeit der Universitäten und Hochschulen aller Art. Die Partei hat stets eine Beziehung zwischen den Universitäten und der Lebenswirklichkeit herzustellen versucht und betont sie auch jetzt wieder. Eine isolierte Position ist für das Hochschulwesen und für die Wissenschaft nicht möglich, die Zusammenarbeit mit allen Bildungseinrichtungen erscheint nötig und für beide Teile fruchtbar. Die wissenschaftliche Arbeit in Forschung und Lehre dient dem Menschen und ist nicht irgendwo außerhalb dieser Welt denkbar, aus der sie erkennt und für die sie denkt.

Wissenschaftliche Forschung und Lehre müssen frei sein. Ein solcher Satz erscheint dem politischen Leser selbstverständlich. Er gilt indessen nicht einmal in allen europäischen Staaten unserer Gegenwart. Eine zweckgebundene Forschung zum Nutzen des

Volkes, wie man in Anlehnung an *Volkes-Substantive* aller Art zu sagen sich angewöhnt hat, muß weder wissenschaftlich sein noch ist es gewiß, daß sie nützlich ist. Erst die Ungebundenheit erlaubt ihr die unbefangene Analyse und die Systematik. Freilich muß es berechtigt erscheinen, daß die Sozialdemokraten wünschen, daß die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Davon hat die Wissenschaft selbst wieder den größten Nutzen. Ein verantwortungsbewusstes Volk will und muß über die gefährlichen wie über die segensreichen Entdeckungen und Erfindungen unterrichtet sein, die sein Schicksal bestimmen, und es muß auch erfahren, wann und wo sein unmittelbares Interesse wirksam werden muß. Das Verlangen, der Forschung und der Lehre ein volles und ungeteiltes Maß von Freiheit zu sichern, läßt auch staatlichen Einfluß nicht zu. Wohl ist es die Pflicht des Staates, die materiellen Bedingungen für die Arbeit der Forscher und der Lehrer bereitzustellen, und wohl soll er darauf achten, daß der Menschheit kein Schaden entsteht, wenn eine unermüdlich bohrende Forschung zu dem vordringt, was unsere Welt im Innersten zusammenhält. Noch kann jede Erfindung und jede Entdeckung, die in den letzten ereignisreichen Jahrzehnten gemacht wurden, zum Nutzen des Ganzen angewendet werden. Hier und nur hier ist die Aufgabe des Staates zu sehen.

Im übrigen sollte ein unabhängiger Forschungsrat in eigener Verantwortung der Forschung helfen, jeweils vordringliche Aufgaben zu stellen und zu lösen, so schlagen die Sozialdemokraten vor, wobei sie sich allein von dem Gedanken leiten lassen, daß auch eine noch so breit ausschweifende freie Forschung der Unterstützung und Zusammenarbeit bedürfen wird, sobald sie an Ergebnisse herankommt, die sie darbieten möchte. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran, daß die Wissenden (in eigener Verantwortung) die Forschung beobachten und daß sie die Beziehung zur Lebenswirklichkeit aufrechterhalten.

Das Programm weist in diesem Zusammenhang auf ein Arbeitsgebiet der Forschung und der Lehre besonders hin, das in der Vergangenheit nicht die Bedeutung gehabt hat wie heute und auch nicht in entsprechender Intensität beachtet worden ist: die *Wissenschaft vom Menschen* und von der Gesellschaft.

Die Bewältigung der politischen, menschlichen und sozialen Probleme der sich entwickelnden Industriegesellschaft und die Bewahrung menschlicher Freiheit in ihr verlangen den Ausbau und die Vertiefung

dieses Zweiges der Wissenschaften, so sagt das Programm zur Begründung. Der Mensch in dieser neuen, andersartigen und immer schwieriger werdenden Welt bedarf einer besonderen Analyse seiner Situation und seiner Chancen, und diese Hilfe möchte die Sozialdemokratie auf der besten Basis geben, die sich anbietet, indem die Wissenschaft das Rüstzeug zur Verfügung stellen soll, das erforderlich ist, um die

Menschen vor Unheil bewahren zu können und ihr Los zu bessern, wo und wie immer sich Möglichkeiten bieten. Kein Gebiet der Wissenschaften erscheint überflüssig oder auch nur graduell entbehrlich. Dieses aber ist offenbar benachteiligt, und Universitäten und Hochschulen sollten überlegen, wie das Wissen um die Menschen und um ihr Zusammenleben insgesamt vermehrt und gefestigt werden kann.

Die deutschen Universitäten sind überfüllt, aber die Zahl der Studierenden ist relativ noch immer sehr viel geringer als in anderen Staaten, die sich erst in jüngster Zeit der Förderung wissenschaftlicher Arbeit zugewandt haben, weil sie in ihrer Lage eine um so schnellere Entwicklung aller Möglichkeiten auf wirtschaftlichem, technischem und auch staatspolitischem Gebiet erhoffen. Aus dieser Tatsache wird die Bedeutung des großen Reservoirs deutlich. Es kann jedoch nur so groß gebildet werden, wenn die jungen Menschen die materiellen Voraussetzungen erhalten, die sie für ein ernsthaftes und konzentriertes Studium benötigen. Es ist — nicht zuletzt infolge des Drängens der Sozialdemokraten — in den letzten Jahren einiges geschehen, um durch Studienhilfen Erleichterung zu geben. Es muß noch sehr viel mehr gegeben werden. Milliarden werden nötig sein, um bisherige Unterlassungen aufzuholen und kommende Anforderungen erfüllen zu können. Das ist fast eine mathematische Aufgabe, die gelöst werden muß, indem Bedarf, Kosten des Studiums und soziale Lage der Studenten einander gegenübergestellt werden. Der Staat, der eine so ausgeweitete wirtschaftliche Konjunktur zu verwalten die Chance hat wie die Bundesrepublik, sollte nicht zögern, für die Studienförderung weit mehr zu tun, als bisher geschehen ist.

Die Studenten werden in einem gegenwartsnahen Studium nicht auf eine einigermaßen gründliche *politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung* verzichten wollen. Sie werden künftig in der Führungsschicht des Volkes in Wirtschaft, Staat oder Kultur tätig sein, in freien Berufen oder an anderen sichtbaren Stellen. Oberall brauchen sie die Kenntnis der staatspolitischen Zusammenhänge und Grundlagen, der wirtschaftlichen und der sozialen Lage in unserem Staate und Volke und brauchen die Kenntnis von Tatsachen dieses Inhaltes nicht zuletzt zur Kontrolle ihrer eigenen Haltung in ihrer leitenden Funktion. Die Sozialdemokratie möchte erreichen, daß diese Bildungsaufgabe von allen Universitäten und allen Fakultäten anerkannt wird.

†

Kein Gebiet des schöpferischen Geisteslebens eines Volkes bedarf der Freiheit mehr und unbegrenzter als das der *Kunst*. Wo in Selbstverantwortung gezügelte Kräfte sinnvoll walten, da muß sich das Gebilde gestalten, das Ausdruck einer Zeit und ihrer Menschen ist, in Wort, in Ton oder in der bildenden Kunst. Die Freiheit ist

der Urboden künstlerischen Schaffens. Die Sozialdemokraten weisen nur auf Tatsachen hin, die leider gegeben sind, wenn sie von der Notwendigkeit sprechen, daß Staat und Gemeinde Mittel bereitstellen sollen, damit die Kunst und der Künstler leben können. Aber:

Die künstlerische Entfaltung darf durch kein Reglement, insbesondere durch keine Zensur, beschränkt werden,

so postuliert das Programm und betont damit noch einmal, daß es keine Beziehungen geben darf zwischen Geld und selbstverständlicher Hilfe, die aus der Verpflichtung der Gesellschaft für ihre wirkungsvollen Sprecher, die Künstler aller Formen des künstlerischen Ausdrucks, zu gewähren ist. Die Sozialdemokratie hat an anderer Stelle zur Frage der Zensur oder der Abhängigkeit geistig tätiger Menschen eindeutig äußere und innere Abhängigkeit gekennzeichnet und beide verurteilt. Künstlern kann der Weg zu einer eigenen Leistung origineller Art verbaut oder breit geebnet werden; Presse und Film, Rundfunk und Fernsehen können unter eine strenge Zensur genommen werden (auch wenn man das anders nennt), oder sie behalten die Chance zu freier Entfaltung — das eine wie das andere können unerkannte Mächte bewirken, wenn sie ihre wirtschaftliche Kraft oder ihre Beziehungen einsetzen, wenn sie sich Vorteile oder Nachteile versprechen, wenn sie Regierung und Bürokratie gewinnen. Das sozialdemokratische Programm ruft darum den Staat auf, seine Pflicht zu erkennen,

alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen zu schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Es hat in unserem Lande lange die *Zwangswirtschaft der Kultur* gegeben, die gekennzeichnet war durch die Scheiterhaufen für Bücher, durch vorgeschriebenen Kunstgeschmack und verordnete Kunstbetrachtungen. Das Programm der SPD will den Grundsatz verwirklicht wissen:

Künstlerischem Schaffen ist volle Freiheit zu gewähren. Staat und Gemeinden sind zur Hergabe von Mitteln verpflichtet, die der Förderung schöpferischer Gestaltungskraft und der Vermittlung kultureller Werte aus allen Bereichen der Kunst dienen sollen.

Die Zukunft der Demokratie in Deutschland hängt vornehmlich davon ab, ob es gelingt, die Bildung der Masse des Volkes zu heben, das Wissen und die Wissenschaft auszubreiten und zu vertiefen, die Kunst frei wirken zu lassen und die Menschen zu geistiger Selbständigkeit, zum Willen zur eigenen Entscheidung und Verantwortung und zu demokratischer Gesinnung und Haltung, zum Verständnis anderer Menschen und zur Toleranz zu erziehen. Die Sozialdemokraten, geschmäht als die Materialisten dieser Zeit, glauben in einem unzerstörbaren Idealismus an den Menschen und an die Kraft der Bildung und der Erziehung.

Weg in die Zukunft

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Freiheit und Ordnung regeln das Leben und das Zusammenleben der Menschen im Staat; Freiheit und Ordnung müssen auch das Leben und Zusammenleben der Völker auf dieser Erde regeln: Freiheit soviel wie möglich, Ordnung soviel wie nötig. Wenn Freiheit in Willkür oder Chaos ausartet, zerstört sie sich selbst; wenn Ordnung in Macht oder Tyrannei verfällt, vernichtet sie die Keime neuen Lebens, unterbindet sie Fortschritt und Entwicklung. Die sittlichen Gesetze, die sich für die staatliche Ordnung der Völker entwickelt haben, erhielten in den letzten Jahrhunderten und vor allem in den letzten Jahrzehnten unmittelbare Gültigkeit auch für das Miteinander der Völker selbst. Die Errichtung eines Völkerbundes nach dem ersten Weltkrieg, das Entstehen der Vereinten Nationen noch während des zweiten Weltkrieges sind die Ausdrucksformen des Willens der Regierungen, miteinander eine Ordnung anzuerkennen, nach deren Prinzipien sich die Beziehungen souveräner Länder friedlich und in jedem Falle im Einvernehmen regeln lassen. *Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein*, sagt das Godesberger Programm in dem Abschnitt über die Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft, und das Motto zu diesem Kapitel zieht daraus die notwendige Folgerung — es steht als erster Satz über dem Abschnitt, der die *Internationale Gemeinschaft* behandelt.

Enger als jemals vorher in der Geschichte der Menschheit sind die Menschen und die Völker in unserer Zeit miteinander verbunden, nicht nur äußerlich durch den Verkehr, nicht nur durch die Technik, die ihnen allen bessere Lebensmöglichkeiten schafft oder schaffen könnte, nicht nur durch die Ausbreitung des Wissens und der Erfahrungen und Erkenntnisse, sondern auch durch die ganz primitiven Bedürfnisse für Ernährung und Bekleidung, für Arbeitsmöglichkeit und Erholung. Die Nationalwirtschaften sind so eng miteinander verflochten, daß sie kaum noch die Bezeichnung verdienen, die sie

auf ein Land beschränken würde. Der Handel ist weltweit, und internationale Märkte sind so selbstverständlich, wie einst die romantische Gewißheit selbstverständlich war, daß in fernen Ländern unmeßbare, aber auch unerreichbare Schätze seien. Die Schätze wandern hin und her, und die Menschen tauschen miteinander — sie sollten es wenigstens so halten. Die Verbundenheit ist noch im Entstehen, die Verbindungen sind bereits eng. Neue große Wirtschaftsräume haben sich gebildet und sind zum Teil schon wirksam.

Das sind zwingende Tatsachen für die politische Planung und Zielsetzung geworden. Mit dem Verlust wichtiger, manchmal sogar lebenswichtiger Güter, die aus anderen Ländern kommen, muß heute ein Abbruch von internationalen Beziehungen bezahlt werden. Wer will das riskieren? Es wird riskiert, aber das Grollen der Völker ist deutlicher hörbar als in früherer Zeit. Der Wille zum Frieden ist größer und lebendiger als jemals. Darum ist es die größte und dringendste Aufgabe der Politiker in allen Völkern, den Frieden zu bewahren. Unter ihm kann die Freiheit gesichert werden.

Für die Sozialdemokraten ist diese Erkenntnis nicht neu. Solange die Partei besteht, strebt sie die *internationale Verständigung* an. Die Sozialisten wurden deshalb Jahrzehnte hindurch als Verräter ihres Vaterlandes beschimpft und geächtet. Aber die Idee, die sie trugen und verbreiteten, setzte sich durch. Wer wäre heute bereit, den Kaufmann, den Gelehrten, den Politiker auch nur mit einem Vorwurf zu bedenken, der es sich zur Aufgabe macht, internationale Beziehungen herzustellen, zu pflegen und bis zu einer internationalen Gemeinschaft auszubauen! Die Gesellschaft der Völker, die in den Vereinten Nationen ihren Ansatzpunkt hat, muß sich bilden, wie sich die Gesellschaft in den einzelnen Staaten zusammgefunden hat und in friedlicher Ordnung miteinander Wohlstand und Freiheit, Gerechtigkeit und Sitte pflegt und entwickelt. Die Grenzen haben ihre einstige Bedeutung um ein Vielfaches eingebüßt, und sie verlieren ihren Wert mehr und mehr.

Noch bestehen sie, und noch trennen Regierungen und Gesetze, Sprache und Geschichte auch Nachbarvölker, die dennoch vieles gemeinsam besitzen. Sie haben aber damit begonnen, über die Grenzen hinweg eine internationale Gemeinsamkeit in gesicherten Regeln aufzubauen. Dazu dienen die Verträge. Es ist keine Besonderheit mehr, daß internationale Verträge und Beziehungen dem nationalen Wohl dienen und deshalb ausgebaut werden.

Jedoch wollen die Sozialdemokraten mehr als nur zweckdienliche und formal ausreichende vertragliche Absprachen: sie wollen, daß sich eine *internationale Solidarität* entwickelt, daß sich das Wort von der Nächstenliebe ausweitet zur Tat, die auch dem fernsten Menschenbruder Hilfe bringt.

Noch immer lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in tiefster

x

Armut und Unwissenheit. Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützig Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

In diesen aus dem Godesberger Programm zitierten Sätzen ist ein vollständiges und aktuelles Programm der politischen und wirtschaftlichen Arbeit in der Welt und für eine lange Zukunft enthalten. Es wird die Regierungen, die es ernst nehmen mit dieser Verpflichtung, vor schwierige Aufgaben stellen. Aber es wird kaum eine Regierung eines Landes auf der Erde geben, die sich diesen Pflichten wird entziehen können. Die Gebiete, die in Asien und Afrika Jahrzehnte hindurch Kolonien waren und deren Reichtum in Strömen in die Länder floß, deren Völker als die Herren gekommen waren, haben nun ein Recht darauf, daß ihnen geholfen wird, den gewaltigen Sprung über Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte tun zu können, mit dem sie Anschluß gewinnen, wirtschaftlich, kulturell und politisch. Die Hilfe kann nicht nur — wenn dies auch in erster Linie nötig sein wird — in klingender Münze, direkt oder indirekt, geschehen, sondern muß auch moralisch gewährt werden durch einen Verzicht darauf, europäische Sitten und Gebräuche denen aufzupflanzen, die davon keinen Gebrauch machen können. Für nicht wenige Völker wäre es ein Verderb, das moderne Leben der Europäer nachahmen zu müssen. Es kann nur jedes Volk auf seinem eigenen Wege die Geschichte seines Landes erfüllen und die Kräfte entfalten, die ihm zugewachsen sind. Sie haben nicht alle die gleichen Gaben, wie wir im alten Europa nicht alle die gleichen Vorzüge aufweisen. Miteinander — das heißt Duldung und Geduld, Verstehen und guter Wille, das heißt dennoch und immer von neuem zu helfen. Die weiße Rasse, die oft so überheblich auf jene sieht, deren Hautfarbe anders ist, die jene noch immer entrechtet, aber auch zu benutzen weiß, und wenn es nur um Siege im sportlichen Wettkampf oder um Sensationen in heißer Musik geht — diese weiße Rasse kann sich bewähren, indem sie auch ihre politischen Erfahrungen uneigennützig mitteilt. Das würde praktisch heißen, daß nicht erst der Versuch gemacht werden sollte, die jungen Völker in Asien und Afrika den Feudalismus zu lehren oder die Herrschaft bevorzogter Schichten zu demonstrieren. Es wird richtig und zweckmäßig sein, ihnen von vornherein die Vorteile einer organisch miteinander verbundenen Nationalwirtschaft zu zeigen, die unter der Beobachtung und Kontrolle des Staates oder besonderer Institutionen sich so entfaltet, wie es jenem Lande nach

seiner Lage, seinen Rohstoffen, seiner Arbeitsintensität, seinen Verkehrs- und Handelsmöglichkeiten und der Kultur und dem Bildungsstand seiner Menschen entsprechend nützlich sein müßte*. Nicht Diktatur, nicht Zwang und Übertragung gewisser *Ordnungsgrundsätze* aus dem Bereich der kommunistischen Wirtschafts- und Staatsstruktur helfen die Entwicklung fördern, sondern auch dort und gerade in diesen jungfräulichen Gebieten der menschlichen Gesellschaft kann nur Freiheit und ein natürlicher, also den Gegebenheiten aller Art angemessener realer Sinn die nötigen Maßnahmen bestimmen, mit deren Hilfe diese Völker schnellen Schrittes zum Wettstreit mit den einstigen europäischen Herrenvölkern herbeieilen.

☆

Nach aller Voraussicht kann und wird die dringend erforderliche Hilfe für die Entwicklung der weiten Gebiete in Asien und Afrika um so wirkungsvoller sein, je mehr sie organisiert wird und je eher die Völker, die die Hilfe gewähren müssen, sich in einen überragenden Plan für eine gemeinsame Aktion einordnen, der von den *Vereinten Nationen* aufgestellt werden sollte. Zusammenarbeit aus gutem Willen und aus Verständnis ist erforderlich und sollte auch dann geübt werden, wenn der einzelne Staat dabei auf Rechte aus seiner Souveränität und auf Vorteile aus seiner Wirtschaftssituation verzichten müßte. Die normalen diplomatischen und Handelsbeziehungen, die mit allen Nationen zu pflegen sind, wie die Sozialdemokraten fordern, dürfen vor solchen Schwierigkeiten nicht haltmachen.

Das Programm will, daß amtliche Beziehungen *ungeachtet der Regierungssysteme und der gesellschaftlichen Strukturen* bestehen und gepflegt werden sollen. Auch mit jenen Staaten sind sie nötig, deren *Gesellschaftssystem* dem der demokratischen Ordnung und der Freiheit genau entgegengesetzt ist. Sie alle gehören zu der Gesamtfamilie der auf der Erde lebenden Menschen und stehen bereits, ob von den einen gewollt und von den anderen behindert und umgekehrt, doch tatsächlich miteinander in Verbindung, tauschen Waren und Wissen aus und belehren und nützen oder schaden einander. Eine geordnete offizielle Beziehung kann und muß diese Verbindungen aufgreifen und zum Besten aller verflechten. Aus Begegnungen werden alle ihren Vorteil haben, denn noch niemals war es ohne Sinn, miteinander zu sprechen und zu versuchen, daß man sich versteht oder gar einigt.

Wo nun aber alle Versuche, durch Verhandlung einen Ausgleich zu finden, scheitern, sollen verbindliche *Schiedsgerichte* auch internationale Spannungen auflösen und Streitigkeiten vermeiden. Vergleichsverträge können, so zustande gekommen, minde-

stens für eine Zeit helfen, unerträglich gewordene Differenzen allmählich aufzuweichen. Das Recht zur Bestimmung des eigenen Schicksals (*Selbstbestimmungsrecht*) und das gleiche Recht für alle Völker sind selbstverständliche Voraussetzungen der internationalen Politik der Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen. Sie hat stets die Unverletzlichkeit der staatlichen Grenzen und der inneren Angelegenheiten in diese Rechtsbegriffe einbezogen und es anderen Nationen verwehren wollen, daß sie sich einmischen oder daß sie die Rechte von *Volksgruppen*, die inmitten anderer Völker leben, schmälern oder aus welchen Gründen immer ausweiten. Der Friede unter den Völkern kann nach sozialdemokratischer Auffassung nur erhalten bleiben, wenn gegenseitiger Respekt nicht nur ein offizielles Bekenntnis ist, sondern die politische Wirklichkeit darstellt. Heimat, Volkstum, Sprache und Kultur müssen Grundrechte aller Menschen sein, die niemand antasten darf. Es ist noch kein Volk dadurch arm oder unglücklich geworden, daß in seinen Grenzen Gruppen aus anderen Völkern loyal und friedlich mit ihm zusammenleben, aber es ist manches Volk weniger reich dadurch, daß es sich isolierte oder gar andere Volksgruppen vertrieb. Die Vereinten Nationen sollten, so meinen die Sozialdemokraten, ihr Augenmerk auf diese Situation mehr als bisher richten, daß die Völker gemischt miteinander leben und dennoch den Frieden bewahren. Es mag sein, daß eine fortschrittliche Entwicklung auf diesem Wege Vorbilder fruchtbarer Gemeinschaft entstehen läßt, die in einem umfassenderen Sinne eine bessere Ordnung der Völker etwa im alten Europa anregen.

Bevor jedoch die bessere Organisation gefunden und gebildet werden kann, die die Staaten vereinigt, sind Hilfsmaßnahmen nötig, um bewaffnete Auseinandersetzungen zu erschweren und unmöglich zu machen. Was unter *Abrüstung* und „*allgemeiner Entspannung*“ zu verstehen ist, weiß jedermann, der in Europa und vor allem in Deutschland lebt. Die großen Mächte, die in unserer Zeit hauptsächlich die Waffen schmieden, sprechen seit langem darüber, wie und in welchem Umfange sie abrüsten können und wie sie es anstellen sollen, um sich gegenseitig nicht nur Versprechungen zu geben, sondern das Einhalten solcher Zusagen auch gegenseitig kontrollieren zu können. Die anderen Staaten – und Deutschland ganz besonders – nicht zu den großen und bestimmenden Mächten – sollten jede Unterstützung einen Versuch leihen, der geeigneter erscheint, eine allgemeine *Entspannung* herbeizuführen, sei es durch Abrüstung, überwachte Lagerung oder Zerstörung der Waffen, vor allem der neuesten Vernichtungsmittel, die nur unberechtigt Waffen genannt werden, oder sei es durch Sonderabkommen für Teile der Welt oder Europas. *Regionale Sicherheitssysteme* sind Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Befriedung der Welt, wenn sie von den Vereinten Nationen gebildet werden und sich ihren Grundsätzen anpassen. Für Deutschland erstreben die Sozialdemokraten solch ein System regionaler Sicherheit in Europa, und sie haben deshalb dieses Teilziel ausdrücklich und wohlüberlegt in das

* Siehe Anhang: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Entwicklungshilfe

Grundsatzprogramm eingebaut, weil sie wissen, daß es ein wichtiges und fruchtbares Prinzip ist, Schritt für Schritt hier und dort in der Welt dem umfassenden Frieden für alle zuzustreben.

Die Eingliederung eines wiedervereinigten Deutschlands in eine europäische Zone der Sicherheit ist um so bedeutungsvoller, als die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Verbindungen der in Europa lebenden Völker untereinander sehr viel inniger sind als die Beziehungen anderer Völker in irgendeinem anderen Erdteil. Seit Entstehen der verschiedenen europäischen Organisationen nach dem zweiten Weltkrieg hat die Sozialdemokratie nicht aufgehört, die Notwendigkeit einer umfassenden *europäischen Gemeinschaft* zu betonen und vor einem *Klein-Europa* oder *Teil-Europa* zu warnen, das zu Zersplitterung der Kräfte und zu Gegensätzlichkeiten führen kann. Dennoch haben die Sozialdemokraten in den vorhandenen Organisationen mitgearbeitet, wie es ihrer Grundauffassung entspricht, jeden Schritt zu tun, der auf einem nützlichen Wege voranzuführen kann*. Das Programm faßt diese Haltung und ihre Bedingungen in dem Satz zusammen:

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben.



Zu den vielen Verleumdungen und Verdächtigungen, mit denen das Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands endgültig aufgeräumt haben sollte, muß auch die infame Behauptung gehören, die Sozialdemokraten seien in internationalen Fragen weniger zuverlässig als andere politische Gruppen in unserem Lande. Zu keiner Zeit haben die Sozialdemokraten den Willen gehabt, sich mit den deutschen Nationalisten zu messen, die zwar jeweils nach einer vernichtenden Niederlage ihre Namen wechselten, nicht aber ihre Gesinnung und ihre staatsgefährdende Tätigkeit änderten. Sie hießen Alldeutsche und Deutschnationale und Nationalsozialisten in einer ununterbrochenen Reihenfolge, und sie fanden und finden wieder neue Bezeichnungen, wenn sie kürzere oder längere Perioden der Tarnung überstanden haben. Ihr Wesen bleibt unverändert. Die Sozialdemokraten hatten ihre Bereitschaft zu internationaler Verständigung bereits lange vorher bekundet, ehe eine bornierte Unzulänglichkeit den Ausbruch des ersten Weltkrieges nicht verhindern konnte, und sie haben ihren Willen zum Ausgleich behalten, als eine verbrecherische Herrschaft das Verderben des Zweiten Weltkrieges über die Erde brachte. Die Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß es im besten Sinne des

* Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Europapolitik

Wortes eine patriotische, eine vaterländische Tat ist, den Weg zur Entspannung, zum Ausgleich durch Gespräch und Verhandlung, durch Geduld und guten Willen zu suchen. Sie sind bereit, jede andere Methode internationaler Arbeit zu bejahen, die eine Lösung von Streitfragen in der Verständigung und nicht in der Auseinandersetzung sucht. Im Bewußtsein ihrer durch niemand und durch nichts zu schmälern Verantwortung für die Menschen in unserem Lande und jenseits unserer Grenzen will und wird die Sozialdemokratie alles tun, um eine Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und einmal eines wiedervereinigten Deutschlands zu sichern, die kein unserem Lande gebührendes Recht freiwillig aufgibt, keine Interessen schmälert, die aber auch den Blick dafür bewahrt, daß keine deutsche Existenz möglich ist ohne die Gemeinsamkeit mit den anderen Völkern*. Das heißt wie im privaten Leben: Bereitschaft zur Vernunft, zur Verständigung, zum Ausgleich. Auf solche Weise wird den deutschen Interessen, und zwar auf allen Gebieten des Lebens in Staat und Gesellschaft, am besten gedient und gefahrlos und gesichert der Weg in eine bessere Zukunft gefunden.

Nicht anders sind die Grundsätze, nach denen die SPD die Lösung der Vertriebenenfrage anstrebt, eines Problems, das längst weit über die deutschen Grenzen hinaus eine allgemeine europäische und Weltbedeutung gewonnen hat. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erhielt auf dem Parteitag in Bad Godesberg langanhaltenden Beifall, als er hierzu sagte:

Wir dienen unseren heimatvertriebenen Landsleuten nicht mit leichtfertigen Versprechungen und forschen Appellen. Wir treten nicht in Konkurrenz mit den Kräften, die Königsberg und Breslau im innerpolitischen Machtkampf mißbrauchen und die erstaunlich schweigsam sind, wenn befreundete Regierungen anderer Länder über Grenzfragen entscheiden, über die aufgrund internationaler Abkommen erst auf einer Friedenskonferenz entschieden werden kann. Wir bleiben dabei, daß wir erstens alles tun wollen, um die deutschen Menschen dort, wo sie heute leben, zusammenzuführen, und daß wir zweitens jede nur mögliche Anstrengung machen wollen, um zu möglichst gerechten Grenzen zu gelangen, das Heimatrecht und ein demokratisches Volksgruppenrecht zu Bestandteilen der internationalen Rechtsordnung werden zu lassen.

In Gemeinden, Staat und Bund führt kein Weg mehr um die Partei der Sozialdemokraten herum. Sie trägt den Staat und empfindet die Verantwortung, sie sei der kraftvollste und der zuverlässigste Träger demokratischen Gedankengutes und demokratischer Praxis in Deutschland. Ihr geht es um eine vollkommene Demo-

* Siehe Anlage: Beschlüsse der Parteitage von Hannover und Köln zur Außenpolitik

kratie, nicht um ein Scheinwesen dieses Namens, in dem die Grenzen dort gezogen werden, wo Vorrechte und Machtansprüche die Konsequenz demokratischen Lebens hemmen und hindern. Darum kämpfen die Sozialdemokraten um diesen Staat, nicht um einen, der in ferner Zukunft zu verwirklichen wäre. Das Programm kann nur den Weg anzeigen, den die Partei gehen will.

Aber es erlaubt künftig niemand mehr, über Sozialismus und Sozialdemokratie in Deutschland Zerrbilder zu zeichnen, die sich auf Aussagen von einzelnen oder auf Gegebenheiten früherer Jahre beziehen könnten. Jedes Programm einer politischen Gruppe ist an seine Zeit gebunden, die es gestalten will, und nur aus dieser Zeit und Aufgabe zu begreifen. Das Programm der Sozialdemokraten von 1959 muß als die offizielle Bekundung der SPD darüber entgegengenommen werden, was die Partei erstrebt, erhofft und erkämpfen will, in Opposition oder Regierung. Wer mit den Sozialdemokraten sprechen will und wer über sie sprechen will, der muß sich an diesem Programm orientieren und von ihm reden und kann sich nicht mehr auf ihm bequemere andere Quellen beziehen.

Dem Grundsatzprogramm oblag nicht die Konkretisierung politischer Aufgaben und Ziele. Das wird Sache eines Regierungsprogrammes sein müssen, das die Partei jeweils zu einer Wahl für den Bundestag vorzulegen haben wird. Dort werden die praktischen Maßnahmen zu nennen sein, die die Partei in dem Falle zu treffen gewillt ist, in dem sie die Führung und Verantwortung der Bundesregierung übernimmt. Kein Regierungs- oder Aktionsprogramm indessen kann außerhalb der Grundsätze des Godesberger Programms bestehen. Die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Auffassungen, wie sie im Godesberger Programm dargestellt werden, kann nicht durchbrochen, das Programm kann nicht in Teile zerlegt und nur in Bruchstücken präsentiert werden. Es ist ein Ganzes, und es wäre undurchführbar, daß nur einzelne Teile verwirklicht werden und andere nicht. Die neue Gesellschaft kann nicht durch Flickwerk geschaffen werden.

Wie weit wird nun dieses Programm der Wirklichkeit gerecht, die es ändern will? Darüber wird heute niemand gültig entscheiden können. Das Programm ist kein wissenschaftliches Dokument und kann es nicht sein. *Der demokratische Sozialismus will keine letzten Wahrheiten verkünden*, heißt es im Abschnitt der Grundwerte, aber es heißt dort auch, daß er in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, dort also, von woher unsere Geschichte und Gegenwart ihre stärksten Kräfte zog. Der Sozialismus wird künftig mehr denn je die Entwicklung in unserem Lande und Volke bestimmen und die Kräfte beitragen, die nötig sind, um den Fortschritt zu sichern. Das Godesberger Programm hat sich in besonderer Weise die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit zunutze gemacht, die in Deutschland und in anderen Ländern zur Erkenntnis der politischen, wirt-

schaftlichen und kulturellen Tatsachen geleistet worden ist. Die Gesellschaftswissenschaft insbesondere findet in der SPD aufmerksame Beachtung, und die Zusammenarbeit der Partei mit allen Disziplinen der Wissenschaft ist im Verlaufe der Geschichte der Sozialdemokratie nur enger und beziehungsreicher geworden, auch in der umgekehrt verlaufenden Richtung. Neue Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit und neue gesicherte Erkenntnisse werden ihren Einfluß auf die sozialdemokratische Politik darum niemals verfehlen. Solche Einflüsse kommen aus allen Teilen der Welt, wenn sich auch Geschichte und Wirklichkeit in allen Völkern und Staaten greifbar unterscheiden und oft nur wenige gleichlaufende Linien erkennbar sind. Diese Unterschiede lassen es nicht zu, daß die Aufgabenstellung und politische Praxis auch brüderlich verbundener Parteien immer parallel verlaufen. Eine Zusammenführung der jetzt getrennten Teile unseres Landes würde die politische, wirtschaftliche und kulturelle, die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland so verändern, daß auch die Sozialdemokratie daraus Folgerungen für ihre Arbeit zu ziehen haben würde.

Das geistige Ringen um den besten Weg wird niemals enden. Es bleibt auf das eine große und unverrückbare Ziel gerichtet, das System des Egoismus, der Ichsucht, des Herrscherwillens, der Vorrechte, *das System des Kapitalismus zu überwinden* und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität der Menschen an seine Stelle zu setzen in Staat und Wirtschaft. Sozialismus ist in dieser Zeit ständige sozialdemokratische Aktion. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht nur „mehr Sozialpolitik“ zu treiben als andere, sie hat sich nicht nur auch an notwendigen wirtschaftspolitischen oder kulturellen Maßnahmen zu beteiligen, sie hat vielmehr eine souveräne Politik der Überwindung der vorhandenen Unordnung in unserer Gegenwart mit den besten und in dieser Zeit wirksamsten und am meisten Erfolg versprechenden Mitteln zu treiben und hat die soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche und kulturelle Freiheit der Menschen, aller Menschen, als Voraussetzung und Aufgabe jeder ihrer Handlungen zu erstreben. Das ist die ihr eigene Verpflichtung, die ihr von keiner anderen politischen Partei oder Gruppe in Deutschland abgenommen werden kann. Auf einer Konferenz der Berliner Sozialdemokraten sagte Ernst Reuter 1947 zu seinen Hörern:

Da unser täglicher Kampf oft vorwiegend um sehr irdische Dinge geht, um bessere materielle Lebensbedingungen, die wir jedem in ausreichendem Maße zugänglich machen wollen, entsteht der Eindruck, als ob sich darin unser Kampf erschöpfe. Doch der gut gekleidete, gut ernährte, in einer guten Wohnung lebende und von ersten Ärzten betreute Roboter ist nicht unser Ziel. Das Ziel der Sozialdemokraten ist der freie Mensch im Bewußtsein seiner Würde und seines Rechtes.

**GRUNDSATZPROGRAMM
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS**

Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
in Bad Godesberg
vom 13. bis 15. November 1959

INHALT

Einleitung

Grundwerte des Sozialismus

Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft

Die staatliche Ordnung

Landesverteidigung

Wirtschafts- und Sozialordnung

Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Eigentum und Macht

Einkommens- und Vermögensverteilung

Agrarwirtschaft

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft

Soziale Verantwortung

Frau - Familie - Jugend

Das kulturelle Leben

Unser Weg

Religion und Kirche

Die Schule

Die Wissenschaft

Die Kunst

Internationale Gemeinschaft

*Das ist der Widerspruch unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und
sich jetzt vor den Folgen fürchtet;*

*daß der Mensch die Produktivkräfte aufs höchste entwickelte,
ungeheure Reichtümer ansammelte, ohne allen einen
gerechten Anteil an dieser gemeinsamen Leistung zu verschaffen;*

*daß der Mensch sich die Räume dieser Erde unterwarf,
die Kontinente zueinander rückte, nun aber
in Waffen starrende Machtblöcke die Völker mehr
voneinander trennen als je zuvor und totalitäre Systeme
sine Freiheit bedrohen.*

*Darum fürchtet der Mensch, gewarnt durch die Zerstörungskriege
und Barbareien seiner jüngsten Vergangenheit, die eigene Zukunft,
weil in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt
durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung
ausgelöst werden kann.*

*Aber das ist auch die Hoffnung dieser Zeit,
daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern,
von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann,
wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte
nur für friedliche Zwecke einsetzt;*

*daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er
die internationale Rechtsordnung stärkt,
das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert
und das Wettrüsten verhindert;*

*daß der Mensch dann zum ersten Mal in seiner Geschichte
jedem die Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer gesicherten
Demokratie ermöglichen kann zu einem Leben in kultureller
Vielfalt, jenseits von Not und Furcht.*

*Diesen Widerspruch aufzulösen, sind wir Menschen
aufgerufen. In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine
glückliche Zukunft oder für die Selbsterstörung der Menschheit.*

*Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft
öffnet der Mensch den Weg in seine Freiheit.*

*Diese neue und bessere Ordnung erstrebt
der demokratische Sozialismus.*

GRUNDWERTE DES SOZIALISMUS

Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.

Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

GRUNDFORDERUNGEN FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE GESELLSCHAFT

Aus der Entscheidung für den demokratischen Sozialismus ergeben sich Grundforderungen, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft erfüllt sein müssen:

Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen. Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.

Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und

Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.

Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.

Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen.

Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielgestaltiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt.

Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist. Ein entscheidendes Mittel dazu ist politische Bildung im weitesten Sinne. Sie ist ein wesentliches Ziel aller Erziehung in unserer Zeit.

DIE STAATLICHE ORDNUNG

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum *Grundgesetz* der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit.

Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk.

Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.

Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.

Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann. Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen.

Als *Sozialstaat* hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.

Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum *Kulturstaat* werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem *Parlament* verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf. In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen.

Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sind getrennt voneinander dem Wohle des Ganzen verpflichtet. Die Gliederung der *öffentlichen Gewalt* in Bund, Ländern und Gemeinden soll die Macht verteilen, die Freiheit stärken und dem Bürger durch Mitbestimmung und Mitverantwortung vielfachen Zugang zu den Institutionen der Demokratie geben. Freie Gemeinden sind unerläßlich für eine lebendige Demokratie. Deshalb bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu den Grundsätzen der *Gemeindefreiheit* einschließlich der bürgerchaftlichen Selbstverwaltung, die weiter auszubauen und auch finanziell zu sichern sind. Die *Verbände*, in denen sich Menschen der verschiedenen Gruppen und Schichten zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, sind notwendige Einrichtungen der modernen Gesellschaft. Sie müssen eine demokratische Ordnung haben. Je machtvoller sie sind, desto größer ist ihre Verantwortung, aber auch die Gefahr des Machtmißbrauchs. Die Parlamente, die Verwaltung und die Rechtsprechung dürfen nicht unter den einseitigen Einfluß von Interessenvertretungen fallen.

Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film erfüllen öffentliche Aufgaben. Sie müssen in Freiheit und Unabhängigkeit überall und unbehindert Informationen sammeln, bearbeiten, verbreiten und unter eigener Verantwortung Meinungen bilden und aussprechen dürfen. Rundfunk und Fernsehen müssen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter behalten. Sie müssen freiheitlich-demokratisch geleitet und gegen Interessendrucke gesichert sein.

Die *Richter* bedürfen der äußeren und inneren Unabhängigkeit, um im Namen des Volkes allein dem Recht zu dienen. An der Rechtspflege sind ehrenamtliche Richter gleichberechtigt zu beteiligen. Nur unabhängige Richter dürfen Kriminalstrafen aussprechen. Wirtschaftliche Überlegenheit oder Schwäche dürfen keine Folgen für den Rechtsweg oder für die Rechtsprechung haben. Die Gesetze müssen der gesellschaftlichen Entwicklung zeitgerecht angeglichen werden, damit sie nicht zum Rechtsbewußtsein in Widerspruch geraten, sondern der Verwirklichung der Rechtsidee dienen.

Landesverteidigung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.

Die Landesverteidigung muß der politischen und geographischen Lage Deutschlands gemäß sein und daher die Grenzen wahren, die zur Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Entspannung, für eine wirksame kontrollierte Abrüstung und für die Wieder-

vereinigung Deutschlands eingehalten werden müssen. Der Schutz der Zivilbevölkerung ist wesentlicher Bestandteil der Verteidigung des Landes.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt.

Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.

Die Streitkräfte müssen der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein. Zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes muß ein Verhältnis des Vertrauens bestehen. Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger.

Die Streitkräfte dürfen nur der Landesverteidigung dienen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigert. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigungen ablösen wird.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung.

Stetiger Wirtschaftsaufschwung

Die zweite industrielle Revolution schafft Voraussetzungen, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken.

Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen.

Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen plausmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.

Eine solche Politik bedarf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets. Das Nationalbudget wird vom Parlament beschlossen. Es ist verpflichtend für die

Regierungspolitik, eine wichtige Grundlage für die autonome Notenbankpolitik und gibt Richtpunkte für die Wirtschaft, die das Recht zur freien Entscheidung behält.

Der moderne Staat beeinflusst die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialprodukts geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.

Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!

Eigentum und Macht

Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozeß. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft:

Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.

Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher.

Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind. Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen

werden. Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können.

Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. Durch solche Unternehmen soll den Interessen der Allgemeinheit Geltung verschafft werden. Sie werden dort zur Notwendigkeit, wo aus natürlichen oder technischen Gründen unerläßliche Leistungen für die Allgemeinheit nur unter Ausschluß eines Wettbewerbs wirtschaftlich vernünftig erbracht werden können.

Die Unternehmen der freien Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren, wirken preisregulierend und helfen dem Verbraucher. Sie erfüllen eine wertvolle Funktion in der demokratischen Gesellschaft und haben Anspruch auf Förderung.

Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstruktur der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen, damit die öffentliche Meinung gegen Machtmißbrauch mobilisiert werden kann.

Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte.

Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgelände. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.

Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich. Deshalb soll das Gemeineigentum nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung geordnet werden. In seinen Verwaltungsorganen müssen die Interessen der Arbeiter und Angestellten ebenso wie das öffentliche Interesse und das der Verbraucher vertreten sein. Nicht durch zentrale Bürokratie, sondern durch verantwortungsbewusstes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient.

Einkommens- und Vermögensverteilung

Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik.

Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. Das ist nicht nur die Folge massenhafter Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation, sondern im wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt.

Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen

in freier Entschließung aus steigendem Einkommen eigenes Vermögen bilden können. Das setzt eine stetige Erhöhung des Sozialprodukts bei gerechter Verteilung voraus.

Die Lohn- und Gehaltspolitik ist ein geeignetes und notwendiges Mittel, um Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen.

Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des wachsenden am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit geteilt werden kann, das für gemeinshaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturkatastrophe unwürdig ist.

Agrarwirtschaft

Die Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gelten auch für die Landwirtschaft. Die Struktur der Landwirtschaft und die Abhängigkeit ihrer Produktion von unbeeinflussbaren Naturfaktoren erfordern jedoch besondere Maßnahmen.

Das private Eigentum des Bauern am Boden wird bejaht. Die leistungsfähigen Familienbetriebe müssen durch ein neuzeitliches Boden- und Pachtrecht geschützt werden. Sie sind wirtschaftlich und sozial zu stärken.

Die Förderung des Genossenschaftswesens ist der beste Weg, die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe unter Wahrung ihrer Selbständigkeit zu steigern.

Die Landwirtschaft muß sich den strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft anpassen, um ihren vollen Beitrag zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft leisten und den in ihr tätigen Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichern zu können. Diese Veränderungen werden nicht nur durch den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, sondern durch die Wandlungen der Standortbedingungen im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit und durch steigende Verflechtung der deutschen mit der Wirtschaft der übrigen Welt bestimmt. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Modernisierung der Landwirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit zu fördern.

Der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist am besten gedient, wenn sie in eine Gesamtwirtschaft von hoher Gesamtproduktivität und breiter Massenkauflkraft eingeordnet ist. Die zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens erforderliche Markt- und Preispolitik (Marktordnung) muß die Interessen der Verbraucher und der Volkswirtschaft berücksichtigen.

Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Lage der gesamten Landbevölkerung ist zu verbessern. Der Rückstand in der sozialen Gesetzgebung muß beseitigt werden.

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. In der heutigen Wirtschaft sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen,

um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können. Das Streikrecht gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Arbeiter und Angestellten.

Die Gewerkschaften kämpfen um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit und um das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben.

Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses. Jeden Arbeitnehmer zu ständiger Mitarbeit fähig zu machen und dafür zu sorgen, daß er diese Fähigkeiten nutzen kann, ist eine große Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Arbeiter und Angestellten, die den entscheidenden Beitrag zum Ergebnis der Wirtschaft leisten, sind bisher von einer wirksamen Mitbestimmung ausgeschlossen. Demokratie aber verlangt Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der gesamten Wirtschaft. Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertanen zu einem Wirtschaftsbürger werden. Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.

Soziale Verantwortung

Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann. Gesellschaftliche Zustände, die zu individuellen und sozialen Notständen führen, dürfen nicht als unvermeidlich und unabänderlich hingenommen werden. Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.

Jeder Bürger hat im Alter, bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder beim Tode des Ernährers Anspruch auf eine staatliche Mindestrente. Auf ihr bauen weitere, persönlich erworbene Rentenansprüche auf. So ist die im Arbeitsleben erreichte Lebenshaltung zu sichern. Alle sozialen Geldleistungen, auch die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sind der Entwicklung der steigenden Arbeitseinkommen laufend anzupassen.

Technik und Zivilisation setzen heute den Menschen einer Vielzahl von gesundheitlichen Gefährdungen aus. Sie bedrohen nicht nur die lebende, sondern auch künftige Generationen. Gegen diese Schädigungen kann sich der einzelne nicht schützen. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei eine umfassende Gesundheitssicherung. Lebensbedingungen und Lebensformen sind so zu gestalten und die Gesundheitspolitik ist so auszubauen, daß ein Leben in Gesundheit möglich wird. Der öffentliche Gesundheitsschutz, vor allem der Arbeitsschutz, und wirksame Methoden der Gesundheitsfürsorge für den einzelnen sind zu entwickeln. Es gilt sowohl das Bewußtsein der eigenen Verpflichtung zur Pflege der Gesundheit zu wecken als auch dem freigewählten Arzt alle Möglichkeiten zu gesundheitserhaltenden Maßnahmen und zur Vorbeugung gegen Krankheiten zu eröffnen. Die berufliche Entscheidungsfreiheit der Ärzte muß gesichert sein. Es ist eine öffentliche Aufgabe, die Krankenhausversorgung sicherzustellen.

Das gleiche Lebensrecht aller Menschen ist auch dadurch zu verwirklichen, daß bei Krankheit jeder unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen unbedingten Anspruch auf alle dem Stande der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Heilmaßnahmen hat. Die freigewählte ärztliche Hilfeleistung wird durch volle wirtschaftliche Sicherung im Krankheitsfalle ergänzt. Bei vollem Ausgleich des Einkommens ist die Arbeitszeit fortschreitend zu verkürzen, wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.

Zur Bewältigung besonderer Lebensschwierigkeiten und Notlagen sind die allgemeinen sozialen Leistungen durch individuelle fürsorgerische Dienste und Leistungen der Sozialhilfe zu ergänzen. Sie arbeitet mit den Freien Wohlfahrtsverbänden und den Einrichtungen der Nächsten- und Selbsthilfe zusammen. Die Eigenständigkeit der freien Wohlfahrtspflege ist zu schützen.

Die gesamte Arbeits- und Sozialgesetzgebung ist einheitlich und übersichtlich in einem Arbeitsgesetzbuch und einem Sozialgesetzbuch zu ordnen.

Jeder hat ein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Sie ist die Heimstätte der Familie. Sie muß deshalb auch weiterhin sozialen Schutz genießen und darf nicht nur privatem Gewinnstreben überlassen werden.

Die Wohnungs-, Bau- und Bodenpolitik muß den Mangel an Wohnraum beschleunigt beheben. Der soziale Wohnungsbau ist zu fördern. Der Mietzins ist nach sozialen Gesichtspunkten zu beeinflussen. Die Bodenspekulation ist zu unterbinden, ungerechtfertigte Gewinne aus Bodenverkäufen sind abzuschöpfen.

Frau - Familie - Jugend

Die Gleichberechtigung der Frau muß rechtlich, sozial und wirtschaftlich verwirklicht werden. Der Frau müssen die gleichen Möglichkeiten für Erziehung und Ausbildung, für Berufswahl, Berufsausübung und Entlohnung geboten werden wie dem Mann. Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben. Hausfrauenarbeit muß als Berufsarbeit anerkannt werden. Hausfrauen und Mütter bedürfen besonderer Hilfe. Mütter von vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Kindern dürfen nicht genötigt sein, aus wirtschaftlichen Gründen einem Erwerb nachzugehen.

Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte. Ein Familienlastenausgleich im Steuersystem, Mutterschaftshilfe und Kindergeld sollen die Familie wirksam schützen.

Die Jugend muß befähigt werden, ihr Leben selbst zu meistern und in die künftige Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft hineinzuwachsen. Staat und Gesellschaft haben deshalb die Aufgabe, die Erziehungskraft der Familie zu stärken, sie in den Bereichen, die sie nicht ausfüllen kann, zu ergänzen und notfalls zu ersetzen. Die Entfaltung der beruflichen Fähigkeiten des jungen Menschen erfordert ein System allgemeiner Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen.

Der Jugendarbeitsschutz muß der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und den pädagogischen Erfahrungen angepaßt werden. Wenn man die Jugend frühzeitig und ver-

trauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einsichtsvolle und willensstarke Staatsbürger heranwachsen. Die Erfüllung des Anspruchs auf Erziehung und auf Hilfe zur Persönlichkeitsentwicklung muß durch ein fortschrittliches Jugendrecht garantiert werden. Auf allen Lebensgebieten, die die Erziehung, die Förderung und den Schutz der Jugend betreffen, muß sichergestellt sein, daß das Wohl der Jugend allen anderen Überlegungen vorangeht.

DAS KULTURELLE LEBEN

Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reich gegliederten und vielfältigen kulturellen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Religion und Kirche

Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.

Die Schule

Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken. Kenntnis und Aneignung der überlieferten kulturellen Werte und Vertrautheit mit den formenden Kräften des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart sind Grundlagen unabhängigen Denkens und freier Urteilsbildung.

Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen, um in unserer an weltanschau-

lichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen. Dazu gehört, daß in den Lehrplänen aller Schulen staatsbürgerliche Erziehung angemessen berücksichtigt wird. Musische Erziehung und handwerkliche Betätigung sollen in der Bildung ihr hohes Gewicht haben. Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, durch Erziehung und durch ihre Bildungseinrichtungen dem ganzen Volk eine Vertrautheit mit der Kunst und dem künstlerischen Schaffen zu ermöglichen.

Sport und körperliche Erziehung haben Anspruch auf allseitige Förderung durch Staat und Gesellschaft. Sie dienen der Gesundheit des einzelnen und sind wesentlich für die Formung des Geistes der Solidarität.

Die Mitwirkung der Eltern in der Schulerziehung und eine Mitverwaltung der Schüler sollen an allen Schulen ausgebaut werden. Organisation des Schulwesens und Lehrpläne müssen so gestaltet werden, daß sich alle Begabungen auf allen Stufen der Entwicklung entfalten können. Jedem Befähigten muß der Weg in weiterführende Schulen und Ausbildungsstätten jederzeit offenstehen. Der Besuch aller öffentlichen Schulen und Hochschulen muß kostenlos sein. Lehr- und Lernmittel sollen an diesen Schulen und Hochschulen unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Die allgemeine Schulpflicht ist auf zehn Jahre auszudehnen. Die Berufsschulen haben nicht nur der fachlichen, sondern auch der allgemeinen und staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung zu dienen.

Neue Wege zur Hochschulreife müssen eröffnet werden. Da der Bildungsweg über Grundschule und Oberschule nicht alle Begabungen erschließen kann, müssen durch den Zweiten Bildungsweg über Berufsarbeit, Berufsschulen und besondere Bildungseinrichtungen neue Möglichkeiten geschaffen werden, zur Hochschulreife zu gelangen.

Alle Lehrer sollen an wissenschaftlichen Hochschulen ausgebildet werden. Ein gutes Schulwesen verlangt Erzieherpersönlichkeiten, die sich selbständig mit allen Problemen der Zeit auseinandersetzen.

Die Wissenschaft

Wissenschaftliche Forschung und Lehre müssen frei sein. Ihre Ergebnisse sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ausreichende öffentliche Mittel für Forschung und Lehre müssen zur Verfügung gestellt werden. Der Staat hat Vorsorge zu treffen, daß Forschungsergebnisse nicht zum Schaden der Menschheit mißbraucht werden.

Ein unabhängiger Forschungsrat soll in eigener Verantwortung der Forschung helfen, jeweils vorrangige Aufgaben zu stellen und zu lösen. Von der Förderung wissenschaftlicher Forschung und Lehre darf kein Gebiet der Wissenschaft ausgenommen werden.

Die Bewältigung der politischen, menschlichen und sozialen Probleme der sich entwickelnden Industriegesellschaft und die Bewahrung menschlicher Freiheit in ihr verlangen den Ausbau und die Vertiefung der Wissenschaft vom Menschen und der Gesellschaft. Die ihr gewidmeten Anstrengungen müssen an Intensität dem entsprechen, was für die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik geleistet wird.

Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen bleiben unberührt. Die Hochschulen können aber nicht isoliert von der übrigen Lebenswirklichkeit bestehen und sollten darum mit anderen Institutionen der demokratischen Gesellschaft, insbesondere mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung, zusammenarbeiten.

Eine großzügige Förderung soll den Studierenden ihre wissenschaftliche Ausbildung sichern. Allen Studierenden soll eine politische und sozialwissenschaftliche Grundbildung vermittelt werden.

Ein modernes Bildungswesen für Erwachsene muß Gelegenheit geben, Wissen, Urteilsvermögen und Fähigkeiten auch nach Beendigung der Schulerziehung zu erwerben und zu vertiefen, die für mitverantwortliches Handeln im demokratischen Staat unentbehrlich sind.

Die Kunst

Künstlerischem Schaffen ist volle Freiheit zu gewähren. Staat und Gemeinden sind zur Herabgabe von Mitteln verpflichtet, die der Förderung schöpferischer Gestaltungskraft und der Vermittlung kultureller Werte aus allen Bereichen der Kunst dienen sollen. Die künstlerische Entfaltung darf durch kein Reglement, insbesondere durch keine Zensur, beschränkt werden.

INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen.

Normale diplomatische und Handelsbeziehungen mit allen Nationen sind ungeachtet der Regierungssysteme und der gesellschaftlichen Strukturen unerläßlich.

Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert.

Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unentbehrlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur.

Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung inter-

nationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte überregionale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen. Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben.

Die demokratischen Staaten müssen ihre Solidarität vor allem mit den Entwicklungsländern bekunden. Noch immer lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in tiefster Armut und Unwissenheit. Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen. Die Entwicklungsländer haben Anspruch auf großzügige und uneigennützigte Hilfe. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung muß von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neuen Formen der Unterdrückung verfallen.

UNSER WEG

Die sozialistische Bewegung erfüllt eine geschichtliche Aufgabe. Sie begann als ein natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System. Die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik brachte einer kleinen Schicht Reichtum und Macht, den Lohnarbeitern zunächst nur Not und Elend. Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen, das war und das ist der Sinn des Sozialismus.

Die Arbeiterschaft war in ihrem Kampf nur auf sich gestellt. Ihr Selbstbewußtsein wurde geweckt durch die Erkenntnis ihrer eigenen Lage, durch den entschlossenen Willen, sie zu verändern, durch die Solidarität in ihren Aktionen und durch die sichtbaren Erfolge ihres Kampfes.

Schweren Rückschlägen und manchen Irrtümern zum Trotz hat die Arbeiterbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert die Anerkennung vieler ihrer Forderungen erzwungen. Der einst schutz- und rechtlose Proletarier, der sich für einen Hungerlohn täglich sechzehn Stunden schinden mußte, erreichte den gesetzlichen Achtstundentag, den Arbeiterschutz, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Siedtum und für seinen Lebensabend. Er erreichte das Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit für die Frauen, den Jugend- und Mutterschutz und bezahlten Urlaub. Er erstritt sich die Versammlungsfreiheit, das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß, das Tarifrecht und das Streikrecht. Er ist dabei, sein Recht auf Mitbestimmung durchzusetzen. Der einst das bloße Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse war, nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit anerkannten gleichen Rechten und Pflichten.

In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt. Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht.

Diese Erfolge sind Meilensteine auf dem opferreichen Weg der Arbeiterbewegung. Sie hat mit ihrer wachsenden Befreiung der Freiheit aller Menschen gedient. Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, die durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden wurden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen. Die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben, versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, enteignender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit. Die alten Kräfte erweisen sich als unfähig, der brutalen kommunistischen Herausforderung das überlegene Programm einer neuen Ordnung politischer und persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit entgegenzustellen. Deshalb können sie auch nicht den Anspruch der jungen Staaten auf solidarische Hilfe erfüllen, die eben das Joch der kolonialen Ausbeutung abschütteln und die ihre nationale Zukunft in Freiheit aufbauen und am Wohlstand der Welt teilnehmen wollen. Sie wehren sich gegen die Lockung der Kommunisten, die sie in ihren Machtbereich einzubeziehen versuchen.

Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. Gegen ihren Machtapparat stellen sich heute zunehmend auch die Menschen der kommunistisch regierten Länder selber. Auch dort wächst das Freiheitsstreben, das keine Herrschaft auf die Dauer völlig niederhalten kann. Aber die kommunistischen Machthaber kämpfen um ihre Selbstbehauptung. Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.

Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will, in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind. Jeder, Mann und Frau, ist aufgerufen, hier und in allen Ländern der Erde.

Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.

✱

DIE BESCHLÜSSE DER PARTEITAGE HANNOVER (1960) UND KÖLN (1962)

Betr.: Außenpolitik (Hannover 1960)

Die außenpolitischen Probleme der sechziger Jahre werden von denen des hinter uns liegenden Jahrzehnts verschieden und vielfach schwieriger sein. Die deutsche Außenpolitik wird der Entwicklung Rechnung tragen müssen, daß sich die Welt nicht mehr allein aus dem Ost-West-Konflikt erklären läßt, selbst wenn dieser Konflikt – besonders für Deutschland – das entscheidende Merkmal unserer Epoche bleibt. Die zunehmende Zahl von Völkern, die es ablehnen, daß sich der Gegensatz zwischen Ost und West auf ihrem Territorium abspielt, und die in der internationalen Politik bewußt eine nicht gebundene Position einnehmen, nötigt die deutsche Außenpolitik zu größerer Elastizität.

In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist die Stellung der Bundesrepublik unverrückbar auf der Seite des Westens, die Bundesrepublik ist ein zuverlässiger Verbündeter. Im Interesse der Handlungsfähigkeit des Westens und der inneren Stabilität der Bundesrepublik selbst wäre es frevelhaft, die Außenpolitik weiter als eine Fortsetzung der innenpolitischen Gegensätze zu behandeln.

Das Ringen mit der Sowjetunion um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die Freiheit seiner Hauptstadt Berlin wird unser ganzes Volk vor große Anforderungen stellen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich mit ihrem in Bad Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramm ein festes Fundament für ihren Beitrag zur Erfüllung dieser Anforderungen gegeben. Sie wird ihre Bemühungen fortsetzen, um eine gemeinsame deutsche Außenpolitik zustande zu bringen, die dem ganzen deutschen Volk in diesem Ringen dient. Das Schicksal Berlins und des gespaltenen Deutschlands zwingen immer stärker zu einer weitgehend gemeinsamen Haltung aller demokratischen Kräfte in den nationalen Fragen unseres Volkes. Ohne die Geschlossenheit des deutschen außenpolitischen Willens, der gemeinsam erarbeitet werden muß, kann die Lösung der deutschen Frage nicht erreicht werden. Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik sind notwendig geworden, weil es in einer Reihe wichtiger Fragen keine weltpolitischen Alternativen mehr gibt.

Die Grundhaltung der demokratischen Parteien und das Prinzip der Vertragstreue sind ausreichende Voraussetzungen für den Versuch, eine gemeinsame Außenpolitik zu erarbeiten, die von den im Parlament vertretenen Parteien mindestens im Grundsatz unterstützt wird. (Protokoll S. 701)

Betr.: Sicherheitspolitik (Hannover 1960)

Die weltpolitische Entwicklung des letzten Jahres hat bewiesen, daß die im Godesberger Programm gesteckten außen- und sicherheitspolitischen Ziele den Notwendigkeiten unserer Zeit entsprechen.

Nur eine allgemeine und wirksam kontrollierte Abrüstung sowie die Stärkung der UNO

in ihrer Aufgabe, den Frieden zu sichern, sind in der Lage, die Menschheit von dem Alpdruck des Wettrüstens zu erlösen und die Gefahr ihres Unterganges zu bannen. Deshalb muß zäh und beharrlich um jeden Schritt zu diesen Zielen hin gerungen werden. Wirksame Abkommen zur kontrollierten Begrenzung der Rüstungen und bessere Formen internationaler Sicherheit müssen erreicht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland bedarf des Schutzes durch das NATO-Bündnis, zu dem sie in loyaler Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihren Beitrag leistet. Das westliche Bündnis darf nicht einseitig geschwächt werden. Abrüstung muß gleichwertig auf beiden Seiten sein und kontrolliert werden.

Sinnvolle Aufgabenteilung verstärkt die Wirkung des Bündnisses und ermöglicht es, die Zahl der mit Atomwaffen ausgerüsteten Armeen nicht zu vergrößern. Die Bundeswehr muß wirksam ausgestattet und ausgerüstet werden. Auf eine Vermehrung der Zahl der Atom-mächte und deshalb auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr soll die Bundesrepublik nicht hinwirken.

Die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf der Mitwirkung aller Staatsbürger. (Protokoll S. 715)

Betr.: Außenpolitik und Sicherheit (Köln 1962)

Die Ereignisse seit Ende 1960 haben die Richtigkeit der politischen Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages von Hannover und der Forderung des Regierungsprogramms der SPD vom 28. April 1961 bestätigt.

Die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland auf der Seite des Westens ist unverrückbar. Das erfordert die korrekte Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen im atlantischen Verteidigungsbündnis. Freiheit und Frieden für unser Volk sind nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen Bündnispartnern zu bewahren.

Die SPD bekräftigt ihre Forderung nach besserer politischer Koordinierung und Arbeitsteilung innerhalb der atlantischen Gemeinschaft. Sie stellt mit Genugtuung fest, daß ihre bisherige Haltung gegen eine Ausweitung des Atomklubs zur bestimmenden Politik innerhalb der NATO geworden ist. Dementsprechend vertritt die SPD wie bisher die Forderung, die NATO von dem Zwang zu befreien, in Fällen konventioneller Aggression Atomwaffen einsetzen zu müssen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit für alle Mitglieder des Verteidigungsbündnisses, der konventionellen Bewaffnung stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Verbündeten eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierten Abrüstung zu unterbreiten und dadurch deutlich zu machen, daß Verteidigungsbereitschaft und redliche Bemühungen um Entspannung und Beendigung des Wettrüstens gleichwertige Teile unserer unteilbaren Sicherheit sind.

Nur durch eine solche Politik ist es möglich, bessere internationale Voraussetzungen für eine neue Behandlung der Deutschlandfrage mit dem Ziel des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk zu schaffen. Es ist nicht möglich, der Sowjetunion Lösungen der deutschen Frage aufzuzwingen. Aber auch die Sowjetunion muß zur Kenntnis nehmen, daß das

deutsche Volk und seine Freunde nicht gezwungen werden können, auf Selbstbestimmung und Einheit in gesicherter Freiheit für Deutschland zu verzichten.

Die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk ist ein bleibender Wert für eine dauerhafte friedliche Ordnung in Europa. Beide Partner müssen sich aber der Bedeutung der engsten Solidarität der freien Völker Europas mit den Vereinigten Staaten von Amerika für die Bewahrung unserer Freiheit, die Sicherung des Friedens und die Überwindung von Not, Elend und Unfreiheit in der Welt bewußt sein. Deshalb muß alles unterbleiben, was diese Solidarität gefährden könnte. Der 13. August 1961, der Mangel an politischer Führung durch die schwache Koalitionsregierung, die vermeidbar gewesene Entfremdung von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Stillstand des Werkes der europäischen Einigung sowie die Erstattung jeglicher Ostpolitik haben gezeigt, wie notwendig die Forderung des Appells von Hannover war und ist, daß Deutschland eine Regierung haben muß,

die fest und unbeirrbar in der Gemeinschaft der freien Völker steht,
die bereit ist, für den Aufbau Europas und für die Förderung weltweiter Zusammenarbeit zu leisten, was notwendig und möglich ist,
die alle Verpflichtungen der Bundesrepublik in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft redlich erfüllt und die Bundeswehr wirksam ausrüstet,
die gleichzeitig jede Möglichkeit fordert, das atomare Wettrüsten zu beenden und zu einer internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung beizutragen,
die sich für ihre Außenpolitik um eine breite Grundlage bemüht,
die mit dem Gewicht des ganzen deutschen Volkes ohne nationalistischen Übermut unser Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung vertritt,
die zusammen mit ihren Verbündeten die Rechte Berlins wahrt und jede Trennung der Hauptstadt Deutschlands vom Westen verhindert. (Protokoll S. 600)

Betr.: Europapolitik (Köln 1962)

Die SPD begrüßt die Fortschritte in der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Sie sieht in der Erweiterung und in der Ausgestaltung der bestehenden Europäischen Gemeinschaften (EWG, Euratom und Montanunion) die zur Zeit vordringlichste Aufgabe der Europapolitik.

Die Mitgliedstaaten der EWG haben eine gesamteuropäische wirtschaftliche und politische Verantwortung. Es muß alles geschehen, um Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Irland möglichst bald in die Gemeinschaft aufzunehmen. Die Erweiterung durch diese Staaten wird die demokratische Grundlage dieser Gemeinschaft und ihre Entwicklung stärken.

Darüber hinaus muß den neutralen demokratischen Staaten Europas wie Österreich, Schweden, der Schweiz, die sich aus politischen Gründen nicht in der Lage sehen, der Gemeinschaft als Vollmitglieder beizutreten, die Assoziierung ermöglicht werden.

Zur weiteren und besseren Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft drängt die SPD vor allem auf

die Stärkung der Gemeinschaftsorgane und die Erweiterung ihrer Befugnisse,
die Zusammenlegung der drei Kommissionen (EWG-Kommission, Euratom-

Kommission und Hohe Behörde) zu einer Exekutive,
die Ausdehnung der Rechte des Parlaments auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Die SPD setzt sich in der EWG für das Zustandekommen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik ein. Hochindustrialisierte Großwirtschaftsräume tragen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Sie müssen als Partner zusammenarbeiten. Deshalb begrüßt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Welthandel soweit wie möglich von Zollschränken zu befreien.

Die Handelspolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten muß weltoffen sein; sie darf keinen protektionistischen Charakter erhalten. Die OECD muß als Rahmen für die Zusammenarbeit des nordamerikanischen und des europäischen Wirtschaftsraumes gestärkt werden.

Europa wächst über den wirtschaftlichen Bereich hinaus zu einer politischen Gemeinschaft zusammen. Diese europäische politische Gemeinschaft muß eine demokratische Gemeinschaft der freien Völker Europas sein. Sie darf nicht zu einer Schwächung der vorhandenen europäischen Einrichtungen und ihrer demokratischen Kontrolle führen; sie muß ihrer Stärkung und Weiterentwicklung dienen. (Protokoll S. 592)

Betr.: Wiedervereinigung (Köln 1962)

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alles zu tun, um eine Erweiterung des außenpolitischen Verhandlungsspielraums in der Deutschland- und Berlinfrage zu erreichen. Es muß jedes Verhandlungsangebot ernsthaft geprüft und möglichst zu konkreten Verhandlungen benutzt werden.

Darüber hinaus sind realisierbare Vorschläge zu erarbeiten, mit deren Hilfe das Los der Menschen in der Zone erleichtert und der wirtschaftliche und geistige Austausch zwischen beiden Teilen Deutschlands gefördert werden kann.

Parteivorstand und Bundestagsfraktion haben eigene Vorschläge als Verhandlungsgrundlage für einen deutschen Friedensvertrag und für die Abrüstung auszuarbeiten und zu geeigneter Zeit ins Gespräch zu bringen. (Protokoll S. 585)

Betr.: Lage Berlins (Köln 1962)

Der Parteitag bekundet seine Verbundenheit mit der bedrängten Hauptstadt Deutschlands. Er grüßt die Freunde in beiden Teilen Berlins.

In Berlin geht es um die Zukunft Deutschlands. Die Sicherheit des freien Berlins ist gleichbedeutend mit der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Durch die Mauer in Berlin haben die Zonenmachthaber zusätzliche Schande und Schuld auf sich geladen. Mauer und Stacheldraht müssen weg. Bis dahin müssen alle möglichen Anstrengungen gemacht werden, um wenigstens die unmenschlichen Auswirkungen der Mauer zu überwinden und einen geregelten Personenverkehr innerhalb der widernatürlich geteilten Stadt wiederherzustellen.

Alle verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland sind aufgerufen, den Senat und die Bevölkerung von Berlin dabei zu unterstützen, daß der freie Teil ihrer Stadt wirtschaftlich gestärkt und als kulturelles Zentrum gefördert wird.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt die Bemühungen um ein Modusvivendi-Abkommen über Berlin, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Die von den Westmächten zugesagte Wahrung ihrer Rechte in Berlin bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands;
2. eine solche Regelung des Berlin-Verkehrs, die Berlin zusätzlich zu den Luftverbindungen zumindest eine freie und unkontrollierte Verbindung auf dem Landwege gewährt;
3. die Lebensfähigkeit Westberlins, die die Bewahrung der bestehenden Bindungen mit dem größeren Teil des freien Deutschlands in sich schließt;
4. Erleichterungen im Verkehr zwischen den beiden Teilen Berlins;
5. keine Barriere gegen künftige Regelungen für Gesamtberlin und für Deutschland als Ganzes.

Westberlin gehört zur Bundesrepublik Deutschland. Es ist das Recht und die Pflicht des frei gewählten Deutschen Bundestages, sich im freien Teil der deutschen Hauptstadt zu versammeln.

Eine Demontage der wirtschaftlichen und rechtlichen Bindungen, die mit Wissen und Billigung der Kontrollmächte zwischen Bonn und Berlin eingegangen wurden, würde auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Sozialdemokraten stoßen. Der deutsche Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht wird sich zunächst in Berlin zu bewähren haben.

In diesem Zusammenhang bedauert der Parteitag, daß im Jahre 1962 die Ruinen des alten deutschen Reichstagsgebäudes in Berlin noch nicht beseitigt sind.

Der schnelle Wiederaufbau des Deutschen Reichstages wäre eine deutliche Demonstration für die Einheit unseres Vaterlandes und das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes. (Protokoll S. 591)

Betr.: Lage in der Sowjetzone Deutschlands (Hannover 1960)

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover bekundet seine tiefe Verbundenheit zu den 17 Millionen Deutschen jenseits der Zonengrenze, mit denen die Sozialdemokraten in dem gemeinsamen Willen und dem gemeinsamen Kampf solidarisch sind, ganz Deutschland in Freiheit wieder zu einem einheitlichen Staat werden zu lassen.

Zugleich lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit auf die Lage, die sich aus dem provokatorischen und friedensgefährdenden Treiben des Ulbricht-Regimes in Mitteldeutschland ergibt. Im 16. Jahr der sowjetischen Besetzung wird dort die völlige Sowjetisierung des gesamten Lebens radikal vorangetrieben, wobei die von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte mit Füßen getreten und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen mißachtet werden.

Da die SED Mitteldeutschland in fremdem Auftrag verwaltet und den 17 Millionen Deutschen eine sowjetische Lebensordnung aufzwingt, wird ihre Politik mit Recht als eine Fremdherrschaft gewertet, die mit den sowjetischen Bajonetten steht und fällt. Dieses Regime ver-

hindert nicht nur eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, sondern versucht durch provokatorische Ansprüche und Taten, auch die freiheitliche Grundordnung in Berlin und der Bundesrepublik zu beseitigen.

Gerade in letzter Zeit haben sich diese Bemühungen der SED-Regierung verschärft. Drosselung und Drohungen gegen den freien Zugang nach Berlin, die Abriegelung des Ostsektors der Stadt, eine gesteigerte Infiltrationstätigkeit und eine verstärkte Aufrüstung der bewaffneten Streitkräfte der Zonenrepublik sind Anzeichen dieser Verschärfung. Ulbricht hat die „ideologische Vorbereitung einer nichtfriedlichen Lösung der deutschen Frage auf die Tagesordnung gesetzt“, wie er vor dem 9. Plenum des Zentralkomitees verkündete. Zugleich hat er erklärt, dem Fortbestehen des freiheitlichen Berlins sei „ein Konflikt vorzuziehen“. All das zeigt, daß Pankow die Spannungen zwischen Ost und West verschärfen will. Diese Politik gefährdet den Frieden in Europa und der Welt. Die SED ist damit zum Hauptstörenfried in der gegenwärtigen Epoche geworden.

Dieser aggressiven Politik nach außen steht die Verschärfung der Unterdrückung des Volkes in Mitteldeutschland gleichwertig zur Seite. Die Kollektivierung und Enteignung der Bauernschaft hat die Landbevölkerung in Kolchosen gezwungen, in denen sie ohne Eigentum und Rechte einer rücksichtslosen Ausbeutung unterworfen ist. Die Mittelschichten und das Handwerk werden zur Zeit in gleicher Weise kollektiviert, enteignet und enteignet. An den Schulen und Hochschulen vollendet sich die Gleichschaltung. Die Massenflucht von Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Lehrern, Ärzten und Wissenschaftlern ist ein Ausdruck der verzweifeltsten Situation, in der sich die mitteldeutsche Bevölkerung befindet. Zugleich führt die SED einen neuen Schlag gegen die Arbeiterschaft. Ein neues Arbeitsgesetzbuch hebt weitere Rechte der Arbeiterschaft auf, die in hundert Jahren erkämpft worden waren. Erhöhte Normen, niedrige Löhne und der Verlust sozialer Rechte sind damit verbunden.

Trotz dieser Unterdrückung kämpft die Bevölkerung Mitteldeutschlands gegen das Regime. Wenn in den letzten Monaten in verschiedenen Bezirken der Zonenrepublik Streikkämpfe aufflammten, wenn die SED selbst eine große Säuberung gegen Widerstände in ihren eigenen Reihen einleiten mußte, wenn schließlich die ungebrochene Wirksamkeit freiheitlicher Ideen, wie des „Sozialdemokratismus“, offen eingestanden wurde, so zeigt all dies, daß das Regime mit dem Volk nicht fertig wird, sondern immer wieder zu defensiven Auseinandersetzungen mit dem Freiheitswillen der Menschen gezwungen ist.

Daran kann auch der Justizterror nichts ändern, der weit über 10 000 Deutsche aus der Zone wegen ihrer politischen Meinung und ihrer aufrechten Haltung in die Zuchthäuser und Gefängnisse warf. Die jetzige Amnestie soll zwar eine Abmilderung dieses Terrors vortäuschen. Es ist jedoch erwiesen, daß von der „Gnade“ der Kommunisten fast ausschließlich die Kriminellen profitieren, während die Politischen in Haft bleiben. Die Sozialdemokratie verlangt erneut die Aufhebung der rechtswidrigen Gesinnungsurteile. Der Parteitag schließt sich der Forderung des Europarates an, die Haftbedingungen der politischen Gefangenen durch eine internationale Kommission zu überprüfen, um zumindest die unmenschlichen Haftbedingungen zu erleichtern.

Der Parteitag grüßt alle Sozialdemokraten in der Zone, die trotz der Verfolgungen aus-

harren und ihre Gesinnung bewahren. Er teilt ihren Glauben und ihre Gewißheit, daß die Sozialdemokratie in Mitteldeutschland das Ulbricht-Regime ebenso überleben wird, wie sie das Hitler-Regime überlebte.

Seine Grüße an die gesamte Bevölkerung Mitteldeutschlands verbindet der Parteitag mit seiner Entschlossenheit, alles zu tun, was das Los der mitteldeutschen Landsleute erleichtert und unser deutsches Volk seiner Wiedervereinigung in Freiheit ein Stück entgegenbringt. (Protokoll S. 702)

Betr.: Lage in der Sowjetzone (Köln 1962)

Der Kölner Parteitag der SPD begrüßt die deutschen Landsleute in der sowjetischen Besatzungszone und dem sowjetischen Sektor Berlins, mit denen er sich trotz Mauer und Stacheldraht brüderlich verbunden weiß.

Ein besonderer Dank gilt jenen Ostberlinern, die mehr als ein Jahrzehnt unter größten persönlichen Opfern der SPD bis zu ihrer Auflösung in Ostberlin die Treue hielten.

Die kommunistische Fremdherrschaft über Mitteldeutschland hat sich seit der Errichtung der Berliner Schandmauer am 13. August 1961 verschärft. Mit dieser Mauer versucht Ulbricht, die für sein Regime vernichtende Volksabstimmung mit den Füßen zu beenden, die Tag für Tag aufs neue den Bankrott einer 16jährigen Sowjetisierungspolitik bewies. Er wollte zugleich den Einblick in seinen Machtbereich versperren, in dem sich durch andauernde Wirtschaftskrisen, durch die Vertiefung sozialer Widersprüche und durch wachsenden Widerstand aller Teile der Bevölkerung die Unmöglichkeit zeigte, das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen.

Eine freiheitliche Ordnung ist allen Formen der Gewalt und des Zwanges überlegen. Die Zwangsmaßnahmen der Kommunisten, die durch Kollektivierung, verschärfte Ausbeutung, Senkung der Löhne sowie durch Beschränkung der Lebenshaltung ökonomische Produktivkräfte freisetzen und eine Basis ihrer Überlegenheit schaffen sollen, führen zum Gegenteil. Unsere Landsleute lehnen das SED-Regime ab. Das zeigt sich vom völligen Desinteresse bis zum aktiven Widerstand. Dadurch wird das SED-Regime in steigendem Maße geschwächt. Auch Terrorprozesse, wie die jüngsten Geheimverfahren gegen Karl Raddatz und Heinz Brandt, ändern diese Situation nicht, sondern verschärfen sie nur.

In dieser Lage kommt es darauf an, der Welt zu beweisen, daß das deutsche Volk auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen nicht verzichten wird. Deshalb muß die Freiheit unserer bedrängten Hauptstadt gesichert und dem freien Willen der Bevölkerung auf Zugehörigkeit zum freien Westen Deutschlands entsprochen werden. Die Bewahrung Berlins ist heute die notwendigste Aufgabe jeder Wiedervereinigungspolitik.

Die Spaltung unseres Landes kann niemals überwunden werden, wenn es nicht gelingt, alle demokratischen Kräfte im freien Teil Deutschlands in den Lebensfragen der Nation zusammenzufassen.

Sicherheit und Stabilität der Bundesrepublik Deutschland sind unerlässliche Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung. Nur so sind im Zusammenwirken mit unseren Freunden und Verbündeten neue Ansätze für ein fruchtbares Deutschlandgespräch unter den Welt-

mächten zu schaffen. Solange das ganze Deutschland nicht in freier Selbstbestimmung sein staatliches Schicksal gestalten kann, muß wenigstens unseren Landsleuten im sowjetischen Machtbereich ein Mindestmaß an Menschenrechten gewährleistet werden.

In diesem Sinne sieht der Parteitag in all seinen Entscheidungen gesamtdeutsche Politik, die für das ganze deutsche Volk betrieben und ihm die Basis für eine kommende Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit schaffen wird. (Protokoll S. 595)

Betr.: Partnerschaft und Hilfe für die Entwicklungsländer (Hannover 1960)

Die Sozialdemokratische Partei begrüßt die Initiative, mit der sich der Kongreß „Junge Generation und Macht“ den großen Aufgaben zugewandt hat, die unsere Zeit mit dem Problem der Partnerschaft und Hilfe für die Entwicklungsländer stellt. Die Entwicklung der jungen Nationen zu politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand ist die Aufgabe unserer Zeit. Das muß im Geiste frei gewählter Partnerschaft geschehen. Die Bundesrepublik hat sich allzulange mit humanitären Bekenntnissen begnügt; es muß schnell und nachhaltig gehandelt werden.

Im Bemühen, den Entwicklungsländern zu helfen, sollten Taten die Teilnahme des deutschen Volkes an dieser großen Aufgabe unseres Jahrhunderts beweisen. Deshalb fordert die SPD von der Bundesregierung ein klares Eintreten für diese Ziele. An die Stelle von Verzettelung, Überschneidung und Verzögerung muß eine übersichtliche und langfristig geplante Konzeption treten, mit deren Hilfe praktische Lösungen schnell und wirkungsvoll in die Tat umgesetzt werden können. Die SPD fordert daher:

Die Errichtung eines Ministeriums für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, das für alle Fragen der Entwicklungspolitik zuständig ist.

Hilfe ist ohne politische Auflagen anzubieten und zu geben. Die Projekte und Förderungsmaßnahmen müssen in Zukunft mehr den Charakter einer Gemeinschaftsleistung unseres Volkes tragen, als das bisher der Fall war. Entwicklungsgelder müssen bereitgestellt werden; die wirtschaftliche Zusammenarbeit darf nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Gewinn und Rentabilität gesehen werden. Der Parteitag der SPD fordert:

Die Sicherung ausreichender Mittel durch öffentliche Finanzhilfe und durch den Kapitalmarkt. Hierfür sollen später auch die Erlöse der von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen „Deutschen Nationalstiftung“ aus der Veräußerung von deutschen Volksaktien in den nächsten Jahren mitverwandt werden.

Die Ausgestaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu der Entwicklungsbank, der alle finanziellen Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu übertragen sind.

Aus der Fülle weiterer Möglichkeiten der Partnerschaft mit den Entwicklungsländern sind folgende Maßnahmen vordringlich zu betrachten:

Vermehrung der Studien- und Praktikantenplätze für junge Menschen aus den Entwicklungsländern. Sie sind nach Abschluß ihrer Ausbildung weiterzubetreuen.

Die Errichtung und Unterstützung von Ausbildungsstätten in den Entwicklungsländern; dadurch vermehrt sich die Möglichkeit einer fach- und sachgerechten Heranbildung von einheimischen Führungs- und Ausbildungskräften.

Junge und ausgebildete Fachkräfte sollen als Entwicklungshelfer mehrere Jahre mit Verständnis für die schwierige Aufgabe und unter Anerkennung der Gleichberechtigung des Partners in den Entwicklungsländern tätig werden.

Finanzielle Förderung der selbständigen Arbeit der freien gemeinnützigen Organisationen und Verbände auch auf dem Gebiete des internationalen Kulturaustausches.

Die Maßnahmen des Staates und der freien Organisationen und Verbände auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe müssen sich ergänzen, wobei durch Studien- und Entwicklungspläne für jedes einzelne Land administrative, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen sorgfältig miteinander verbunden werden.

Hierzu bedarf es des Ausbaues der deutschen Vertretungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, damit diese ihren Aufgaben gerecht werden können.

Der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern ist zu fördern, wobei die Erhöhung unserer Importe große Bedeutung für die Ausweitung des wirtschaftlichen Lebens in diesen Ländern und damit für ihre soziale Besserstellung hat.

(Protokoll S. 706)

Betr.: Entwicklungspolitik (Köln 1962)

Die SPD tritt für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller Völker ein. Sie verurteilt jede Kolonialpolitik und jede Rassendiskriminierung. Hunger, Elend und Not in weiten Teilen der Welt legen uns große Verpflichtungen auf. Die Industrieländer haben in generationslangen Kämpfen eine hohe wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stellung erreicht. Es ist ihre Pflicht und Aufgabe, den Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika bei der Überwindung ihrer schweren wirtschaftlichen und sozialen Not zu helfen. Der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik für die Entwicklungshilfe muß durch eine Bildungs- und Sozialhilfe ergänzt werden. Diese Hilfe ist den Programmen der Entwicklungsländer anzupassen. Dabei sollte die Ausbildung nach Möglichkeit im Empfängerland vorgenommen werden. Der Errichtung von Ausbildungsstätten in den Entwicklungsländern ist deshalb besondere Bedeutung beizumessen.

Das schließt nicht aus, daß in vielen Fällen die Ausbildung in der Bundesrepublik ganz oder teilweise gewährt wird. Eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildungs- und Sozialhilfe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist dringend erforderlich.

Bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen der multilateralen und bilateralen Kapitalhilfe sind die Interessen der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. An Stelle der bisherigen finanziellen Rahmenzusagen müssen Zusagen für bestimmte Projekte treten.

Für Deutsche, die in Entwicklungsländer gehen, muß eine gesetzliche soziale Sicherung gewährleistet werden. Die gesamte Entwicklungshilfe bedarf einer strengen parlamentarischen Kontrolle. (Protokoll S. 593)

Betr.: Israel (Hannover 1960)

Der Parteitag unterstützt den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner Auffassung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel möglich und notwendig geworden ist. Auch die begründeten Bedenken, daß eine Anerkennung Israels zu Konsequenzen hinsichtlich der Haltung einzelner arabischer Staaten gegenüber der Pankower Regierung führen könnte, dürften einem Akt nicht im Wege stehen, dessen moralische und politische Bedeutung von einzigartigem Gewicht ist. (Protokoll S. 700)

Betr.: Diktaturstaaten (Köln 1962)

1. Wir begrüßen die Ablehnung der Aufnahme Franco-Spaniens in die EWG durch die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments. Der europäische Zusammenschluß muß auf einer soliden, demokratischen Grundlage erfolgen. Diktaturstaaten, wie Spanien und Portugal, in denen es keine Grundrechte gibt und das Volk geknechtet wird, sind keine Bundesgenossen im Kampf um Wohlstand, Freiheit und Recht.
2. Es ist frei gewählten Abgeordneten demokratischer Parlamente ebensowenig zuzumuten, mit den ernannten Figuren faschistischer Regierungen parlamentarisch zusammenzuarbeiten, wie den Vertretern freier Gewerkschaften, die ihr Mandat aus freien Wahlen erhalten, mit Delegierten faschistischer Staatsgewerkschaften.
3. Wir fühlen uns den um ihre Freiheit ringenden iberischen Völkern verbunden und fordern, daß nichts getan wird, was die Gewalt Herrschaft in diesen Ländern stärkt. Darüber hinaus sollen die freien Völker Europas sich ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung stärker bewußt werden und daran mitwirken, daß Spanien und Portugal ihren Weg zur Demokratie und damit in die Gemeinschaft der freien Völker Europas finden. (Protokoll S. 586)

Betr.: Notstandsrecht (Hannover 1960)

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich mit allen anderen demokratischen Kräften dazu, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Freiheit ihrer Einwohner gegen alle äußeren und inneren Gefahren zu schützen. Sie ist daher bereit, die der Freiheit drohenden Gefahren unvoreingenommen zu erörtern und an denjenigen Maßnahmen mitzuwirken, die mit den Grundsätzen der Freiheit und des Rechtsstaates vereinbar sind.

Die Vorlage der Bundesregierung wird diesen Voraussetzungen nicht gerecht, weil sie einer einfachen Bundestagsmehrheit praktisch das Recht auf Ausschaltung der verfassungsmäßigen Organe gibt, unter Verletzung der Gewaltenteilung die Bundesregierung zum alleinigen Gesetzgeber macht und die staatsbürgerlichen Freiheiten in unerträglicher Weise einschränkt. Soweit zur Abwehr drohender Gefahren und zur Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte Notstandsmaßnahmen erforderlich werden, bedürfen sie einer breiten Grundlage im Parlament, müssen sie vom Parlament kontrolliert werden und jederzeit aufgehoben werden können.

und dürfen sie die unabänderlichen Grundsätze der Gewaltenteilung und der bundesstaatlichen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland nicht verletzen. Ihr Mißbrauch in innerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und demokratischer Opposition sowie bei Arbeitskämpfen muß eindeutig ausgeschlossen sein.

Der Parteitag dankt der Bundestagsfraktion für ihre von staatspolitischer Verantwortung getragene Haltung in den Fragen der inneren Sicherheit und der Abwehr aller totalitären Bestrebungen. In diesen Lebensfragen sollten alle freiheitlich gesinnten Kräfte zusammenstehen und darauf verzichten, ernste Probleme leichtfertig zum Gegenstand parteiegoistischer Winkelzüge auszunutzen.

Der Parteitag stellt fest, daß die Bundesregierung durch ihr Beharren auf einer unannehmbaren Vorlage die Verantwortung dafür trägt, daß die alliierten Vorbehaltsrechte fortbestehen und eine mit unserer freiheitlichen Grundordnung vereinbare angemessene Regelung für bestimmte Notfälle nicht zustande kommt. (Protokoll S. 694)

Betr.: Notstandsgesetzgebung (Köln 1962)

Der Parteitag bekräftigt die Entschliebung zur Notstandsgesetzgebung, die Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 17. März 1962 in Berlin einstimmig angenommen haben.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu den Fragen der Notstandsgesetzgebung ist in folgenden Punkten zusammenzufassen:

1. Es ist eindeutig klarzumachen, in welchen Fällen und unter welchen Umständen von einem Notstand gesprochen werden muß, der nur mit außerordentlichen Mitteln gemeistert werden kann. Dabei ist zwischen innerem Notstand, drohendem Verteidigungsfall (Spannungszeit) und äußerem Notstand zu unterscheiden.
2. Es ist zu gewährleisten, daß in solchen Situationen nicht eine an der Macht befindliche Gruppe oder Partei die Mittel der Exekutive zur Unterdrückung der anderen ausnutzen kann.
3. Es ist zu sichern, daß Notstandsbefugnisse ausschließlich zur Meisterung des Notstandes und nicht zur Drosselung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, vor allem nicht der Freiheit der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens und der freien Meinungsäußerung, eingesetzt werden können.
4. Es ist auszuschließen, daß eine Einschränkung oder Drosselung der demokratischen Grundrechte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich unter dem Vorwand des Notstandes praktiziert werden kann.
5. Es ist Vorkehrung zu treffen, daß weder die Befugnisse der Länder noch die der gewählten Volksvertretungen unter Berufung auf einen „Notstand“ erstickt werden können.
6. Die Funktionsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts muß gewährleistet sein. Jede Maßnahme muß vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werden können.
7. Die Verantwortlichkeit des Parlaments ist in jeder Lage zu erhalten. Die Notstandsregelung darf keine Möglichkeit des Ausweichens des Parlaments aus seiner Verantwortung schaffen. (Protokoll S. 582)

Betr.: Wirtschaftspolitik (Hannover 1960)

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem starken Aufstieg. Aber die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung sind nicht so gefestigt, daß die Bundesrepublik den auf sie zukommenden großen Belastungen ohne Sorge entgegensehen könnte. Die Bundesrepublik muß der Herausforderung des Kommunismus nicht nur ein stetiges und hohes Wirtschaftswachstum, sondern vor allem ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, auch in der Wirtschaft, entgegenstellen.

Die Sozialdemokratie hat im Godesberger Grundsatzprogramm die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus festgelegt. Dieses Programm verpflichtet zu aktiver Wirtschaftspolitik.

Immer wieder wird der Wirtschaftsaufschwung gestört. Wichtige Teilbereiche – insbesondere in der Landwirtschaft – bleiben hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Die D-Mark verliert langsam, aber stetig an Wert. Der demokratische Staat verfügt über ausreichende Mittel, um eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung herbeizuführen und die Stabilität des Geldes zu sichern. Bundestag und Bundesregierung müssen von diesen Mitteln Gebrauch machen.

Die Unternehmenskonzentration verstärkt die Machtstellung der Großwirtschaft. Viele leistungsfähige und lebensfähige Selbständige werden in ihrer Existenz bedroht. Das Bestreben wächst, den Arbeitnehmern das Recht auf Mitbestimmung zu bestreiten. Die Verbraucher werden in vielfältiger Weise übervorteilt. Immer größer wird der Einfluß der Interessenverbände auf Parlament und Regierung. Der demokratische Staat ist verpflichtet, rechtzeitig wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dauerhafte Grundlagen für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung zu schaffen. Dazu gehören insbesondere

- eine Wettbewerbsordnung, die allen denen, die nicht zur marktbestimmenden Großwirtschaft gehören, ausreichende Bewegungsfreiheit in einem fairen Wettbewerb sichert,
- eine durchgreifende Politik gegen den Machtmißbrauch marktbeherrschender Unternehmungen,
- eine weitgehende Publizität der Großwirtschaft,
- eine moderne Unternehmensverfassung, in die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer organisch eingebaut ist, und
- eine Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die die bisherige Begünstigung der Starken ebenso wie die Benachteiligung aller schwächeren Teilnehmer am Wirtschaftsleben aufhebt.

Der Parteitag begrüßt die agrarpolitischen Richtlinien vom 24. August 1960, die das Ziel verfolgen, der Landwirtschaft den ihr zukommenden Platz in einer leistungsfähigen Gesamtwirtschaft und den in der Landwirtschaft Tätigen einen gerechten Anteil am steigenden Wohlstand und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu sichern.

Der Lebensstandard des deutschen Volkes hat sich wesentlich verbessert. Aber es gibt auch heute noch breite Schichten der Arbeitnehmerschaft, die an der Wohlstandssteigerung nur unzulänglich und an der Vermögensbildung nicht beteiligt sind. Die Ungerechtigkeit in der Ein-

kommens- und Vermögensverteilung verschärft sich. Bundestag und Bundesregierung haben die soziale Verpflichtung, die einseitige Begünstigung der Großeinkommen und Großvermögen zu beseitigen und eine gerechte Beteiligung aller am Volkseinkommen und Volksvermögen herbeizuführen. (Protokoll S. 728)

Betr.: Wirtschaftspolitik (Köln 1962)

Die Phase des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft ist abgeschlossen. Aber noch ist unsere Wirtschaft nicht so gefestigt, daß wir den großen Aufgaben und Belastungen der Zukunft in sozialer Verantwortung mit gutem Gewissen entgegensetzen könnten. Jetzt müssen dauerhafte Grundlagen für die Sicherung des weiteren Aufschwungs, für eine gesunde Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte in allen Wirtschaftszweigen und in allen Gebieten der Bundesrepublik und für eine gerechte Teilhabe aller Bürger an dem Ergebnis der gemeinsamen Arbeit geschaffen werden. Die große Leistungsfähigkeit unserer hochentwickelten Wirtschaft erleichtert uns die Erfüllung dieser Aufgabe.

Die demokratische Ordnung schließt staatliche Befehls- und Kommandowirtschaft aus. Sie darf aber die Wirtschaft auch nicht der Willkür und dem Machtmißbrauch der Großen und Mächtigen ausliefern. Die politische Führung demokratischer Staaten trägt die letzte und höchste Verantwortung für den Wohlstand aller Bürger. Darum sind Parlament und Regierung verpflichtet, die Ziele ihrer Wirtschaftspolitik offenzulegen, der Wirtschaft die Richtung zu weisen und die Weichen zu stellen, daß eine gesunde Gesamtenwicklung gesichert wird.

Darum fordert die Sozialdemokratische Partei erneut ein Gesetz zur Förderung eines stetigen Wachstums der Wirtschaft. Ein solches Gesetz soll insbesondere folgende Bestimmungen enthalten:

1. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um
stetigen Wirtschaftsaufschwung, harmonische Entwicklung aller Teile der Gesamtwirtschaft,
Vollbeschäftigung,
stabiles Preisniveau,
Zahlungsbilanzgleichgewicht und
gerechte Einkommens- und Vermögensteilung
zu sichern.
2. Die Bundesregierung wird verpflichtet, dem Bundestag und dem Bundesrat am Beginn eines jeden Jahres einen Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen, in dem sie
eine genaue Übersicht und Erläuterung der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahre und der Entwicklungstendenzen für das bevorstehende Jahr gibt,
die Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahres darstellt und
die Ziele, Richtlinien und Maßnahmen darlegt, die die Bundesregierung zu ergreifen gedenkt, um im neuen Jahre der Verpflichtung nach Ziffer 1 gerecht zu werden.
3. Der Bundespräsident soll einen kleinen Rat hervorragender unabhängiger Sachverständiger berufen, der an keine Weisungen gebunden ist; der Sachverständigenrat erhält die Auf-

gabe, alljährlich – zugleich als Grundlage für den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung – eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das abgelaufene und eine Vor- ausberechnung der möglichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Nationalbudget) im neuen Jahr aufzustellen. Er soll diese Arbeitsergebnisse der Bundesregierung mit einer eigenen Analyse vorlegen. Die Bundesregierung soll verpflichtet werden, in ihrem Jahresbericht die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, das Nationalbudget und die Analyse der Sachverständigen zu veröffentlichen und dazu Stellung zu nehmen.

4. In Ergänzung des Jahreswirtschaftsberichtes soll die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat alle drei Jahre einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung in der Bundesrepublik vorlegen; der Bericht soll unabhängig von den bisher üblichen einmaligen oder laufenden Berichten – zum Beispiel über die Landwirtschaft und die Mittelschichten – ein zusammenfassendes Bild von dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Menschen in den verschiedenen Schichten und in den verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik vermitteln.

Der Parteitag fordert die Bundestagsfraktion auf, erneut die Initiative zu ergreifen, um auch in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine zielbewußte und planmäßige Wirtschaftspolitik zu schaffen, die in anderen hochindustrialisierten Staaten der freien Welt zum selbstverständlichen Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung gehören. (Protokoll S. 606)

Betr.: Energiewirtschaft (Hannover 1960)

Der Parteitag weist die deutsche Öffentlichkeit mit allem Ernst auf die ungelösten Probleme der Energiewirtschaft hin. In allen europäischen Ländern steht der Kohlenbergbau in einer Krise. Der Machtkampf der internationalen Mineralölkonzerne um die beherrschende Stellung auf dem Energiemarkt kennzeichnet die Lage. Erdgas und demnächst auch Atomenergie werden die Grundlagen der Energieversorgung erneut verändern. Immer stärker gerät die Energiewirtschaft unter den beherrschenden Einfluß schwer erkennbarer, anonymen, internationaler Mächte. Unordnung und Machtkampf auf dem Energiemarkt gefährden die geordnete, gesicherte und wirtschaftliche Versorgung mit billiger Energie.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen und wirksamen Energiepolitik, die sich auf alle Energiearten erstreckt, wird heute allgemein anerkannt. Sie ist ständiger Gegenstand internationaler Verhandlungen und Untersuchungen. Die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft arbeiten an der Schaffung der Grundlagen für eine gemeinsame europäische Energiepolitik. In den verschiedenen europäischen Staaten sind entsprechende Arbeiten weit fortgeschritten. In Deutschland fehlen bis heute alle Voraussetzungen für die Entwicklung einer wirksamen Energiepolitik. Die deutsche Energiepolitik muß sich im Rahmen einer europäischen Energiepolitik halten und einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Entwicklung und Verwirklichung leisten. Deshalb sollte eine sozialdemokratische Bundesregierung eine Kommission unabhängiger Sachverständiger der Wirtschaftswissenschaften, der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftspraxis von hohem Rang bestellen mit dem Auftrag, die Formen und Methoden einer Neuordnung der Energiewirtschaft im einzelnen zu prüfen und entsprechende

Vorschläge zu machen. Die Bedeutung dieser Kommission sollte dadurch unterstrichen werden, daß die Mitglieder durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung berufen werden. Interessenvertreter der verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft dürften ihr nicht angehören. (Protokoll S. 726)

Betr.: Energiepolitik (Köln 1962)

Im November 1960 hat der Parteitag der SPD in Hannover mit Nachdruck auf die ungelösten Probleme der Energiewirtschaft insbesondere auf die krisenhafte Entwicklung des Steinkohlenbergbaus hingewiesen. In der Energiewirtschaft vollziehen sich tiefgreifende Wandlungen, die nicht nur die weitere Entwicklung der Steinkohle, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft des Ruhrgebietes ernsthaft gefährden. Mineralöl dringt vor und verdrängt die Kohle. Ferngas aus der Erde und aus den Raffinerien kommt neu auf den Markt. Es kann erwartet werden, daß auch Atomenergie in Zukunft wirtschaftlich erzeugt werden kann.

Bis heute jedoch haben sich Bundestag und Bundesregierung nicht zu einem geschlossenen Konzept einer langfristigen Energiepolitik durchringen können. Bundestag und Bundesregierung haben in der Vergangenheit nur Einzelmaßnahmen ergriffen, ohne daß eine klare Linie der Energiepolitik erkennbar wäre. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat trotz konkreter Vorschläge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion jede Aktivität vermissen lassen. Auch in der durch eine Große Anfrage der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion herbeigeführten Energiedebatte des Bundestages am 16. Mai 1962 hat sich die Bundesregierung auf die Ankündigung einiger weiterer Einzelmaßnahmen beschränkt und die grundsätzliche Festlegung auf eine langfristige Energiepolitik ausdrücklich abgelehnt. Die gesamte Energiewirtschaft muß hiernach auch in Zukunft mit zusammenhanglosen Einzeleingriffen des Staates rechnen, ohne zu wissen, welches Ziel diese Eingriffe verfolgen. Diese Lage ist unhaltbar.

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich die Grundlagen und Ziele ihrer Energiepolitik und die Maßnahmen bekanntzugeben, die sie zur Sicherung einer gesunden Entwicklung der Energiewirtschaft zu ergreifen gedenkt. Dazu sind insbesondere erforderlich:

1. eine grundsätzliche Entscheidung, welches Ziel die Bundesregierung hinsichtlich des Zusammenwirkens der verschiedenen Träger der Energiewirtschaft an der Energieversorgung verfolgt; dazu gehört eine klare Entscheidung über den angestrebten zukünftigen Umfang der Steinkohleförderung;

2. Schaffung der Voraussetzungen für eine zielbewußte planmäßige und organische Anpassung des Steinkohlenbergbaus an die veränderten Verhältnisse, insbesondere

Erlaß der notwendigsten Gesetze, um die Zersplitterung des Felderbesitzes zu beseitigen und die Schaffung ausreichend großer, in sich geschlossener und leistungsfähiger Unternehmen zu erreichen;

Errichtung eines Selbstverwaltungsorgans des Steinkohlenbergbaus, das die Aufgabe hat, Vorschläge für die notwendigen Umstellungsmaßnahmen auszuarbeiten und ihre Durchführung sicherzustellen;

Entlastung des Steinkohlenbergbaus von den Lasten, die durch die Regression des Bergbaus verursacht werden;

Herabsetzung der Altersgrenze für das Altersruhegeld des Bergmannes unter Tage auf das 55. Lebensjahr.

3. Ausbau der öffentlichen auf den verschiedenen Energiemärkten tätigen Unternehmen zu wirksamen Instrumenten der Energiepolitik;

4. Errichtung einer verantwortlichen Stelle für Energiewirtschaft in der Bundesregierung, in Übereinstimmung mit der Hohen Behörde und Euratom, die das Gesamtwohl zu wahren hat und deshalb insbesondere die Aufgabe erhält,

a) eine sichere Versorgung des Verbrauchers mit billiger Energie zu gewährleisten;

b) die Investitionstätigkeit und die Preisbildung in den verschiedenen Zweigen der Energiewirtschaft zu überwachen;

c) sicherzustellen, daß die Umstellung des Steinkohlenbergbaus so durchgeführt wird, daß die Kosten der Steinkohlegewinnung gesenkt werden,

die Interessen der Bergarbeiter an der Erhaltung des Arbeitsplatzes und ihrer sozialen Spitzenstellung gewahrt werden,

Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Arbeit im Bergbau auch für junge Menschen wieder erstrebenswert machen,

alle Vorkehrungen getroffen werden, um den sozialen Besitzstand der Bergarbeiter, die ihren Arbeitsplatz wechseln – und das gilt vor allem für die älteren Bergleute –, zu sichern,

alle Maßnahmen und Einrichtungen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit energisch vorangetrieben werden, insbesondere die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften scharf überwacht wird, damit das Leben des Bergmannes in höherem Maße als bisher geschützt werde,

von den Gemeinden und Gemeindeverbänden rechtzeitig Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen ergriffen werden,

alle Umstellungsmaßnahmen des Bergbaus mit den Maßnahmen der Länder, des Ruhrsiedlungsverbandes, der Arbeitsverwaltungen und der kommunalen Verbände koordiniert werden.

Die Bundesregierung darf sich der Verantwortung für eine gesunde Entwicklung der Energiewirtschaft nicht weiterhin entziehen. Nur sie kann die notwendigen Entscheidungen treffen. Sie ist dafür verantwortlich,

daß die gesamte Energiewirtschaft weiß, auf welche Entwicklung sie sich mit ihren unternehmerischen Entscheidungen einrichten muß;

insbesondere auch der Kohlenbergbau weiß, welche Investitionen und sonstige Maßnahmen langfristig sinnvoll sind;

der Bergmann weiß, daß sein Arbeitsplatz, sein sozialer Status und sein sozialer Lebensabend gesichert sind;

die Gemeinden und Gemeindeverbände wissen, welche Schritte sie ergreifen müssen, um ausreichende wirtschaftliche Grundlagen für das Gemeinschaftsleben ihrer Bürger zu erhalten oder neu zu schaffen. (Protokoll S. 610)

Betr.: Verkehrspolitik (Hannover 1960)

1. Die Zahlen der Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik nehmen ständig zu. Täglich sterben 50 Menschen den Unfalltod auf den Straßen, über 1500 Menschen werden täglich verletzt. Der volkswirtschaftliche Schaden der Verkehrsunfälle beläuft sich jährlich auf 3 Milliarden Mark.
Dem Wachsen der Unfallziffern muß dringend Einhalt geboten werden. Deshalb ist eine verstärkte Verkehrsüberwachung, ein ausreichender Verkehrsunterricht in den Schulen und eine schärfere Bestrafung hartnäckiger Verkehrssünder notwendig.
Häufig könnte durch rechtzeitige ärztliche Hilfe das Leben von Verletzten gerettet werden. Deswegen richtet die SPD die Bitte an die Regierungen des Bundes und der Länder, mehr Mittel für den Ausbau der Unfallhilfen verfügbar zu machen.
2. Die gefährlichsten Ursachen für die bedrohlich steigenden Unfallziffern liegen in dem völlig unzureichenden Straßennetz und in der Vielzahl schienengleicher Kreuzungen begründet. Der Straßenbau ist um 10 Jahre hinter dem Fortschritt der Motorisierung zurückgeblieben. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren den Straßenbau sträflich vernachlässigt und damit ein großes Maß an Schuld auf sich genommen. Außerdem hat sie ihre Anstrengungen lediglich auf die Bundesfernstraßen beschränkt. Landstraßen und kommunale Straßen wurden benachteiligt. Entscheidend für die Verkehrssicherheit ist aber der gleichmäßige Ausbau des gesamten Straßennetzes und vornehmlich die Beseitigung der Verkehrsnot in den Großstädten. Daneben ist auch der Ausbau der Massenverkehrsmittel zu fördern, die geeignet sind, die Straßen zu entlasten. Um die Finanzierung eines umfassender 10-Jahre-Straßenbauplanes sicherzustellen, hält die SPD die Zweckbindung aller spezifischen Verkehrssteuern und die Zweckbindung der Hälfte des Mineralölzollaufkommens für dringend erforderlich. Nur durch einen vernünftigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kann der immer dringender werdende gleichmäßige Ausbau unseres Straßennetzes sichergestellt werden. Finanzieller Hilfe bedürfen besonders die Gemeinden, denn in den geschlossenen Ortschaften ist der Unfalltod häufiger als auf Landstraßen und Autobahnen.
3. Schlechte und unzureichende Straßen gefährden nicht nur den Kraftfahrer, sondern auch den Fußgänger, den Rad- und Mopedfahrer. Sie sind eine Bedrohung für jedermann. Die SPD sieht in der schnellen Anpassung unseres Straßennetzes an die fortschreitende Motorisierung und in der Erhöhung der Verkehrssicherheit die vordringliche verkehrspolitische Aufgabe. (Protokoll S. 729)

Betr.: Verkehrspolitik (Köln 1962)

Während andere Länder der Welt große Anstrengungen machen, um ihr Straßennetz der wachsenden Motorisierung anzupassen und auszubauen, hat die Bundesregierung den Straßenbau gedrosselt und für Neubauten einen völligen Baustopp erklärt. Die mit diesen Maßnahmen eingeleitete neue Verkehrspolitik der Bundesrepublik muß einer weiteren Verkümmern unseres Straßennetzes, zum Verkehrschaos in Stadt und Land

führen. Sie führt zum weiteren Anwachsen der Unfallgefahren und gefährdet mehr noch als bisher Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer.

Die Maßnahmen der Bundesregierung sind um so unverständlicher, als feststeht, daß im Gegensatz zum Hochbau die Kapazitäten des Straßenbaus nicht voll ausgelastet sind.

Die SPD sagt der von der Bundesregierung eingeleiteten Drosselung des Straßenbaus schärfsten Kampf an. Sie verlangt

- a) die sofortige Aufhebung des Straßenbaustopps,
- b) die sofortige Bereitstellung aller spezifischen Verkehrsaufgaben für den Straßenbau, um insbesondere den Städten und Gemeinden bei der Beseitigung des Straßennotstandes zu helfen,
- c) die schnelle Beseitigung gefährlicher Kreuzungen,
- d) Bundeszuschüsse für die Erschließung der zweiten Ebene im öffentlichen Nahverkehr.

Wir rufen die Öffentlichkeit mit allen ihren Organisationen und Einrichtungen auf, gemeinsam mit der SPD den wachsenden Notstand auf unseren Straßen zu bekämpfen. (Protokoll S. 622)

Betr.: Gerechte Vermögensbildung (Hannover 1960)

Der Vermögenszuwachs der Wirtschaft konzentriert sich immer stärker auf einige wenige große, mächtige und hochrentable Unternehmungen, die in der Lage sind, hohe Preise und damit hohe Gewinne zu erzielen. Die Arbeitnehmer sind ebenso wie die mittleren und kleinen Unternehmer weitgehend von dieser Vermögensbildung, die das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten deutschen Volkes ist, ausgeschlossen. Diese Entwicklung wurde durch die Politik der Bundesregierung gefördert.

Die bestehende Vermögensverteilung ist ein großes soziales Unrecht. Unserer Zeit ist die gesellschaftspolitische Aufgabe gestellt, Gerechtigkeit in der Vermögensbildung herbeizuführen. Einzelmaßnahmen reichen hierzu nicht aus. Die gesamte Wirtschafts-, Finanz- sowie die Steuer- und Sozialpolitik müssen dem Ziele dienen, stetig wachsenden Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrage der Volkswirtschaft zu sichern.

Voraussetzung für eine breite Eigentumsstreuung ist, daß die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer und der mittleren und kleinen Unternehmer so verbessert werden, daß sie sparen und damit Vermögen bilden können;

daß die für den Wirtschaftsaufschwung notwendige Vermögensbildung – insbesondere durch den Ausbau der Sparprämienregelung zu einem geschlossenen Sparprämienystem – gesichert und daß das Preisniveau stabil gehalten wird.

Die bisherige „Volksaktie“ kann nur in ganz beschränktem Umfange zu einer Vermögensstreuung beitragen. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis des Einzelunternehmens kann ebenfalls nur einen begrenzten Erfolg haben. Eine breitere Vermögensstreuung ist daher nur zu erreichen, wenn ständig ein angemessener Teil des Zuwachses der Großvermögen der Wirtschaft aus der Vermögens- und Machtkonzentration gelöst und einer gerechten Vermögensbildung dienstbar gemacht wird. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich daher für folgende Maßnahmen einsetzen:

1. Heranziehung des Vermögenszuwachses der Wirtschaft durch

angemessene Besteuerung des Vermögenszuwachses der Großwirtschaft und wirksame Erbschaftssteuern auf Großvermögen.

Die Gesetzgebung, insbesondere das Aktienrecht, soll eine Abgeltung dieser Vermögensabgaben durch Anteilsrechte - Aktien usw. - an den betroffenen Unternehmungen fördern.

2. Errichtung der „Deutschen Nationalstiftung“

Zur Verwaltung der Vermögensabgaben wird die „Deutsche Nationalstiftung“ errichtet. Die Errichtung erfolgt durch Gesetz.

Das Vermögen der Stiftung besteht aus den Wertpapieren und Barbeträgen, die zur Abgeltung des Vermögenszuwachses und der Erbschaftsteuer geleistet werden. Barbeträge sind in Wertpapieren anzulegen.

Die Verwaltung dient dem Zweck, einen Wertpapierfonds zu schaffen, der als Grundlage für eine breite Vermögensstreuung dienen kann.

Das Stimmrecht der Stiftung aus den von ihr verwalteten Beteiligungspapieren wird auf höchstens 5 Prozent des Kapitals der jeweils betroffenen Gesellschaften beschränkt.

3. Schaffung der „Deutschen Volksaktie“

Die Stiftung gibt auf der Grundlage der von ihr verwalteten Wertpapiere „Deutsche Volksaktien“ aus.

Die „Deutsche Volksaktie“ kann jedermann erwerben.

Bezieher von Jahreseinkommen, die bei Unverheirateten 8000 DM, bei Verheirateten 16000 DM nicht übersteigen, erhalten beim Kauf von „Deutschen Volksaktien“ einen Nachlaß auf den Kaufpreis.

4. Entwicklung weiterer Formen der Vermögensbildung

durch Förderung tariflicher Vereinbarungen, die der persönlichen Vermögensbildung der Arbeitnehmer dienen. (Protokoll S. 717)

Betr.: Steuer- und Finanzpolitik (Köln 1962)

1. Die SPD fordert die Verwirklichung einer Steuer- und Finanzreform, die dem Bund, den Ländern und den Gemeinden die notwendige Finanzkraft und der Bevölkerung eine gerechtere steuerliche Behandlung gewährleisten soll sowie durch Vereinfachung des Steuerrechts die Rationalisierung der Finanzbehörden ermöglicht.

2. Eine solche Reform bedarf des Zusammenwirkens aller politischen Kräfte im Bund, Ländern und Gemeinden und eines Gutachtens unabhängiger Sachverständiger, die nicht nur von einer Seite berufen werden dürfen.

In der Zielsetzung ist davon auszugehen, daß Bund, Länder und Gemeinden als die drei Säulen unseres äußeren Staatsaufbaus die Finanzierung ihrer Aufgaben in der Reihenfolge der Dringlichkeit der Bedürfnisse vornehmen können.

3. Der Bund hat die Pflicht und die Möglichkeit, seinen Finanzbedarf bei einer gleichzeitigen gerechteren Neuordnung der steuerlichen Lasten zu decken. Hierbei sind die berechtigten

Wünsche der schaffenden Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen auf vertretbare Steuererleichterungen zu erfüllen.

4. Die geforderte Steuerreform soll

a) die Steuerlast der kleinen und mittleren Einkommen durch weitergehende Ausschaltung der Progression und höhere Freibeträge mindern, dagegen für die hohen Spitzen-einkommen eine angemessene stärkere Belastung einführen;

b) Benachteiligungen der lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer beseitigen;

c) die Abzugsfähigkeit der Vermögenssteuer bei Festsetzung der Einkommensteuer aufheben, da sie eine einseitige Begünstigung für Bezieher hoher Einkommen und für Besitzer von Großvermögen darstellt;

d) eine gerechtere höhere Belastung der großen Körperschaften, insbesondere eine Erhöhung des ermäßigten Steuersatzes für ausgeschüttete Gewinne (gespaltener Körperschaftsteuersatz) vorsehen;

e) Die Tarife der Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer für große Vermögen und Erbschaften in angemessener Weise den angewachsenen öffentlichen Lasten anpassen und eine breitere Vermögensbildung durch entsprechende Entlastung der mittleren und kleinen Vermögen fördern;

f) Spekulationsgewinne aus Veräußerungsgeschäften mit Wirtschaftsgütern, die nicht zu einem Betriebsvermögen gehören, dadurch einer schärferen Besteuerung unterziehen, daß der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung bei Grundstücken nicht mehr als sieben Jahre (bisher zwei Jahre) und bei anderen Wirtschaftsgütern, insbesondere bei Wertpapieren, nicht mehr als zwei Jahre (bisher sechs Monate) beträgt;

g) eine Neuordnung der Umsatzsteuer durchführen, welche die Konzentrationsfähige Wirkung des derzeitigen Umsatzsteuersystems beseitigt und die Wettbewerbsverhältnisse im EWG-Raum berücksichtigt;

h) den Abbau von Verbrauch- und Bagatellsteuern einleiten, die in ihrer Existenz oder in der Höhe wegen unserer Beziehungen zu anderen Ländern und wegen der unsozialen Auswirkungen auf die kleinsten Einkommenbezieher nicht mehr verantwortet werden können. (Protokoll S. 618)

Betr.: Preispolitik (Köln 1962)

Seit der Währungsreform steigt das allgemeine Preisniveau ständig. Zur Zeit liegen die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung wieder um rund 4 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Eine solche Entwicklung birgt große Gefahren in sich. Bundesregierung und Bundestag haben die Aufgabe, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um stabile Preise zu sichern.

Bundestagsmehrheit und Bundesregierung sind in der Vergangenheit dieser Verantwortung für ein stabiles Preisniveau nicht gerecht geworden. Große Reden über Maßhalten sind kein Ersatz für Wirtschaftspolitik. Die Komödie um die Preiserhöhung für den Volkswagen hat gezeigt, wie stark sich die mächtigen Kräfte der Großwirtschaft fühlen. Der jetzt durch die erfolgten Zollmaßnahmen sichtbare Preisdruck macht deutlich, was im Hinblick auf die

laufenden Preissteigerungen auf dem Verbrauchs- und Gebrauchsgütersektor durch Anwendung marktgerechter Mittel versäumt worden ist. Die wirtschaftlichen Mittel der Bundesregierung waren und sind unzureichend und beweisen die Schwäche der heutigen Bundesregierung gegenüber der Wirtschaft.

Eine wirksame Politik zur Stabilisierung des Preisniveaus kann sich nicht auf „Seelenmassage“ und gelegentliche Einzelmaßnahmen beschränken; sie muß wesentlicher Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik sein und setzt daher ein geschlossenes Konzept aufeinander abgestimmter Maßnahmen voraus.

Der Parteitag fordert daher:

1. eine Konjunkturpolitik, die nicht nur gelegentlich eingreift, wenn es brennt, sondern stetig auf lange Sicht den Wirtschaftsablauf beeinflußt und so Preiserhöhungstendenzen rechtzeitig und wirksam begegnen kann; diese Konjunkturpolitik ist nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit der Instanzen der Geld-, Finanz- und Außenhandelspolitik;
2. eine Neufassung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb; die jetzige Fassung erschwert neue Wettbewerbsformen und benachteiligt den Verbraucher;
3. eine Ergänzung des Kartellgesetzes mit dem Ziel,
 - a) den Wettbewerb dort zu verstärken, wo er wirksam werden kann,
 - b) die Preisbindung der zweiten Hand radikal einzuschränken und im übrigen einer strengen Aufsicht zu unterwerfen,
 - c) dem Bundeskartellamt ausreichende Eingriffsmöglichkeiten gegen den Machtmißbrauch in der Wirtschaft zu geben;
4. die Errichtung einer unabhängigen Monopolkommission, die das Recht und die Pflicht hat, alle Wirtschaftszweige, in denen die Gefahr der Vorherrschaft einiger mächtiger Großunternehmungen besteht, in öffentlichen Verfahren einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen und das Ergebnis der Untersuchung der Bundesregierung, dem Bundeskartellamt und der Öffentlichkeit zu unterbreiten;
5. Förderung aller Unternehmen und Formen der Unternehmenszusammenarbeit, die ein Gegengewicht gegen die Macht der Großwirtschaft bilden können; dazu gehören insbesondere:
 - a) öffentliche Unternehmungen in Wirtschaftszweigen von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung, in denen Monopole bestehen oder in denen marktbeherrschende Unternehmungen einen bestimmenden Einfluß ausüben,
 - b) Gemeinschaftsarbeit der Selbständigen in Form von Genossenschaften, freiwilligen Kettens, Arbeitsgemeinschaften und anderen Selbsthilfeeinrichtungen,
 - c) Zusammenschluß der Verbraucher in Genossenschaften, Verbraucherverbänden und so weiter;
6. In der Agrarwirtschaft
 - a) Verstärkung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Förderung der Rationalisierung, um zu erreichen, daß die Einkommenslage der Bauern und der Landarbeiter in erster Linie durch Steigerung der Produktivität anstelle von Preiserhöhungen verbessert wird,

- b) Maßnahmen, die verhindern, daß die Agrarerzeugnisse durch überhöhte Verarbeitungs- und Verteilungsspannen verteuert werden,
 - c) Verbilligung der von der Industrie gelieferten Produktionsmittel der Landwirtschaft,
 - d) Ausschöpfung aller in den Verordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft enthaltenen Möglichkeiten, um Verbraucherpreiserhöhungen zu vermeiden, und Einwirkung auf den EWG-Ministerrat mit dem Ziel, die in das Gebiet der Gemeinschaft einzuführenden Produktionsmittel der Landwirtschaft nicht zu verteuern;
7. Errichtung eines Preisrates, in dem insbesondere die Hausfrau vertreten sein muß, und der berufen ist, die Preisentwicklung laufend zu verfolgen. Bundestag, Bundesregierung und die Öffentlichkeit auf bedenkliche Preisentwicklungen hinzuweisen und gegebenenfalls Vorschläge zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Stärkung der Stellung des Verbrauchers zu machen;
 8. Förderung der Verbraucheraufklärung, insbesondere auch der Durchführung unabhängiger Warenprüfungen, damit dem Verbraucher eine größere Möglichkeit gegeben wird, sich gegenüber der steigenden Werbung ein eigenes Urteil zu bilden. (Protokoll S. 615)

Betr.: Sozialpolitik (Hannover 1960)

Ein Wort geht heute um in der Bundesrepublik: das Wort von den „Grenzen des sozialen Rechtsstaates, die jetzt erreicht sind“. Auf Parteitag der CDU ist es geprägt worden. Es ist kein leeres Wort geblieben. Die heutige Bundesregierung handelt danach. Sie nennt es einen „Stilwandel der Sozialpolitik“. Was dieser CDU-Stilwandel bedeutet, ist vor allem in den Regierungsvorlagen zur Krankenversicherung, zur Kriegsoferversorgung und zur Unfallversicherung sichtbar geworden. Die Angriffe der Regierung auf die soziale Sicherung sind auf den heftigen Widerstand der Sozialdemokraten gestoßen. Die SPD befindet sich dabei in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der Bevölkerung. Dem gemeinsamen Widerstand ist es zu verdanken, daß die Bundesregierung zurückweichen mußte. Das hat sich sowohl bei der Durchsetzung der Kriegsoferversicherung als auch bei den Auseinandersetzungen um die Krankenversicherung und Unfallversicherung gezeigt.

Dieser Rückzug der Bundesregierung und der CDU/CSU erfolgte nicht aus besserer Einsicht, sondern aus Angst vor der Bundestagswahl 1961. Der sogenannte „Stilwandel“ der Sozialpolitik, der sich gegen eine zeitgerechte Fortentwicklung der sozialen Sicherung richtet, bleibt aber ihr eigentliches Konzept.

In dieser Lage erneuern die Sozialdemokraten mit Nachdruck ihr Bekenntnis zur Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt. Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind nicht erreicht. Die Sozialpolitik muß ständig Schritt halten mit der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung; sie muß den Menschen vor den Gefahren des industriellen Zeitalters bewahren und den sozialen Gehalt der Demokratie festigen.

Die SPD warnt: Wer den sozialen Rechtsstaat aushöhlen will, gefährdet die Demokratie!

Die SPD warnt: Wer die soziale Sicherung einengen will, gefährdet den sozialen Frieden!

Die SPD hat in den vergangenen Jahren als Opposition auf vielen Gebieten sozialen Fortschritt durchzusetzen versucht. Sie ist darauf vorbereitet, in der Regierung das Erreichte auszubauen und durch eine umfassende Sozialreform zu vollenden. Vordringliche sozialpolitische Aufgaben sind:

- Gesundheit und Arbeitskraft zu schützen und zu festigen,
- zeitgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen,
- Start und Aufstiegschancen zu verbessern,
- eine ausreichende soziale Sicherung im Alter und bei Krankheit, bei Invalidität und bei Unfall und beim Tod des Ernährers zu gewährleisten,
- die Familie zu stützen und einen wirksamen Familienlastenausgleich herbeizuführen.

Mit der Lösung dieser Aufgaben entspricht die SPD dem sozialen Auftrag des Grundgesetzes. (Protokoll S. 735)

Betr.: Sozialpolitik (Köln 1962)

Immer noch steht eine grundlegende Sozialreform aus. Die Sozialpolitik der Bundesregierung ist in eine Sackgasse geraten. Teilregelungen und Einzelgesetze der vergangenen Jahre waren nicht Ausdruck eines sozialpolitischen Gesamtkonzepts, sondern wurden vorwiegend durch wahlpolitische Erwägungen bestimmt.

Mit ihrer Kritik an dieser Sozialpolitik befindet sich die SPD in Übereinstimmung mit weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit. Das ist unter anderem in dem Memorandum der acht führenden evangelischen Persönlichkeiten deutlich geworden. Auch die neue Sozialenzyklika erwartet von einer sozialen Ordnung in einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft weit mehr, als die Sozialpolitik bisher dargeboten hat.

Mit dem Blick auf die Zukunft sind vor allem vier Aufgaben in den Vordergrund zu stellen:

1. Der Wille zu einer zeitgerechten Gesundheitspolitik muß alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Die soziale Ordnung wird heute wesentlich daran gemessen, inwieweit sie dazu beiträgt, die Gesundheit des einzelnen zu erhalten, zu stärken oder wiederherzustellen.
2. Die Sozialpolitik hat Voraussetzungen auch dafür zu schaffen, daß der einzelne seine Fähigkeiten entfalten und seine Begabungen entwickeln kann. Ausgangspunkt dafür ist die soziale Sicherung der Familie und eine zeitgerechte Förderung des kulturellen und beruflichen Aufstiegs des einzelnen in der Gesellschaft.
3. Die Sozialleistungen müssen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Sie sind die entscheidende Grundlage des Lebensstandards für die Zeiten, in denen der einzelne durch Krankheit, Unfall, Alter oder andere Lebensschicksale nicht die wirtschaftliche Existenz für sich und die Seinen gewährleisten kann. Besonders vordringlich ist in diesem Zusammenhang die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf arbeitsrechtlicher Grundlage sowie die Beseitigung der Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten der Rentenversicherung. Die Kriegsopferversorgung, die anderen sozialen Kriegsfolgeleistungen und die Leistungen für politisch Verfolgte müssen unter Anpassung der Renten an

die wirtschaftlichen Verhältnisse ergänzt und verbessert werden. Im Zuge der Weiterentwicklung ist endlich das Sozialrecht überschaubar zu regeln und zu vereinfachen; auch sind die engen Grenzen der Bedürftigkeitsprüfungen zu beseitigen.

4. Die sozialen Gemeinschaftsaufgaben und der Arbeitsschutz, die Krankenhausversorgung, die vielfältigen Aufgaben, die sich aus dem Altenproblem ergeben, müssen endlich entsprechend den gesellschaftlichen Notwendigkeiten bewältigt werden.

Die Sozialpolitik muß vom Willen zum gerechten Ausgleich getragen werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn der wirtschaftliche Fortschritt von Tatenlosigkeit oder gar Rückständigkeit in der Sozialpolitik begleitet würde. Bei der gegenwärtigen Bundesregierung muß diese Warnung besonders unterstrichen werden.

Die Entscheidung darüber, ob unsere Gesellschaftsordnung der Herausforderung durch den Kommunismus gewachsen ist, fällt auch in der Sozialpolitik. Die Sozialpolitik darf sich nicht mehr allein darin erschöpfen, bei Notständen tätig zu werden. Sie muß vielmehr dazu beitragen, daß sich der einzelne und seine Familie in unserer Zeit behaupten können und so der freiheitlichen Gesellschaft dauerhafte Grundlagen gegeben werden.

Dieser Ausbau der Sozialpolitik zu einer Politik des gerechten Wohlstandes ist heute die geschichtliche Aufgabe der Sozialreform. (Protokoll S. 629)

Betr.: Wohnungspolitik (Hannover 1960)

Die Wohnungsversorgung ist so zu verbessern, daß auch junge Ehepaare, kinderreiche Familien und die noch von der Wohnungsnot seit langem betroffenen Bevölkerungskreise alsbald ausreichende Wohnungen zu erträglichen Mietpreisen erhalten.

Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die öffentlichen Mittel des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind ohne Abstriche für den sozialen Wohnungsbau mit niedrigen Mieten und für die Sanierung der Städte weiterhin bereitzustellen.
2. Die Zurückhaltung von Bauland ist durch gezielte Maßnahmen auszuschalten. Bodengewinne und Bodenwertsteigerungen sind zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen.
3. Die Wohnraumbewirtschaftung kann nur dort aufgehoben werden, wo nach örtlicher Feststellung die Wohnungsnot beseitigt ist.
4. Der Mieterschutz muß so lange bestehen bleiben, bis ein soziales Mietrecht eingeführt ist.
5. Die Mieten dürfen nur so weit angehoben werden, wie dies zur Deckung der Kosten einschließlich der Verzinsung des Eigenkapitals und für Instandsetzungen und Modernisierungen erforderlich ist.
6. Zur Ergänzung zureichender Einkommen sind Mietbeihilfen in einfacher und sozial wirksamer Form zu gewähren. (Protokoll S. 730)

Betr.: Bauland- und Wohnungsbaupolitik (Köln 1962)

1. Die Bodenspekulation entfaltet sich weiter ungehindert. Die Baulandnot wächst. Bundesregierung und Koalitionsparteien stehen diesen Übeln tatenlos gegenüber. Deshalb fordert

der Parteitag der SPD die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf, ihren Kampf gegen Baulandnot und Bodenwucher fortzusetzen.

II. Auch die sozialdemokratischen Vertreter in Ländern und Gemeinden werden weiterhin die ihnen rechtlich und tatsächlich gegebenen Möglichkeiten ausnutzen, um Bauland zu sozial vertretbaren Preisen bereitzustellen.

III. Das bisherige Baurecht reicht nicht aus, eine der modernen städtebaulichen und hygienischen Förderung gerecht werdende Gestaltung unserer Städte und Gemeinden zu gewährleisten. Daher wird von den sozialdemokratischen Vertretern in Bund und Ländern erwartet, daß sie sich mit Nachdruck für eine Änderung der einschlägigen Gesetze einsetzen.

IV. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird aufgefordert, für folgende wohnungspolitischen Ziele einzutreten:

1. Das immer noch bestehende Wohnungsdefizit ist durch öffentliche Hilfen beschleunigt abzubauen. Die Wohnungsbeschaffung für einkommensschwache Wohnungssuchende und für junge Familien hat hierbei den Vorrang.
2. Jeder Staatsbürger hat das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Dieses Recht ist durch soziale Schutzbestimmungen zu sichern.
3. Eine Wohnraumversorgung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen setzt voraus, daß
 - a) die Nachfrage nach Wohnungen ständig durch ein entsprechendes Angebot befriedigt wird,
 - b) ein festzusetzender Standard bei allen Wohnungen erreicht und entsprechend dem kulturellen, zivilisatorischen und sozialen Fortschritt verbessert wird,
 - c) bei dem Neubau von Wohnungen die Wünsche und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Wohnungssuchenden berücksichtigt werden.
4. Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinschaftlich die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser wohnungspolitischen Grundsätze zu schaffen. Der Bund hat aber statt eines weiteren Abbaus seiner eigenen Leistungen ein verstärktes langfristiges Förderungsprogramm aufzustellen.

Verlorene Baukostenzuschüsse sind zu verbieten. Mietwucher ist durch gesetzliche Maßnahmen zu verhindern. (Protokoll S. 621)

Betr.: Gesundheitspolitik (Köln 1962)

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, durch seine hierfür berufenen Gremien eine Gesamtdarstellung aller gesundheitspolitischen Ziele und Aufgaben auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms erarbeiten zu lassen. (Protokoll S. 625)

Betr.: Lastenausgleich, Vertriebenenrecht (Köln 1962)

Die Bundestagsfraktion der SPD wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen gegebenenfalls durch Vorlage eigener Gesetzentwürfe im Bundestag zu überprüfen, wonach

1. die Aufenthaltsstichtage 31. Dezember 1950 und 31. Dezember 1952 im Bundesvertriebenengesetz und im Lastenausgleichsgesetz aufgehoben werden;
2. frühere Bewohner der SBZ, die durch Ausstellung eines Flüchtlingsausweises C nach den §§ 3 oder 4 BVFG anerkannt sind, den Vertriebenen gleichgestellt werden;
3. ehemalige Bewohner der SBZ, ohne Rücksicht, ob sie vor oder nach der Besetzung die SBZ verlassen haben, Leistungen aus dem Härtefonds des Lastenausgleichsgesetzes an Haushaltshilfe, Wohnungs- und Existenzaufbaudarlehen erhalten. Der Nachweis der Flüchtlingseigenschaft ist lediglich durch eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Noraufnahmegesetz vom 22. August 1950 in der Fassung vom 19. Mai 1953 zu erbringen. Diese kann nachträglich beantragt werden.

Die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel ist gesondert zu prüfen und mit den übrigen finanzpolitischen Vorstellungen abzustimmen. (Protokoll S. 628)

Betr.: Kulturpolitik (Hannover 1960)

Die Kulturpolitik in einem demokratischen Gemeinwesen soll den Rahmen schaffen für ein vielgestaltiges geistiges, wissenschaftliches und künstlerisches Leben. Sie ist zugleich eine Bedingung für die Selbstbehauptung einer freiheitlichen Gesellschaft. Kulturpolitik ist ein wesentliches Element der Gesellschaftspolitik und eng verwoben mit der Wirtschaftspolitik. Die Kulturpolitik gewinnt auch ein zunehmendes außenpolitisches Gewicht in der Zusammenarbeit mit den freien Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. In unserem Land kommt es darauf an, den Bürger durch Bildung und Ausbildung zu befähigen, in freier sittlicher Verantwortung sein persönliches und berufliches Leben zu führen und seinen öffentlichen Aufgaben gerecht zu werden. Eltern und Politiker, Lehrer und Geistliche sind dafür in besonderer Weise verantwortlich.

Zusammenarbeit der Länder

Die Kulturautonomie der Länder ist für die Entwicklung eines vielfältigen kulturellen Lebens in der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung. Die Größe dieser Aufgabe erfordert andererseits eine möglichst enge und verständnisvolle Zusammenarbeit der Länder. Besonders wichtig ist eine gemeinsame Bedarfsplanung durch die Länder auf den Gebieten, die nicht in den Aufgabenbereich des Wissenschaftsrates fallen.

Gestaltung des Schulwesens

Mit der Veröffentlichung des Rahmenplanes durch den „Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen“ ist die Diskussion um eine zeitgerechte Gestaltung unseres Schulwesens in ein entscheidendes Stadium getreten.

Es ist an der Zeit, folgende Forderungen zu verwirklichen:

Die Schulpflicht muß allgemein auf neun Jahre ausgedehnt werden. In Ländern, in denen die neunjährige Schulpflicht schon besteht, sollten die Vorbereitungen für die Einführung eines zehnten Schuljahres getroffen werden. Die Lehrerbildung muß schon jetzt die Erweiterung des Bildungswesens berücksichtigen.

Die bisherigen Formen der Begabtenauslese bedürfen dringender Verbesserungen. In einem vielfältig gegliederten Schulwesen müssen Möglichkeiten enthalten sein, die Begabungen in ihren verschiedenen Reifegraden zu finden und zu fördern. Dabei kommt dem zweiten Bildungsweg eine besondere Bedeutung zu. Die jungen Menschen auf dem Lande müssen die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben, wie sie in dem reichgegliederten Schulwesen der Städte angeboten werden. Der Lehrstoff muß in den letzten Schuljahren vor allem die Verbindung zur modernen Arbeitswelt und den soziologischen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens herstellen. Der Übergang zu weiterführenden Schulen muß durch ausreichende Erziehungsbeihilfen erleichtert werden.

Universitäten und Hochschulen

Die Hochschulpolitik soll den Universitäten und Hochschulen helfen, ihre Aufgaben in der Forschung und in der Erziehung der akademischen Jugend zu erfüllen. Der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Verband Deutscher Studentenschaften haben dazu geeignete Vorschläge ausgearbeitet.

Von den Aufgaben der Hochschulpolitik sind neun besonders dringlich:

1. Großzügige Förderung von Wissenschaft und Forschung.
2. Die gesamtdeutschen Probleme müssen in der Arbeit der Universitäten und Hochschulen stärker berücksichtigt werden.
3. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, Universitäten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung soll enger gestaltet werden.
4. Eine politische und sozialwissenschaftliche Bildung aller Studierenden wird angestrebt.
5. Die Selbstverwaltung der Studierenden muß im Leben der Hochschulen und Universitäten ihren festen Platz finden.
6. In der Studentenförderung ist der Grundsatz der gleichen Chance zu verwirklichen.
7. Studierende aus den Entwicklungsländern bedürfen individueller Förderung und systematischer Unterstützung.
8. Die Zahl der Studienplätze an Hochschulen und Universitäten muß ausreichend sein. Ein numerus clausus wird abgelehnt.
9. Die Mittel für den Bau von Studentenwohnheimen müssen weiter erhöht werden.

Erwachsenenbildung

Schule und Hochschule können den Prozeß der Bildung nicht abschließen; die geistige und berufliche Behauptung des Menschen in der sich schnell wandelnden Welt machen eine sorgfältigere und breitere Erwachsenenbildung dringend notwendig. Ihr muß ein besonderer Rang zuerkannt werden.

Von der Wirksamkeit der Erwachsenenbildung hängt die Sicherung und Anpassungsfähigkeit der Demokratie ab. Erwachsenenbildung in diesem Sinne ist vornehmlich politische Bildung. Die neue Herausforderung unseres politischen Vorstellungsvermögens durch das Problem der Entwicklungsländer gibt dafür ein aktuelles Beispiel. Die Entwicklungspartnerschaft ist nicht nur eine wirtschaftlich-technische Frage, sondern erfordert die Bereitschaft unseres ganzen Volkes, die jungen Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren besonderen Bedin-

gungen und kulturellen Voraussetzungen zu verstehen. Die Erwachsenenbildung leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung einer weltweiten Partnerschaft zwischen den Völkern. Sie bedarf deshalb nachhaltiger Förderung auch durch den Bund. Die neuen Anforderungen der Erwachsenenbildung erfordern den Ausbau der Volksbüchereien und verlangen, daß möglichst viele Bürger Gelegenheit haben, auch an längeren Kursen der Erwachsenenbildung teilzunehmen. Das darf nicht auf Kosten des Erholungsurlaubs gehen. Die bei Beamten und Jugendleitern bereits übliche Beurlaubung muß allgemein gelten.

Rundfunk und Fernsehen

Die SPD ist für die Einführung eines zweiten Fernsehprogramms. Die Rundfunkanstalten sollten, in zwei Gruppen organisiert, ein zweites Fernsehprogramm als Kontrastprogramm zur Auswahl stellen. Die Versuche der Bundesregierung, Rundfunk und Fernsehen partizipativen Zwecken dienstbar zu machen, sowie die Bemühungen von Wirtschaftskreisen um eine Kommerzialisierung des Fernsehens bedrohen die freiheitliche Meinungsbildung in der Wurzel. Rundfunk und Fernsehen müssen ihre Freiheit von Regierungen und Interessengruppen bewahren, um ihrer Informations- und Bildungsaufgabe dienen zu können.

Gestaltende und bildende Kunst

Theater, Konzerte, Museen und bildende Kunst sollten auch bei weiterer Entwicklung von Film, Funk und Fernsehen verstärkte Förderung erfahren.

Kulturpolitik ist zu einer Existenzfrage für die freiheitliche Ordnung unserer Welt geworden. Den Entwicklungsländern muß im Kampf gegen den Hunger geholfen werden, aber die Überwindung des Hungers und ein steigender materieller Wohlstand genügen nicht. Eine enge kulturelle Zusammenarbeit muß die Partnerschaft der freien Völker begründen. Den Kampf gegen die totalitären und autoritären Mächte kann ein Volk nur erfolgreich bestehen, das sich seiner Freiheit bewußt und das bereit ist, für die Erhaltung dieser Freiheit nach innen und außen keine Opfer zu scheuen. (Protokoll S. 742)

Betr.: Kulturpolitik (Köln 1962)

Es ist eine Existenzfrage für die Demokratie, ob es gelingt, das mitverantwortliche Bewußtsein der Menschen und ihre aktive Anteilnahme am politischen Geschehen zu wecken. Die Kompliziertheit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge unserer hochorganisierten Gesellschaft begünstigt politische Passivität und Resignation. Ohne selbstverantwortliche Teilnahme der Staatsbürger aber bleibt die Demokratie ein inhaltloser Mechanismus.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat seit Jahren auf die grundlegende Tatsache hingewiesen, daß vor allem im Bereich der Erziehung und Bildung, der Wissenschaft und Forschung das Schicksal unserer demokratischen Ordnung entschieden wird. Zahlreiche Initiativen der SPD im Bund, in den Ländern und Gemeinden haben hoffnungsvolle Ansätze ge-

schaffen. Die Ausgaben der Kultushaushalte sind zwar gestiegen, aber es fehlt die gemeinsame große Anstrengung, es fehlen ausreichende Mittel und vor allem der Mut zur Strukturreform unseres gesamten Bildungswesens.

Dringende Aufgaben müssen gelöst werden:

1. Die institutionelle Ordnung der Demokratie muß den Bedingungen der hochindustrialisierten Gesellschaft angepaßt werden. Wir fordern ein Höchstmaß an Selbstverwaltung und die wirksame Kontrolle der Macht auf allen gesellschaftlichen Gebieten.
2. Auch die Kulturpolitik verlangt eine Umstellung des Denkens auf das Ganze. Sie erfordert zwingend eine stärkere Zusammenarbeit der Länder untereinander und der Länder mit dem Bund. Ohne die föderative Grundordnung der Bundesrepublik aufzuheben, müssen neue Formen für gemeinsames Handeln gefunden werden. Der Abschluß eines Staatsvertrages und die Einrichtung eines deutschen Kulturrates bieten sich als derartige Formen an.
3. Die SPD fordert einen deutschen Bildungsplan. Ein Bildungssystem muß geschaffen werden, dessen Bildungswege organisch verbunden sind. Jeder Mensch muß unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen und vom gesellschaftlichen Herkommen die seiner Fähigkeit und seinem Bildungswillen entsprechende Bildungschance erhalten.
4. Das deutsche Bildungssystem muß die freiheitliche Kultur einer offenen Gesellschaft widerspiegeln. Es muß die Jugend zum mitmenschlichen Verhalten in unserer vielgestaltigen Gesellschaft erziehen. Auch die öffentliche und freie Jugendarbeit hat hier eine bedeutsame Aufgabe. Jede Verletzung der Würde des Andersdenkenden muß bereits in den Ansätzen ausgeschlossen werden.
5. Die SPD fordert ein Bundesgesetz zur Förderung der Forschung. Sie setzt sich ein für die beschleunigte Errichtung eines unabhängigen Forschungsinstituts für das Bildungswesen. Seine Forschungsergebnisse müssen allen Parteien und allen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich gemacht werden, um so zu einer Versachlichung der bildungspolitischen Auseinandersetzungen beizutragen.
6. Die Erziehung zur politischen Verantwortung gehört heute zum Wesen der Bildung. Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung müssen in diesem Sinne ihren Bildungsauftrag in höherem Maße erfüllen.
7. Die Bereitschaft der jungen Generation zur Selbstverantwortung muß gestärkt werden. Die Sozialdemokratie muß in beispielhafter Weise jungen Menschen den Weg in verantwortliche Stellen öffnen.
8. Die SPD muß ihre Beziehung zur Wissenschaft verstärken und deren für die Politik bedeutsame Ergebnisse in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, vor allem in das Bewußtsein ihrer Mitglieder, heben. In der Partei müssen die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.
9. Bei allen diesen Aufgaben wird Berlin noch mehr als bisher als geistige Mitte Deutschlands gefestigt werden müssen. Es wird in unserem gespaltenen Land für das ganze Volk und im internationalen Austausch das wichtigste wissenschaftliche, pädagogische und künstlerische Zentrum sein.

Die Entwicklung der Demokratie verlangt gebieterisch die Mobilisierung des Geistes. Die deutsche Sozialdemokratie erkennt in dieser Aufgabe ihr Erbe und ihren Auftrag. (Protokoll S. 634)

Betr.: Bildungsarbeit (Hannover 1960)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands anerkennt uneingeschränkt die besondere politische Bildungsarbeit, die von der Zentrale für Heimatdienst geleistet worden ist. Die Überparteilichkeit ihres Wirkens, ihre sachliche Korrektheit und wissenschaftliche Verantwortung sind aus den Bemühungen um eine demokratische Grundlage unserer Gesellschaft nicht fortzudenken.

Sie wehrt sich daher entschieden gegen den Versuch des Bundesinnenministers, die Zentrale für Heimatdienst einer kaum verhüllten politischen Zensur zu unterwerfen und damit ihre bisherige Funktion aufzuheben. Sie sieht in dem Eingriff des Innenministers eine Infragestellung der Bemühungen um eine demokratische Bewußtseinsbildung vor allem der nachwachsenden Generation und den Mißbrauch einer bedeutenden Bildungseinrichtung für parteipolitische Zwecke. (Protokoll S. 739)

Betr.: Sonderschulen (Hannover 1960)

Der Parteivorstand wird beauftragt, als Ergänzung zum Plan Z Material für eine Neuordnung des deutschen Sonderschulwesens zu sammeln.

Die Zahl der körperlich, geistig und psychisch geschädigten Kinder ist ständig gestiegen, ohne daß genügend geeignete Einrichtungen zu ihrer Betreuung, Ausbildung und Rehabilitation zur Verfügung stehen. Das gilt besonders für eine größere Zahl von Kindern und Jugendlichen, die als schulisch nicht bildungsfähig bezeichnet werden, aber praktisch bildungsfähig sind.

Mit der wachsenden Automation wird es dem geschädigten Menschen zudem immer schwerer, sich selbständig in der Gesellschaft zu behaupten. Darum muß eine moderne Sozialpolitik diesen Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. (Protokoll S. 738)

Betr.: Goldener Plan (Hannover 1960)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt das Memorandum der Deutschen Olympischen Gesellschaft zum „Goldenen Plan“ für Gesundheit, Spiel und Erholung. Sie ist davon überzeugt, daß der Notstand, wie er sich aus dem Mangel an Erholungsanlagen, Spielgelegenheiten und Sportstätten in der Bundesrepublik ergeben hat, dringend behoben werden muß, um irreparable Schädigungen der Volksgesundheit zu verhindern. Wiederholt hat die SPD darauf hingewiesen, daß die Aufgaben der Gesunderhaltung und Bildung unseres Volkes außerordentliche Investitionen notwendig machen; sie wird diese Aufgaben auch weiterhin als einen wesentlichen Bereich ihrer politischen Verantwortung betrachten. (Protokoll S. 739)

PARTEIPROGRAMME DER SOZIALDEMOKRATEN

- 1862 „Arbeiterprogramm über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“, Vortrag von Ferdinand Lassalle am 12. April 1862 (später als Broschüre erschienen), der die Grundlage für den im Mai 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bildete.
Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus,
Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M. 1946
Anmerkung: Das „Kommunistische Manifest“, im Februar 1848 in London zum Druck gegeben und dort in deutscher Sprache erschienen, wurde von Marx und Engels im Auftrage des „Bundes der Kommunisten“ erarbeitet und war niemals Parteiprogramm der Sozialdemokraten in Deutschland.
- 1868 Programm des Vereinstages deutscher Arbeitervereine, beschlossen am 5. September 1868 in Nürnberg
„Die deutschen Parteiprogramme“, F. Salomon,
Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1912
- 1869 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ wurde 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach gegründet.
- 1875 Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (Gothaer Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ wurde 1875 auf der Grundlage dieses Programms durch Zusammenschluß des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet.
- 1891 Programm der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (Erfurter Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Schriftenreihe Demokratie und Sozialismus,
Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a. M. 1946
Anmerkung: Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ führt diesen Namen seit 1890, als sie sich nach den Sozialistengesetzen Bismarcks – 1878 – wieder neu formierte.
- 1921 Programm der SPD (Görlitzer Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
Anmerkung: Eine 1917 durch Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ eingetretene Spaltung wurde auf dem Parteitag in Nürnberg 1922 wieder überwunden.

- 1925 Programm der SPD (Heidelberger Programm)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
„Das Heidelberger Programm“, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Verlag Vorstand der SPD, Berlin 1925
Anmerkung: Das Heidelberger Programm galt formell bis zum Beschluß über das Grundsatzprogramm, der am 15. November 1959 in Bad Godesberg gefaßt wurde. Dem Beschluß von Godesberg voran gingen jedoch die Zustimmung zur sogenannten „Frankfurter Erklärung“ der Sozialistischen Internationale und die Beschlüsse zu einem Aktionsprogramm.
- 1951 Erklärung der Sozialistischen Internationale über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus (3. Juli 1951)
Schriftenreihe der Jungsozialisten, Bonn
- 1952 Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag (28. September 1952) und
- 1954 erweitert auf dem Parteitag in Berlin (24. Juli 1954)
Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn
- 1959 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis zum 15. November 1959 in Bad Godesberg
Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn

PARTEITAGE DER SPD NACH 1945

- | | |
|--------------------|-----------------------|
| 1946 in Hannover | 1954 in Berlin |
| 1947 in Nürnberg | 1956 in München |
| 1948 in Düsseldorf | 1958 in Stuttgart |
| 1950 in Hamburg | 1959 in Bad Godesberg |
| 1952 in Dortmund | 1960 in Hannover |
| | 1962 in Köln |

DIE MITGLIEDER DER PROGRAMMKOMMISSION

Eichner, Willi, Mitglied des Parteivorstandes, Bonn (federführend)
Abendroth, Wolfgang, Prof. Dr. jur., Marburg
Alberitz, Heinrich, Senatsdirektor, Berlin
Arndt, Adolf, MdB, Prof. Dr. jur., Hofheim i. Ts.
Bauer, Fritz, Dr. jur., Generalstaatsanwalt, Frankfurt a. M.
Borinski, Fritz, Prof. Dr. phil., Bremen
Bracken, Helmut von, Prof. Dr. phil., Dr. med., Braunschweig
Brenner, Otto, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt a. M.
Deist, Heinrich, MdB, Dr. rer. pol., Bensberg
Drath, Martin, Prof. Dr. jur., Berlin
Eckert, Georg, Prof. Dr. phil., Braunschweig
Erler, Fritz, MdB, Pforzheim
Gleitze, Bruno, Prof. Dr. rer. pol., Köln
Hansen, Werner, Mitglied des Vorstandes des DGB, Düsseldorf
Henkel, Lore, Dr. phil., Hannover
Kappius, Joseph, MdL, Dortmund
Knoeringen, Waldemar von, Stellvertreter des Vorsitzenden, Bonn
Keilhack, Irma, MdB, Hamburg
Lohmar, Ulrich, MdB, Bielefeld
Menzel, Walter, MdB, Dr. jur., Bonn
Nevermann, Paul, Senator, Dr. jur., Hamburg
Osterroth, Franz, Kiel
Potthoff, Erich, Dr. rer. pol., Köln
Preller, Ludwig, Prof. Dr. phil., Stuttgart
Rittig, Gisbert, Prof. Dr. oec. publ., Göttingen
Schiller, Karl, Prof. Dr. rer. pol., Hamburg
Schmid, Carlo, Prof. Dr. jur., Frankfurt
Schoettle, Erwin, MdB, Stuttgart
Stammer, Otto, Prof. Dr. phil., Berlin
Veit, Hermann, Dr. e. h., Karlsruhe
Wehner, Herbert, MdB, Stellvertreter des Vorsitzenden, Bonn
Weisser, Gerhard, Prof. Dr. rer. pol., Köln

REDAKTIONSKOMMISSION DES PARTEIVORSTANDES

Vorsitzender: Erich Ollenhauer
Mitarbeiter: Heinrich Braune, Chefredakteur, Hamburg
Dr. Heinrich Deist, MdB, Bensberg
Willi Eichler, Bonn
Dr. Benedikt Kautsky, Wien
Fritz Sängler, Wedel/Holstein

REDAKTIONSKOMMISSION DES PARTEITAGES

Vorsitzender: Erich Ollenhauer
Berichterstatte: Dr. Alex Müller, Karlsruhe, MdL
Mitglieder: Dr. Adolf Arndt, MdB, Hofheim i. Ts.
Dr. Walter Auerbach, Hannover
Willi Birkelbach, MdB, Frankfurt a. M.
Willy Brandt, Regierender Bürgermeister, Berlin
Dr. Julius Brecht, MdB, Köln
Dr. Heinrich Deist, MdB, Bensberg
Alfred Dobbert, MdL, Wuppertal
Willi Eichler, Bonn
Fritz Erler, MdB, Pforzheim
Georg Kurth, MdB, Nürnberg
Franz Marx, MdB, München
Heinz Ruhna, Hamburg
Martha Schanzenbach, MdB, Gengenbach
Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB, Berlin
Prof. Dr. Carlo Schmid, MdB, Frankfurt a. M.
Helmut Schmidt, MdB, Hamburg
Max Seither, MdB, Oberlustadt (Pfalz)
Sekretär: Fritz Sängler, Wedel/Holstein

LITERATURHINWEISE

Aus der Geschichte

- Anders, Karl: *Die ersten hundert Jahre* · Hannover 1963
Bebel, August: *Aus meinem Leben* · Hannover 1958
Bernstein, Eduard: *Das Görlitzer Programm der SPD* · 2. Auflage, Berlin 1922
Bernstein, Eduard: *Sozialdemokratische Völkerpolitik, die Sozialdemokratie und die Frage Europa* · Leipzig 1917
Brandt, Willy u. Löwenthal, Richard: *Ernst Reuter — ein Leben für die Freiheit* · München 1957
Braun, Otto: *Von Weimar zu Hitler* · Hamburg 1949
Braunthal, Julius: *Geschichte der Internationale* · Hannover 1961
Braunthal, Julius: *Sozialistische Weltstimmen* · Hannover 1958
Dahrendorf, Gustav: *Der Mensch, das Maß aller Dinge* · Hamburg 1955
Dahrendorf, Ralf: *Marx in der Perspektive (Dissertation)* · Hannover 1953
David, Eduard: *Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung* · Bielefeld 1915
David, Eduard: *Die Sozialdemokratie im Weltkrieg* · Berlin 1915
Ebert, Friedrich: *Schriften, Aufzeichnungen, Reden (2 Bände)* · Dresden 1926
Eckert, Georg: *Archiv für Sozialgeschichte, Jahrbuch der Friedrich-Ebert-Stiftung* · Hannover 1963
Eckert, Georg und Mitarbeiter: *1863—1963, hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie. Bilder und Dokumente* · Hannover 1963
Eichler, Willi: *100 Jahre Sozialdemokratie* · Bonn 1962
Heidegger, Hermann: *Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870/1920* · Göttingen 1956
Herberts, Hermann: *Zur Geschichte der SPD in Wuppertal* · Wuppertal 1963
Hirsch, Paul: *Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen* · Berlin 1926
Kampffmeyer, Paul: *Die deutsche Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte bis zur Reichsgründung* · München 1926
Kautsky, Karl: *Patriotismus und Sozialdemokratie* · Leipzig 1907
Kautsky, Karl: *Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas* · Stuttgart 1916
Kautsky, Karl: *Das Erfurter Programm (14. Auflage)* · Stuttgart 1919
Kautsky, Karl: *Wehrfrage und Sozialdemokratie* · Berlin 1928
Kautsky, Karl: *Ein Leben für den Sozialismus* · Hannover 1954
Keil, Wilhelm: *Erlebnisse eines Sozialdemokraten (2 Bände)* · Stuttgart 1947

- Lassalle, Ferdinand: *Gesammelte Reden und Schriften (vollst. Ausgabe 12 Bände, herausgegeben von Eduard Bernstein)* · Berlin 1920
Lensch, Paul: *Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie* · Berlin 1919
Lipinski, Richard: *Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (2 Bände)* · Berlin 1928
Löbe, Paul: *Der Weg war lang* · Berlin 1954
Matthias, Erich: *Sozialdemokratie und Nation* · Stuttgart 1952
Matthias, Erich: *Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933 (Sonderdruck aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ und Sonderdruck „Dokumentation“)* · Stuttgart 1956
Matthias, Erich und Morsey, Rudolf: *Das Ende der Parteien 1933* · Düsseldorf 1960
Matull, Wilhelm: *Werden und Wesen der deutschen Sozialdemokratie* · Hannover 1957
Mehring, Franz: *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (4 Bände)* · 3. Aufl., Stuttgart 1906
Niekisch, Ernst: *Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat* · Berlin 1925
Osterroth, Franz: *Biographie: Lexikon des Sozialismus* · Berlin 1916
Osterroth, Franz und Schuster, Dieter: *Chronik der deutschen Sozialdemokratie* · Hannover 1963
Partei Vorstand: *Sozialdemokratie und nationale Verteidigung* · Berlin 1916
Partei Vorstand, Bundessekretariat der Jungsozialisten: *Programme der deutschen Sozialdemokratie* · Bonn 1959
Schumacher, Kurt: *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie (Dissertation)* · Münster 1926
Severing, Carl: *Mein Lebensweg (2 Bände)* · Köln 1950
Sozialistische Union: *Sozialismus in unserer Zeit (aus dem Englischen übersetzt von Dr. Schu)* · Hannover 1956
Stampfer, Friedrich: *Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus* · Berlin 1919
Stampfer, Friedrich: *Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik* · 3. Auflage, Hamburg 1952
Winnig, August: *Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie* · Berlin 1916

Politik der Gegenwart

- Brauer, Max: *Ziel und Weg sozialdemokratischer Kommunalpolitik* · Hamburg 1958
Drott, Karl: *Sozialdemokratie und Wehrfrage (Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatte)* · Hannover 1956
Eichler, Willi: *Grundwerte und Grundforderungen im Godesberger Grundgesetz der SPD* · Bonn 1962

- Erler, Fritz und Wehner, Herbert: *Wehr- und Außenpolitik im gespaltenen Deutschland* · Bonn 1958
- Erler, Fritz: *Ein Volk sucht seine Sicherheit* (Bemerkungen zur deutschen Sicherheitspolitik) · Frankfurt am Main 1961
- Erler, Fritz und Richard Jäger: *Sicherheit und Rüstung* · Köln 1962
- Ollenhauer, Erich: *Für Geistesfreiheit und Demokratie in Deutschland* · Bonn 1953
- Ollenhauer, Erich: *An der Wende der deutschen Politik* · Bonn 1956
- Ollenhauer, Erich: *Wir brauchen eine neue Außenpolitik* · Bonn 1956
- Partei Vorstand: *Die Zonengrenzgebiete und die Politik der Sozialdemokratie* · Bonn 1953
- Partei Vorstand: *Sozialdemokratie und Bundeswehr* · Hannover 1957
- Partei Vorstand: *Schriftenreihe für Frauenfragen* · Bonn 1958
- Partei Vorstand: *Die Alternative unserer Zeit* (Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus) · Bonn 1960
- Schmidt, Helmut: *Verteidigung oder Vergeltung* · Stuttgart 1961
- Schumacher, Kurt: *Grundsätze sozialistischer Politik* · Hamburg 1946
- Schumacher, Kurt: *Ein neues Deutschland — ein neues Europa* · Hamburg 1947
- Schumacher, Kurt: *Nach dem Zusammenbruch* · Hamburg 1948
- Wehner, Herbert: *Das Gemeinsame und das Trennende in der deutschen Politik* · Bonn 1960

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Deist, Heinrich: *Wirtschaft von morgen* (Beiträge zur Wirtschaftspolitik der SPD) · Hannover 1959
- Deist, Heinrich: *Wirtschaftliche Macht und Rechtsstaat* · Düsseldorf 1961
- Deist, Heinrich und Veit, Hermann: *Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft* (Referate auf dem Parteitag der SPD 1958) · Bonn 1958
- Deutscher Gewerkschaftsbund: *Gewerkschaft im Staat* (Europäische Gespräche) · Köln 1955
- Deutscher Gewerkschaftsbund: *Die Gesellschaft, in der wir leben* (Europäische Gespräche) · Köln 1957
- Deutscher Gewerkschaftsbund: *Macht oder Ohnmacht des Eigentums* (Europäische Gespräche) · Köln 1959
- Eynern, Gert von: *Das öffentlich gebundene Unternehmen* (Sonderdruck aus Archiv f. öffentl. u. freigewerkschaftl. Unternehmen) · 1958
- Heinig, Kurt: *Nationalökonomie des Alltags* · Hannover 1954
- Heinig, Kurt: *Einführung in die Geschichte der Volkswirtschaft* · Hannover 1954

- Möller, Alex: *Sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik* (Rede im Landtag Baden-Württemberg) · Stuttgart 1961
- Möller, Alex: *Unruhige Zeiten* · Karlsruhe 1963
- Nemitz, Kurt: *Die wirtschaftsordnungspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie* (Dissertation) · Bonn 1959
- Ortlieb, Heinz-Dietrich: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik ohne Dogma* (Vorträge und Aufsätze) · Hamburg 1954
- Partei Vorstand: *Gesundes Dorf — gesunde Höfe* (Landprogramm der SPD) · Bonn 1956
- Partei Vorstand: *Sozialplan für Deutschland* · Hannover 1957
- Partei Vorstand: *Der Bauer in der Welt von morgen* (Agrarpolitik) · Hannover 1960
- Partei Vorstand: *Die Selbständigen heute und morgen* · Bonn 1960
- Pass, Rudolf A.: *Den Teufel spürt das Völkchen nie* · „Vorwärts“ vom 12. Februar 1960
- Pothhoff, Erich: *Der Kampf um die Montan-Mitbestimmung* · Köln 1953
- Preller, Ludwig: *Sozialpolitik* · Stuttgart 1953
- Rosenberg, Ludwig: *Wirtschaftspolitik als Aufgabe* · Düsseldorf 1959
- Schmid/Schiller/Pothhoff: *Grundfragen moderner Wirtschaftspolitik* · Frankfurt a. M. 1957
- Sternberg, Fritz: *Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht* · Hamburg 1951
- Sternberg, Fritz: *Marx und die Gegenwart* · Köln 1953
- Wagenführ, Rolf: *Mensch und Wirtschaft* · Köln 1952
- Weisser, Gerhard: *Der europäische Mensch unter dem Einfluß der Industrialisierung* - 2. Aufl., Frankfurt am Main 1959

Kulturpolitik

- Balser, Frolinde: *Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* · Stuttgart 1959
- Becker, Hellmut: *Kulturpolitik und Schule* · Stuttgart 1956
- Borinski, Fritz: *Der Weg zum Mitbürger* · Düsseldorf 1954
- Brandt, Leo: *Die zweite industrielle Revolution* · Hannover 1956
- Bungardt, Dr. Karl: *Die Odyssee der Lehrerschaft* (Sozialgeschichte eines Standes) · Frankfurt am Main 1959
- Dahrendorf, Ralf und Ortlieb, Heinz-Dietrich: *Der zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart* · Heidelberg 1959
- Eichler, Willi: *Der Weg in die Freiheit* · Hannover 1955

Eichler, Willi und Knoeringen, Waldemar von: *Der Katholik und die SPD* · Bonn 1959
 Fischer, Albert: *Schule und Reichskonkordat* (Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände) · Darmstadt 1954
 Kautsky, Karl: *Die Sozialdemokratie und die Katholische Kirche* · Hamburg 1947
 Knoeringen, Waldemar von und Arndt, Adolf: *Sozialismus — gelebter Humanismus* · Bonn 1958
 Kreiterling, Willi: *Katholische Kirche und Demokratie* · Frankfurt 1960
 Parteivorstand: *Die Mobilisierung des Geistes* (Referate auf der Konferenz in Düsseldorf 1956) · Bonn 1957
 Parteivorstand: *Die Zukunft meistern* (Wissenschaft und Forschung, Erziehung und Bildung) · Hannover 1959
 Parteivorstand: *Junge Generation und Macht*, Dokumentation · Hannover 1960
 Parteivorstand: *Kultur und Politik in unserer Zeit*, Dokumentation · Hannover 1960
 Parteivorstand: *Katholik und Godesberger Programm* · Bonn 1962
 Schmid, Carlo: *Mensch und Technik* · Bonn 1956
 Schmid, Carlo: *Die Intellektuellen und die Demokratie* · Hamburg 1958
 September-Gesellschaft: *Neuordnung des beruflichen Bildungswesens* (Referate) · Frankfurt am Main 1961

Personen-Verzeichnis

Abendroth, Wolfgang 192
 Albertz, Heinrich 192
 Arndt, Adolf 46, 49, 50, 58, 124, 192,
 Auerbach, Walter 193
 Bauer, Fritz 192
 Birkelbach, Willi 193
 Borinski, Fritz 192
 Bracken, Helmut von 192
 Brandt, Leo 74
 Brandt, Willy 141, 193
 Braune, Heinrich 193
 Brecht, Julius 193
 Brenner, Otto 192
 Deist, Heinrich 78, 80, 83, 192, 193
 Dobbert, Alfred 193
 Drach, Martin 192
 Ebert, Friedrich 45
 Eckert, Georg 192
 Eichler, Willi 28, 192, 193
 Engels, Friedrich 20, 21, 22
 Erhard, Ludwig 81
 Erler, Fritz 192, 193
 Gleitze, Bruno 192
 Hansen, Werner 192
 Heinemann, Gustav 125
 Henkel, Lore 192
 Heydorn, Heinz-Joachim 63
 Kappius, Joseph 192
 Kautsky, Benedikt 193
 Keilhack, Irma 192
 Kerschensolner, Georg 49, 115
 Knoeringen, Waldemar von 49, 119,
 192
 Kurlbaum, Georg 193
 Lassalle, Ferdinand 50, 190
 Lohmar, Ulrich 192
 Marx, Franz 193
 Marx, Karl 20, 21, 31, 104
 Menzel, Walter 192
 Möller, Alex 193
 Nevermann, Paul 192
 Ollenhauer, Erich 14, 29, 70, 193
 Osterroth, Franz 192
 Pestalozzi, Heinrich 44
 Potthoff, Erich 192
 Preller, Ludwig 192
 Preuss, Hugo 33
 Reger, Erik 84
 Reuter, Ernst 143
 Riccig, Gisbert 192
 Ruhnau, Heinz 103, 193
 Salomon, F. 190
 Sängler, Fritz 193
 Schanzenbach, Marta 193
 Schellenberg, Ernst 113, 193
 Schiller, Karl 192
 Schmid, Carlo 74, 192, 193
 Schmidt, Helmut 93, 193
 Schoettle, Erwin 192
 Schumacher, Kurt 23, 26 82
 Seither, Max 193
 Stammer, Otto 192
 Veit, Hermann 192
 Ward, Barbara 89
 Wehner, Herbert 68, 104, 192
 Weisser, Gerhard 192

Stichwörter-Verzeichnis

Abendland 43
Abgeordneter 48
Abrüstung 62, 139, 141, 157
Absonderung 139
Afrika 8, 43, 96, 137
Agrarpolitik 95, 96, 128, 152, 180
Ahlener Programm 81
Aktienbesitz 84, 90
Aktionsprogramm 26, 27, 34
Alter 8, 113, 153
Amerika 43
Angestellte 16, 83, 85, 89, 105, 121, 152
Arbeiter 9, 23, 26, 83, 89, 95, 105, 152
Arbeiterbewegung 21, 104, 158
Arbeiterkurse 43
Arbeiterprogramm 104, 160
Arbeiterschaft (und Kirche) 121
Arbeitgeber 86, 102, 150
Arbeitnehmer 83, 86, 91, 102, 104, 150, 152
Arbeitsdirektor 108
Arbeitsgesetzbuch 154
Arbeitslohn 8, 42, 80, 91, 101, 152
Arbeitsplatz 8, 42, 79, 150
Arbeitsrecht 23, 42, 158
Arbeitsschutz 115, 153, 158, 183
Arbeitsunfähigkeit 111, 113, 158
Arztwahl 112, 153
Asien 8, 43, 96, 137
Atomenergie 74
Atomspaltung 94
Atomwaffe 65, 150
Aufsichtsräte 84, 108
Ausbeutung 22, 73, 80, 94, 103
Auslese 33
Außenpolitik 34, 91, 141
Autarkie 98
Autokratie 32, 40, 47, 58, 139

Automation 74
Autonomie 150

Bauern 95, 128, 152
Baupolitik 114, 154
Beamte 56, 105, 152
Begabtenförderung 43, 75, 127, 147, 156
Behörden 56
Bergbau 175
Berufsschule 128, 156
Berufswahl 114
Besatzung 23, 25, 107
Besitzform 87
Betriebsrat 19, 108
Betriebsverfassungsgesetz 108
Betriebsvermögen 92, 152
Bevormundung 38
Bilateral 168
Bildung 43, 44, 61, 92, 118, 126, 127, 134, 147, 155, 188, 189
Bildungsweg (Zweiter) 127, 128, 156
Bodenpolitik 95, 114, 152, 154
Brüderlichkeit 34
Bürger 33, 47, 56, 60, 74
Bürger-Soldat 60
Bürgertum 23, 38, 89
Bürokratie 56, 76
Bundesbahn 86
Bundeskanzler 49
Bundespost 86
Bundesregierung 24
Bundesrepublik 14, 26, 89
Bundestag 27, 47, 55, 81, 85, 109
Bundeswehr 62, 71

CDU 81
Charakter 43

Christentum 38, 121
Christlich 34, 37, 121, 142, 146
Dänemark 98, 100
Deklamation 8, 20, 30, 48
Delegierte 10, 29, 30
Demokratie 27, 29, 39, 80, 85, 99, 104, 126, 146
Demokratische Existenz 31
Demokratisierung 13, 81, 153, 159
Demonstration 8
Demontage 107, 164
Demut 115
Denkrichtungen 13, 124, 146
Deutsche Demokratische Republik 25
Deutsches Reich 16
Deutschnational 76, 96, 140
Diktatur 11, 27, 37, 40, 47, 60, 93, 99
Diktatur der Arbeiterklasse 93, 105
Diktatur des Proletariats 31, 93
Diskussionsgruppen 28
Dogma 21, 39, 88, 95
Dokument 21, 29
Dortmund 26
Dreiklassen-Wahlrecht 9
Duldung 151, 137

Egoismus 34
Eigennutz 33, 90
Eigentum 85, 87, 90, 97, 150, 152
Einkommen 151
Einsicht 34
Einzelbetrieb 77
Einzelinteresse 42, 75, 85, 147
Emigration 23
Energiepolitik 174
Energiewirtschaft 175
England 108
Entrechtete 18, 38, 73
Entspannung 63, 139, 148, 157
Entwicklungsländer 137, 146, 158
Erfurter Programm 8, 13, 82

Ermächtigung 26
Ersatzdienst 71
Erwachsenenbildung 157, 166, 168
Erziehung 93, 126, 134, 152, 154
Erziehungsbeihilfen 127, 154
Erziehungsziel 115, 130
Ethik 125, 143, 146
Europa 30, 43, 45, 104, 137, 158
Europäische Gemeinschaft 140, 158
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 98, 152, 162
Evolution 16
Existenzangst 42, 47, 113

Fairness 49
Familie 8, 42, 96, 113, 114, 152, 154
Fernsehen 56, 134, 148
Film 56, 134, 148
Finanzen 77, 150
Forschung 92, 120, 131, 152, 156
Forschungsrat 132, 156
Frankfurt am Main 30
Frankreich 97
Frau (Gleichberechtigung) 114, 154
Freies Spiel der Kräfte 31, 38, 40, 79, 104
Freiheit des Geistes 33, 37, 47, 50, 131, 146
Freiheit des Glaubens 33, 50, 146
Friede 8, 9, 32, 38, 135
Führungsanspruch 24

Geächteste 9
Gebräuche 41
Gegenwart 22, 24, 28, 30
Geheimnisschutz 61
Geld 150
Gemeinde 55, 148
Gemeinsigentum 88, 151
Gemeinsame Schule 130
Gemeinschaftsaufgaben 92, 152

Gemeinschaftsbauten 114
Gemeinwirtschaft 86, 151
Generationen 20
Genossenschaften 89, 99, 152
Gerechtigkeit 8, 9, 32, 39, 78, 83, 88, 103
110, 143, 146
Gericht 57
Geschichte 20, 23, 28, 34, 38
Gesellschaft 32, 42, 46, 78, 80, 124
Gesellschaftsepoche 22
Gesellschaftsordnung 16, 80
Gesellschaftssysteme 138
Gesetz 148
Gesinnung 37
Gestapo 23
Gesundheitsschutz 61, 111, 153
Gewaltherrschaft 24, 26
Gewerkschaften 31, 43, 102, 105, 120,
152
Gewissen 45, 46, 67, 124, 147, 149
Glaubensentscheidung 37, 124, 147
Glaubensrichtungen 34, 37, 124, 146
Gleichheit 40
Grenzen 136, 141
Großbetrieb 82, 84, 85
Großgrundbesitz 96
Großunternehmen 82, 83, 150
Großwirtschaft 82, 83, 85, 98, 150, 151
Grundforderungen 146
Grundgesetz 50, 147
Grundlagen 31
Grundrechte 8
Grundrente 113
Grundstoffindustrie 81, 94
Grundwerte 31, 117, 146
Gruppen 48

Handelspolitik 77, 150
Handwerkskammer 108
Häsenzstädte 56
Harzburger Front 76

Hausfrau 114, 154
Heidelberger Programm 8, 19, 23, 28, 82,
104
Heilmaßnahmen 112, 154
Heimat 139, 141, 157
Herrschaftsmacht 37, 81, 83, 150
Herrschaftsucht 37, 140
Hochschule 118, 155
Holland 30, 97
Humanismus 34, 38, 142, 146

Idealismus 134
Illusion 30, 45
Individuum 8, 33
Industrie 21, 82, 92, 93
Industriearbeiter 73
Industriegesellschaft 73, 116, 132, 147,
156
Industrielle Revolution 74, 119, 149, 159
Innenpolitik 34, 91
Integration 9
Interessen 42, 43, 103
Interessengruppen 42, 64, 85, 120, 134,
148, 150, 155
Interessenten 48, 57, 87, 110
Interessentenklügel 42
Interessenverbände 84, 148
Internationale Gemeinschaft 60, 135, 157
Internationale Rechtsordnung 61, 141,
146, 157
Internationale Solidarität 136
Internationale des Sozialismus 30
Internationaler Kapitalismus 81
Internationalität 15, 140, 157
Investitionskontrolle 88, 92, 151

Journalisten 57, 118
Jugend 8, 61, 114, 154

Jugendrecht 116, 155
Jugendschutz 114, 154, 158

Kaiser 61
Kaiserreich 7, 15, 16, 45, 101, 118
Kalter Krieg 64
Kameradschaft 23
Kapitalgesellschaften 81
Kapitalismus 87, 142, 158
Kartelle 76, 82, 83, 150
Kinderarbeit 114, 158
Kindergarten 127
Kirche 8, 37, 120, 155
Klassenkampf 22, 40, 103
Klassenstaat 9, 16, 103
Kleinbetrieb 82, 86, 151
Klubs 48, 84
Koexistenz 41
Kollektivierung 165, 166
Kommunaldemokratie 19
Kommunismus 7, 22, 26, 40, 41, 93
Kommunisten 22, 25, 105, 146, 159
Kommunistisches Manifest 20
Konfession 120
Konjunktur 23, 77, 78, 93, 150
Konservative 52
Konsumwahl 79, 150
Kontrolle 42, 62, 88, 147, 149, 151, 168
Kompromiß 41
Konzentration (der Wirtschaft) 81, 85,
150
Konzentrationslager 23
Korps 84
Krankheit 8, 153
Kreditwesen 77, 150
Krieg 15, 16, 25, 60, 135, 146
Kriegsbeschädigte 153
Kultur 83, 139
Kulturgut 120, 130
Kulturpolitik 34, 92, 101, 118, 155, 187
Kulturstaat 147, 152

Kultushaushalt 187
Kunst 118, 133, 156, 157

Länder 148
Landarbeiter 101, 152
Landesverrat 61
Landesverteidigung 60, 148
Landeswohl 61
Landschule 101, 117
Landwirtschaftskammer 108
Landwirtschaftspolitik 78, 96, 97, 108,
150, 152
Lastenausgleich 184
Lebensstandard 15, 73, 104, 149, 171
Legislative 56
Legitimation 21
Lehrer 128, 129, 156
Liberalismus 34, 52

Macht 40, 42, 50, 80, 88, 147, 150
Machtkonzentration 42, 81, 82
Macht- und Interessengruppen 42, 150
Manager 16, 42, 84, 85, 103, 105, 151
Marktwirtschaft 75, 78, 87, 90, 96, 98,
150, 152
Marxismus 38
Massenvernichtungsmittel 67, 149
Mehrheit 41
Meinung 40, 47, 81, 151
Menschenrecht 41, 58, 80, 157
Menschenwürde 23, 38, 39, 115, 146
Methoden 78
Militarismus 60, 70
Miliz 62
Minderheit 139, 148
Mindestrente 111, 113, 153
Minister 49
Mitarbeiter 42, 107
Mitbestimmung 27, 32, 43, 48, 55, 106,
148, 153, 158

Mitbürger 23
Mittelbetrieb 82, 86, 151
Mitverantwortung 48, 55, 115, 148
Mitwirkung 32, 55, 107, 115
Mobilisierung des Geistes 74, 119
Monopol 38
Multilateral 168
Mutterschutz 114, 158

Nächstenliebe 34, 37, 110, 136
Nation 9, 25, 27, 37, 42, 48
Nationalbudget 75, 77, 78, 111, 149, 173
Nationalsozialismus 15, 22, 23, 40, 96
Nationalsozialisten 55, 76, 140
Neues Beginnen 23
Not (Notstand) 40
Notenbank 78, 79, 150
Notstandsrecht 169
Nüchternheit 30, 95

Obrigkeitsstaat 16, 46, 48, 118
Öffentliche Hand 78, 150
Öffentliche Unternehmungen 86, 151
Öffentlichkeit 51
Österreich 30
Opposition 16, 40, 50, 120, 148, 170
Ordnung 73, 84, 110, 135, 147

Pädagogik 127, 129
Parlament 16, 47, 59, 78, 109, 148
Parlamentarismus 19, 47
Partei (des Volkes) 8
Parteien 55, 149
Parteirat 28
Parteitag 10, 27, 28, 161, 191
Partei Vorstand 28, 29
Partner 10
Partnerschaft 108, 123, 155
Patriotismus 27

Pazifismus 70
Persönlichkeit 32, 146
Philosophie 34, 143, 146
Planung 56, 75, 77, 88, 150
Planwirtschaft 76
Plan Z 119
Politik (der Stärke) 52, 60
Politik (der Vernunft) 52, 60
Preispolitik 76, 77, 97, 150
Presse 51, 56, 134, 148
Prinzipienklärung 27
Privateigentum 76, 77, 87, 88
Programm 6, 21, 23, 25, 95, 104, 142, 160, 162
Proletarier 9, 31, 93, 126, 158
Publizität 29, 88, 131, 151, 171

Rasse 16
Rationen 22
Realsinn 38, 95
Recht 8, 148
Rechtslosigkeit 23, 148
Rechtbewußtsein 41, 59, 148
Rechtsgrundsätze 148
Rechtssprechung 55, 58, 148
Redaktion 28
Regierung 40, 47, 50, 59, 109, 148
Regierungsprogramm 27, 52, 142
Regression 174
Reichsgebiet 26
Reichsregierung 16
Religion 37, 155
Religionsgemeinschaft 37, 123, 155
Restauration 26
Revolution 8, 31
Rheinbund 26
Richter 57, 148
Rüstung 61
Rundfunk 56, 134, 148
Rußland 40

Samariter 38
Selbstbestimmung 51, 138, 147, 157, 162
Selbstverantwortung 32, 117, 146
Selbstverwaltung 46, 55, 148
Sicherheit 15, 60, 91, 166
Sicherheitssysteme (regionale) 139, 158
Siegernächte 25
Skandinavien 97
Soldat 66, 71, 149
Solidarität 23, 34, 105, 136, 143, 146, 156, 157, 162
Souveränität 51, 98, 126
Sowjets 25, 40
Sowjetisierungspolitik 166
Sowjetunion 43, 93, 105
Soziale Sicherheit 110, 113
Sozialzyklika 8, 182
Sozialgesetzbuch 154
Sozialismus 87, 95, 142, 146, 155, 157
Sozialordnung 77, 90, 147, 151
Sozialpartner 106
Sozialpolitik 34, 77, 104, 110, 116, 150, 153, 182, 183
Sozialprodukt 73, 91, 150
Sozialstaat 147
Sport 156
Sprache 22, 30, 139, 157
Straßenbau 176
Subventionen 76, 97
System 41, 93

Schiedsgericht 138, 157
Schule 43, 92, 115, 118, 126, 155
Schutzorganisation 75, 127
Schulpflicht 128, 156
Schulpolitik 117, 155
Schulprogramm 126
Schulreform 19
Schweiz 30
Staat 45, 87, 142, 147
Staatsbürger 9, 32, 48, 115, 149, 155, 158

Staatsbürger (in Uniform) 70, 149
Staatsgesinnung 9
Staatsgewalt 83
Staatsverfassung 20
Stabilisierung 180
Steuern 77, 86, 90, 96, 150
Steuerreform 179
Steuerung (der Wirtschaft) 78
Stiftungen 92
Stimmzettel 23
Strahlungsschäden 111
Streikrecht 153, 158
Strukturveränderung 75, 82, 97, 150
Studienförderung 118, 132
Studienfreiheit 118
Studierende 129, 132, 157
Stuttgart 28

Taktik 21, 38
Tarifvertrag 150, 158
Technik 11, 21, 74, 93, 156
Teilziele 22
Todesstrafe 59
Toleranz 134, 155
Totalitarismus 25, 27, 40, 42, 47, 146
Tradition 19, 23, 95

UdSSR 40
Unabhängigkeit 25, 148
Union (der festen Hand) 48, 84
Universität 118, 127, 131
Unterdrückung 22
Unternehmer 75, 79, 81, 86, 91, 102, 150, 152
Untertanen 32, 49, 110
Unverstand 32
Urväter 23
Utopie 24

Vaterland 27
 Verantwortung 8, 33, 44, 110, 115, 124, 155
 Verbände 48, 83, 85, 109, 148, 150, 152
 Verbraucher 83, 86, 97, 102, 150
 Vereinigte Staaten 108
 Vereinte Nationen 62, 135, 157
 Verfügungsgewalt 46, 151
 Vergesellschaftung 87
 Verkehrspolitik 176
 Verkündigung 124, 155
 Vermassung 33
 Vermögen 90, 97, 151
 Verstaatlichung 87
 Verständigung 130, 136, 140, 155
 Vertriebenenfrage 141, 184
 Völkerbund 135
 Völkerfamilie 61, 74, 135
 Volk 27
 Volksaktie 105, 167
 Volksarmee 71
 Volksbildung 118
 Volksgruppen 139, 141, 157
 Volksherrschaft 19
 Volksschule 92, 118
 Volksstaat 46
 Volksvertretung 47
 Volkswirtschaft 73, 78, 80, 149
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 75, 78, 149
 Voreingenommenheit 34, 94
 Vormacht 8, 81, 150
 Vorrecht 42, 84, 103, 105, 147
 Vorrede 20
 Vorstellungswelt 22
 „Vorwärts“ 82
 Währung 77, 149
 Wahl 23
 Wahlprogramm 143
 Wahrheit 143, 146
 Wehrbeauftragter 71
 Wehrdienstverweigerer 67
 Wehrpflicht 62
 Wehrverfassung 62
 Weimarer Republik 16, 45, 118
 Weltanschauungsgemeinschaft 34
 Weltanschauungspartei 125, 146
 Weltkrieg 7
 Werte 11, 22
 Wertordnung 22
 Wertpapiere 178
 Westliche Welt 52
 Wettbewerb 43, 75, 79, 82, 86, 88, 97, 150
 Wiederaufbau 23
 Wiedervereinigung 51, 63, 147, 149
 Wirklichkeit 9, 11, 28, 87
 Wirtschaft 16, 23, 73, 78, 86
 Wirtschaftsanalyse 38
 Wirtschaftsbetrieb 42
 Wirtschaftsbürger 153
 Wirtschaftsherren 42
 Wirtschaftsordnung 42, 80, 147
 Wirtschaftspolitik 34, 73, 80, 87, 149, 151
 Wirtschaftsunterricht 153
 Wissen (ist Macht) 126
 Wissenschaft 12, 21, 92, 118, 120, 131, 143, 152, 156
 Wohlfahrt 8, 153
 Wohlfahrtsstaat 110, 153
 Wohlfahrtsverbände 112
 Wohleben 152
 Wohlstand 38, 73, 92, 103, 146, 149
 Wohnungsbau 77, 113, 150, 154, 183
 Zarenreich 40
 Zollpolitik 77, 97, 150
 Zone 64
 Zukunft 20
 Zusammenbruch 24
 Zwang 75, 77, 103, 150
 Zwangsherrschaft 22, 40, 53, 55, 134

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Zur zweiten Auflage	7
Zur dritten Auflage	11
Wandel der Wirklichkeit	15
Nach dem Zusammenbruch	25
Grundlagen der politischen Arbeit	31
Der Staat	45
Der Bürger-Soldat	60
Freiheit in der Wirtschaft	73
Wirtschaft als Macht	80
Bauern — frei und fortschrittlich	96
Die soziale Pflicht	102
Im Mittelpunkt der Mensch	117
Weg in die Zukunft	135
Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	144
Grundwerte des Sozialismus	146
Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft	146
Die staatliche Ordnung	147
Wirtschafts- und Sozialordnung	149
Das kulturelle Leben	155
Internationale Gemeinschaft	157
Unser Weg	158
Die Beschlüsse der Parteitage Hannover (1960) und Köln (1962)	160
Parteiprogramme der Sozialdemokraten	190
Parteitage der SPD nach 1945	191
Die Mitglieder der Programmkommission	192
Redaktionskommission des Parteivorstandes	193
Redaktionskommission des Parteitages	193
Literaturhinweise	194
Personenverzeichnis	199

**Verlag
J. H. W. Dietz
Nachf.**

